

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis für den Abonnenten...

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 17. November 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Wie England verstimmt wurde und das deutsche Volk belogen ward.

II.

Ed. B. Nach der Lesart der Alldeutschen, bei denen Deutschland als der riesenstarke Mann und bald als das gekränkte Lämmchen erscheint...

In Wahrheit ging die Sache etwas anders zu. Das Herr Wolff Metternich bei Sir Edward Grey war und eine Szene auführte, jähreist auch Macdonald. Es soll also unbefritten bleiben...

Nach allem, was man von Grey weiß, und auch nach dem, was sich aus einer objektiven Betrachtung des ganzen Verlaufs der Sache als die natürlichste Folgerung ergibt...

Zwei oder drei Tage nach der unerquicklichen Szene hatte die englische Regierung das in Händen, was sie zunächst verlangt hatte, eine in anständigem Tone gehaltene sachgemäße Antwort von Berlin. Sie war, sagt man, so höflich abgefäht, wie man es in England lange nicht im diplomatischen Verkehr von Seiten Deutschlands gewohnt war...

Das ist alles, was von Seiten der englischen Regierung von den Tagen der „Panther“-Landung an bis zum Abschluß des deutsch-französischen Abkommens in Hinblick auf das Vorgehen Deutschlands gesagt und im Notenverkehr mit Deutschland entwickelt wurde. Und nun mögen die alldeutschen Englandbeher und ihre liberalen Schrittmacher vorzutreten und sagen, wo in alledem ein Satz oder ein Akt zu finden ist, zu dem die englische Regierung nicht durch die deutsche Diplomatie geradezu herausgefordert war...

Rechtsansprüche aufzufassen? Nicht die englische Regierung hat Deutschland, die deutsche Diplomatie hatte der englischen Regierung gegenüber die elementarsten Regeln diplomatischer Rücksicht verletzt und sich mutwillig über deren Rechte hinweggesetzt. Das deutsche Volk aber, dem man hinterher eingeredet hat, England habe Deutschland mißgünstig behandelt und schwer beleidigt, ist einfach in schamloser Weise belogen worden. Wie in der von Lloyd George verlesenen Erklärung auch nicht eine Silbe steht, die das deutsche Volk beleidigen könnte, so enthält sie auch nicht einen Gedanken, der von Mißgunst gegenüber Deutschland spräche.

Noch kann im faktischen Verhalten der englischen Regierung etwas von solcher Mißgunst gefunden werden. Ich glaube vielmehr mit gutem Gewissen den Satz aussprechen zu können, daß, wenn Deutschland trotz der, in der ganzen Welt als solche beurteilten groben Verstöße seiner Diplomatie schließlich doch noch eine — vom Standpunkt der Kolonialpolitik — leidliche Abfindung erhalten hat, es dies nicht zuletzt dem Umstand verdankt, daß England sich jeder Deutschland ungunstigen Einwirkung auf Frankreich streng enthalten hat. Ferner ist es eine mit allen kontrollierbaren Tatsachen in Widerspruch stehende Behauptung, daß England gefühlt habe, Frankreich und Deutschland zu „verheben“. Das Umgekehrte ist der Fall. Gerade der von der Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ enthaltene Aktionsplan konnte, wenn er in die Praxis umgesetzt wurde, nur die Wirkung haben, England mit Frankreich zu verheben. Frankreich hätte auf ihn nur eingehen können, wenn es die Absicht hatte, Rechte Englands zu verkaufen. Tatsächlich haben zeitweise französische Warnungen England gegen Deutschland scharf zu machen gesucht. Eine solche Warnung an die Adresse Englands war z. B. der Leitartikel des „Temps“ vom 20. Juli, dem Tage vor der Rede Lloyd Georges im Mansion House.)

Genug. Ich stelle das alles hier fest, weil erstens ermittelt werden muß, ob das, was oben von dem Vorgehen der deutschen Diplomatie gesagt wurde, genau den Tatsachen entspricht. Wir Sozialdemokraten können von der deutschen Regierung nicht erwarten, daß sie unsere Politik macht. Aber wir können und müssen verlangen, daß sie ihre Politik mit Mitteln und in einer Weise betreibt, die einem gestützten Volk geziemen; daß sie den für die übergroße Mehrheit des Volkes notwendigen Frieden nicht in Abenteuerlust leichtfertig aufs Spiel setzt; daß, wo sie sich berechtigt und verpflichtet glaubt, die Interessen deutscher Erwerbstätigen im Auslande durch diplomatische Schritte geltend zu machen, sie dies mit Würde und Festigkeit, jedoch unter strenger Vermeidung aller Reizungen tue, welche die guten Beziehungen des deutschen Volkes zu anderen Völkern in Gefahr bringen.

Zweitens aber muß das Lügengewebe, das den Marokko-handel umgibt, aufgedeckt werden, um dem deutschen Volke zu zeigen, in welcher Gefahr es dank der krupellosen Agitation einer Bande von Fanatikern und Strebern und der Gedankenlosigkeit des größten Teils seiner Presse und bürgerlichen Politiker schwebt. Wenn schon bei diesem Anlaß, wo es so leicht war, den wahren Sachverhalt festzustellen, es der Lügenagitation mächlich gewesen ist, das deutsche Volk mit Ausnahme der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in eine Stimmung gegen England hineinzutreiben, bei der es um ein Haar zu einem Krieg gekommen wäre, wie würde in Fällen, wo die Verhältnisse weniger einfach liegen, die Gefahr wachsen und das Spiel der Abenteuerer und Heher leichter werden, wenn das Volk sich nicht ein für allemal gewarnt hält. Gewarnt — ich schreibe das mit Bedauern nieder — vor allen bürgerlichen Blättern. Ich habe es in diesen Monaten mit Entsetzen wahrgenommen, wie wenig Verlaß in Momenten internationaler Spannung selbst auf unsere besten bürgerlichen Blätter ist. Wo alles darauf ankam, den Hebern das Spiel unmöglich zu machen, haben von denen, deren Bekenntnis sie auf die Schanzen rufen mußte, die einen die Dinge laufen lassen, die andern es für richtig gehalten, ein bißchen mitzuhaken. Ich bin, obwohl grundsätzlich entschiedener Republikaner, doch frei von jedem engberzigen Fürstenhaß. Aber trotzdem ich als Mensch „dem Kaiser gebe, was des Kaisers ist“, empfinde ich es als eine Schmach für unsere Zeit, daß, soweit der Protest der Arbeiterschaft nicht ausreichte, es erst der Dayvorhankunft von Monarchen bedurft hat, um die Gefahr eines Weltkrieges — denn ein solcher wäre es geworden — von den erleuchteten Völkern der Welt abzuwenden.

Nachschrift.

Auf Grund erneuter Anfrage kann ich jetzt feststellen, daß nach der ersten Anfrage der englischen Regierung sieben Tage verstrichen waren, ehe Lloyd George die Erklärung im Mansion House abgab. Die Anfrage war der deutschen Regierung durch Deutschlands Votschafter in London, Graf Wolff-Metternich, vermittelt worden. Dieser kam in der Zwischenzeit wiederholt ins Londoner Auswärtige Amt,

\*) Deutscherseits sollten Frankreich Geheimabschwörungen in bezug auf Marokko anzutragen worden sein, deren stillschweigende Annahme Treulosigkeit gegenüber England bedeutet hätte. Hat sich, wenn das wahr ist, Lloyd George nicht noch milder ausgedrückt?

konnte aber auf die Anfrage, ob er noch keine Antwort von seiner Regierung habe, immer nur antworten: „Nein!“

Wie soll man ein solches Verhalten von Staat zu Staat beurteilen? Vielleicht gibt uns Herr Richard Nordhausen den Schlüssel, der nämlich im „Tag“ andeutete, daß man der liberal-demokratischen Regierung, die man mit unmäßigen Reformen zu Hause beschäftigt wußte, nicht den Schneid zugetraut habe, sich auch nach außen hin ihrer Haut zu wehren. Ein Kapitel, über das vielleicht noch etwas zu sagen sein wird.

Verkehrsreaktion auf den Wasserstraßen.

Die Fortsetzung der Debatte über den § 1 des Schiffsahrtsabgaben-Gesetzes in zweiter Lesung gestaltete sich am Donnerstag wie am Tage vorher, wie das im Reichstage bei allen wirtschaftspolitischen Fragen unumgänglich zu sein pflegt, zu einer Auseinandersetzung mit den Agrariern. Auch der Abgeordnete Gothein hatte am vorausgegangenen Tage diesen Kampf aufgenommen und bei dieser Gelegenheit nachgewiesen, daß die von dem Geheimrat Peters unternommenen fruchtlosen Versuche, den Unterschied zwischen künstlichen und natürlichen Wasserstraßen zu verwischen, von bedeutenden Männern der Wissenschaft als ein sophistisches Nachwerk verurteilt worden sei. Für die agrarische Seite legte sich der Zentrumsabgeordnete Graf Praschma und der konservative Herr Winkler ins Zeug. Letzterer ging soweit, uneingedenk seiner Stellung als Vorsitzender der Kommission, heftige persönliche Vorwürfe gegen Gothein zu erheben. Für die Sachkunde des schlesischen Zentrumsgrafen zeugt es, daß er Baden und Hessen verwechselte.

Genosse Stolle machte es sich zur Aufgabe, besonders den läßlichen Einfluß zu kennzeichnen, den das Gesetz auf die wirtschaftliche Entwicklung Sachsens ausüben müsse. Aus den Kundgebungen verschiedener industrieller Vereine erbrachte er Material dafür, daß der Exporthandel Deutschlands unter dem Gesetz zu leiden haben werde. Er konnte sich auch darauf berufen, daß die Kleinschiffer nachgewiesen haben, sie würden am schwersten getroffen, da sie die Abgaben nicht abwälzen können. Trotzdem die gesamten sächsischen Abgeordneten in allen Fraktionen gegen das Gesetz sind, vermieden es doch die Vertreter der sächsischen Regierung ängstlich, sich öffentlich dafür zu rechtfertigen, daß sie, ihren entschiedenen Kundgebungen gegen das Gesetz zuwider, sich schließlich von Preußen für diese reaktionäre Maßregel hatten einlassen lassen.

Dafür sprang zur Verteidigung der agrarischen Politik der Dr. Diederich Hahn in die Bresche. Nach seiner Darlegung gibt es gar keine uneigennütigen Menschen, als die konservative Partei und den Bund der Landwirte. Nicht aus agrarischer Interesse, sondern nur aus Besorgnis um das Gemeinwohl hätten die Agrarier gegen den Mittellandkanal Front gemacht. Damals habe es gegolten, die ober-schlesische Industrie vor den verderblichen billigen Frachten zu retten; um ebenso die Ruhrindustrie vor der Konkurrenz durch die ausblühende Industrie im Moselbecken zu beschützen, seien diese edlen Menschenfreunde jetzt gegen die Moseltanalisation. Im Verlauf dieser agrarischen Eulenspiegelerei machte dann Herr Hahn noch die interessante Mitteilung, die Agrarier hätten ja gar kein Interesse daran gehabt, gegen den Mittellandkanal zu arbeiten, da der Minister Riquel ihnen im Jahre 1899 bereits eine Erhöhung der Getreidezölle bis auf 6 M. versprochen gehabt hätte.

Genosse Frank ironisierte die Versuche des agrarischen Bundesdirektors, die Uneigennütigkeit der Agrarier glaubhaft zu machen und ging dann besonders auf die auffällige Erscheinung ein, daß gerade Württemberg von der bairischen Wirtschaftsreaktion sich habe ins Schlepptan nehmen lassen. Sei doch auch der fortschrittliche Abgeordnete Hahnmann im Gefolge der württembergischen Regierung in dieses reaktionäre Fahrwasser eingeschwenkt. Frank meinte, wenn es der württembergischen Regierung ernst gewesen sei, um die Neckaranalisation, so hätte sie das auch ohne dieses verderbliche Gesetz durch eine Verständigung mit Baden erreichen können. Herr Hahnmann antwortete darauf mit der Retourkutsche, daß Baden und Hessen sich von jeher gegen eine Regulierung der Rheinwasserstraßen gesträubt hätten.

Nach Schluß der Debatte wurde dann der entscheidende § 1 des Gesetzes, ebenso wie der damit zusammenhängende § 3a mit großer Mehrheit angenommen. Geschlossen dagegen stimmten nur die Sozialdemokraten, alle anderen Fraktionen waren gespalten; doch sprachen sich nur von den Freisinnigen die Mehrheit, sonst durchweg keine Minderheiten gegen das Gesetz aus. Am Freitag wird die Debatte fortgesetzt.

Der Krieg.

Der Dreibund und die Tripolisaffäre.

Rom, 13. November. (Eig. Ber.) Von diplomatischen Einzelheiten abgesehen, scheint es von vornherein klar, daß Italien nicht gegen den Willen seiner Verbündeten nach Tripolis gegangen ist. Sowohl für Deutschland als für Oesterreich ist es sicher vorteilhafter, Tripolitani in italienischen, als in englischen Händen zu

wissen. Im übrigen ist es weder dem italienischen König noch Giolitti zuzutrauen, daß sie sich ohne Einberufen mit den zwei großen mitteleuropäischen Staaten ein Kolonialabenteuer heraufbeschwören könnten. Nichtsdestoweniger zeigt sich natürlich der große internationale Antagonismus, der Europa in zwei Lager scheidet, auch bei der Tripolisaffäre.

Die Türkei zeigt eine viel größere Widerstandskraft, als man zu Beginn des Krieges vorausgesetzt hatte. Nichts ist begreiflicher, als daß Italien eine möglichst schnelle Beendigung des Krieges wünscht, aber andererseits ist an diese nicht zu denken, solange der Kriegsschauplatz auf Nordafrika beschränkt bleibt, wo die Türkei, ohne allzu großen Schaden zu erleiden, die italienischen Truppen durch die Araber drangsalieren kann. Obwohl die Türken, namentlich durch die Präzision des italienischen Artilleriefeuers, viel mehr Soldaten verlieren als die Italiener, empfinden sie keine bringende Notwendigkeit, Frieden zu schließen, solange das osmanische Reich den Krieg nur in seiner afrikanischen Provinz hat. Daher in Italien eine starke Strömung zugunsten einer italienischen Aktion im ägäischen Meer. Diese, die nach dem „Avanti“ schon durch die Verteilung des Geschwaders und die Bereitschaft der Landtruppen vorbereitet ist, während sie von offizieller Seite dementiert wird, führt nun offenbar auf Widerpruch bei der deutschen und bei der österreichischen Regierung, während sie, der römischen „Vita“ und anderen Blättern zufolge, die Sympathie der englischen und der französischen geniesst. Was diese Verlegung des Kriegsschauplatzes betrifft, so ist es leicht einzusehen, daß auch hier die Ereignisse dem menschlichen Willen über den Kopf gewachsen sind. Es wird sehr schwer halten, Italien zu zwingen, daß es den Krieg auf Afrika beschränkt, falls dieser Kriegsschauplatz ihm verhältnismäßig viele Opfer auferlegt. Vor die Alternative gestellt, Deutschland und Österreich zu mißfallen, oder den heutigen Kolonialkrieg auf Monate und Jahre zu verlängern (mit einem Guerillakrieg gegen die tripolitischen Araber und Verderb wird die italienische Regierung auch noch nach einem Friedensschluß mit der Türkei rechnen müssen. *Red. d. B.*), wird der italienischen Regierung keine Wahl bleiben.

In ihrem Leitartikel vom 14. November spricht die „Tribuna“ es deutlich aus, daß die hauptsächlichste Aussicht auf Frieden nicht in irgendeinem entscheidenden Treffen, sondern in der internationalen Lage der Türkei begründet sei. Kein Kolonialkrieg wie die „entscheidende Schlachten“ auf. Man solle deshalb weniger von Siegen berichten, die nur in der Einbildung bestehen, als von momentanen Waffenerfolgen, die durch ihre Schöpfung den Gegner ermüden. Der Artikel zeigt deutlich, daß man jetzt weniger an einen hochauflodernden Enthusiasmus, als an die Geduld und Hartnäckigkeit der italienischen Bevölkerung appelliert. Spricht doch der Pariser „Matin“ heute gar von einem Kriegszug ins Innere, der im nächsten Frühjahr beginnen soll.

Interessant ist, daß dem „Avanti“ zufolge die Hauptlieferanten von Waffen an die Türkei gerade die Griechen sind, die man in Italien zwar als Handelsleute fürchtet, weil man sie kennt, aber in ihren politischen Beziehungen mit geradezu schwärmerischer Sympathie zu betrachten pflegt. Die Griechen sollen einen sehr einträglichen Waffenhandel von der tunesischen wie von der ägyptischen Grenze aus organisiert haben.

Wie fast übrigens die internationalen Rücksichten sind, zu denen sich die italienische Regierung genötigt glaubt, das sieht man aus der beispiellosen Häufigkeit, mit der der Ministerpräsident, jedem bisherigen Auszug entgegen, den Journalisten Interviews gewährt. Da ist kein Blatt so unbedeutend, daß Giolitti nicht für seine Korrespondenten zu haben wäre. Selbst für die „Deutsche Tageszeitung“ ist ein Interview abgefallen! Der „Tempo“, der „Standard“ usw. sind beglückt worden, und jedes Interview schließt mit einer Ermahnung an die internationale Billigkeit! Uns will es scheinen, als ob ein Ministerium, anstatt jedem Journalisten Rede und Antwort zu stehen, seiner Pflicht am besten nachkäme, wenn es für eine authentische Berichterstattung sorgt. Heute stopft die Zensur der Presse den Mund, und Giolitti funktioniert periodisch als Gott, der ihn aufzuschließen vermag.

#### Die militärische Lage in Tripolis.

Tripolis, 10. November. (Meldung der Agenzia Stefani.) Gestern nachmittag entzündete sich bei dem Fort Hamidie und bei Scharafat verschiedene Male ein Feuergefecht. Eine vom 18. Infanterieregiment unternommene Melognostizierung führte zur Erbeutung von Waffen und Munition. Der Bau von Baracken zur besseren Unterbringung der Truppen schreitet fort.

Das regnerische und stürmische Wetter dauerte in der vorletzten Nacht und am gestrigen Tage an. Die Arbeiten der italienischen Soldaten werden ungestört fortgesetzt. Die Berichte der Rundschreiber sind widersprüchlich, keiner kann jedoch die vollständige Untätigkeit des Feindes gegenüber seiner früheren lebhaften Tätigkeit erklären. Ein aus Ungarn angekommener Rundschreiber bestätigt die Zusammenziehung türkischer und arabischer Streitkräfte in der Oase, kann aber deren Zahl nicht angeben. Der Gesundheitszustand der italienischen Truppen ist ausgezeichnet, die Zahl der Kranken beläuft sich auf weniger als ein Prozent der Gesamtstärke. (?) Auch die erkrankten Eingeborenen, etwa siebzig, werden in der Stadt selbst gepflegt. In Tobruk wurden zwischen den Vorposten Schiffe gewechselt; es sind dort Verstärkungen gelandet. Bei Derna kam es zu einem kleinen Zusammenstoß zwischen Patrouillen. Auch in Derna sind Verstärkungen an Land gegangen.

#### Eine andere Lesart.

Tripolis, 10. November. Vom Kriegsschauplatz wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet: Die heftigen, stets von Artillerieunterstützung begleiteten der letzten Tage veränderten kaum die Sachlage. Die Italiener besetzten zwar die verlorenen Stellungen bis Scharafat wieder, wurden dafür aber südlich bei Derna etwas zurückgedrängt. Die türkische Artillerie steht die Beschießung der italienischen Linien und der Stadt fort. Fliehende Granaten verwundeten mitten in der Stadt mehrere Soldaten. Die Verluste der Italiener werden streng geheimgehalten, sind aber jedenfalls bedeutend. Auch in den letzten Tagen trafen wieder starke italienische Nachschübe ein. Hier (Tripolis) ist die Cholerasituation unverändert. In einem der drei Militärlazarette lagen am letzten Sonnabend 165 Kranke, wovon 20 Soldaten und weit über 100 Eingeborene starben. Neuerdings greift die Epidemie auch auf die europäische Zivilbevölkerung über; aber die tropischen Regengüsse der letzten Tage und die dadurch eingetretene starke Abkühlung dürfte endlich der weiteren Verbreitung der Seuche Einhalt gebieten.

#### Eine unbequeme Berichterstattung.

Mailand, 10. November. Der Kriegskorrespondent der „Stampa“, Devione, verlangt heute, daß der Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ in Tripolis, Herr Weibel, ausgewiesen werde, weil er sich gemeldet hat, seine Telegramme der italienischen Zensur zu unterwerfen.

### Die Revolution in China.

Juanhschikal, der Schlane hat sein Amt als Ministerpräsident angetreten und versteht es meisterhaft, die Welt vor

über seine wahren Absichten im unklaren zu lassen. Mit dem verängsteten Hof wird der geriebene Politiker schon fertig werden, aber die radikalen Elemente der Revolutionsparteien, besonders die revolutionären Offizierskreise werden ihm noch schwer zu schaffen machen. Nächste der Bildung eines Ministeriums trägt Juanhschikal offenbar Sorge, den Hof aus Peking zu entfernen und nach dem Norden zu bringen, um so die Hände frei zu haben.

In die noch immer anhaltenden Kämpfe zwischen Revolutionären und Kaiserlichen haben sich die fremden Mächte bisher nicht eingemischt. Beide kämpfenden Parteien haben es auch mit peinlicher Sorgfalt vermieden, den fremden Niederlassungen in den verschiedenen Städten irgendwelchen Schaden zuzufügen. Auch die finanziellen Verpflichtungen Chinas gegen das Ausland sind von den beiden Parteien anerkannt worden. Diese fremdenfreundliche Haltung wird aber nur so lange anhalten, als sich die fremden Mächte jeder Einmischung enthalten. Daher erscheint die Absicht der Vereinigten Staaten, Truppen nach China zu senden als sehr bedenklich. Vorläufig handelt es sich um die Entsendung eines auf den Philippinen stationierten amerikanischen Regiments; die Amerikaner sollen sich aber auf Absendung weiterer Truppen einrichten. Den Vereinigten Staaten kommt es dabei weniger auf die chinesischen Unruhen an, vielmehr wird diese Maßnahme von der Eifersucht gegen Japan diktiert, das in Korea große Truppeneinheiten konzentriert hat und nur auf eine günstige Gelegenheit wartet, um in der Mandschurei einzumarschieren. Dabei kann das Vorgehen der Amerikaner gerade ein Eingreifen der Japaner provozieren, dem Russland auch nicht gleichgültig zusehen würde. Die chinesische Revolution könnte dadurch eine andere, für die politische Weltlage viel ernstere Wendung nehmen.

#### Die amerikanische Truppenentsendung.

Washington, 15. November. Das Staatsdepartement hat beschlossen, ein Regiment von Manila nach Tsinghsan zu senden, um die zur Zeit des Vogeraufstandes eingegangene internationale Verpflichtung zu erfüllen, die Verbindung von Peking mit der See offen zu halten.

Washington, 16. November. An amtlicher Stelle läßt man sich angelegen sein zu erklären, daß die beschlossene Entsendung amerikanischer Truppen nach China keine politische Bedeutung habe. Nach dem Vogervertrag seien die Mächte berechtigt, längs der Eisenbahn Truppen zu unterhalten. Die Vereinigten Staaten hätten von diesem Rechte niemals Gebrauch gemacht, aber nun sollten sie sich gedrungen, den Mächten zu helfen, die Straßenverbindung von Peking nach der See aufrechtzuerhalten. Man erklärt, daß die Vereinigten Staaten keine Pläne auf chinesisches Gebiet haben. Der Transportdampfer „Sherman“ in Manila ist bereit, die Truppen in vier Tagen an ihren Bestimmungsort zu befördern, sobald der Befehl dazu einläuft.

#### Die Haltung Japans.

London, 16. November. Nach Meldungen aus Japan trifft die japanische Regierung militärische Vorbereitungen, um eventuell in China eingreifen zu können. Juanhschikal verfolgt mit großem Interesse die Haltung der Mächte und hatte über diesen Gegenstand eine längere Besprechung mit dem englischen Gesandten in Peking.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. November 1911.

#### Im Seniorenkongress des Reichstages

wurde bestimmt, daß in der Woche vom 19. bis 26. November keine Plenarsitzungen des Reichstages stattfinden. In dieser Zeit sollen die Kommissionen arbeiten. Die am 27. November beginnende Sitzung wird sich zunächst mit dem Hilfsstaffengesetz beschäftigen. Im Anschluß daran sollen folgen: die zweite Lesung des Versicherungsgesetzes für Angestellte und der Bericht der Budgetkommission über zu dem Marokkoabkommen gestellten Anträge.

Dann gedenkt man bis zum 2. Dezember folgende dritte Beratungen zu erledigen: den Gesetzentwurf über die Schiffsfahrtsabgaben, das Hausarbeitsgesetz, das Gesetz über die Gewerbeordnung (§ 114a), Handels- und Seefahrtsvertrag mit Japan, Auslieferungsvertrag mit England, Notenaustausch mit Japan, über Konsulatwesen und die Handelsbeziehungen zum britischen Reich.

Der Gesetzentwurf über die Errichtung eines Kolonial- und Konsulargerichtshofes soll fallen gelassen werden. In dieser Woche wird beabsichtigt noch zu erledigen: die zweite Beratung des Schiffsfahrtsabgabengesetzes, die zweite Beratung des Hausarbeitsgesetzes und des § 114a der Gewerbeordnung.

#### Das Marokkoabkommen in der Kommission.

In der heutigen Sitzung der Budgetkommission übermittelte der Staatssekretär des Auswärtigen Amts v. Riederlen-Waechter der Kommission folgenden Zusatz zu dem deutsch-französischen Abkommen vom 4. November 1911: In einem Notenwechsel zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts Herrn v. Riederlen-Waechter und dem Vorkonsul der französischen Republik Herrn Jules Cambon ist zum Ausdruck gebracht worden, daß, falls Deutschland von Spanien Spanisch-Guinea, die Insel Corisco und die Elobeninseln zu erwerben wünschte, Frankreich bereit ist, in Deutschlands Gunsten auf die sich aus dem französisch-spanischen Vertrage vom 27. Juni 1900 ergebenden Vorzugsrechte zu verzichten. Dagegen hat Deutschland erklärt, sich nicht an den besonderen Abmachungen beteiligen zu wollen, die Frankreich und Spanien etwa miteinander über Marokko treffen sollten. Es herrschte dabei Uebereinstimmung darüber, daß unter Marokko derjenige Teil von Nordafrika zu verstehen ist, der zwischen Ägypten, Französisch-Westafrika und der spanischen Kolonie Rio de Oro liegt.

Der Staatssekretär gab vertrauliche Mitteilungen zu den Abmachungen, die durch diesen Zusatz getroffen worden sind. Es setzte dann eine längere Debatte über den Wert oder die Bedeutungslosigkeit solcher Vorzugsrechte ein.

Die Abgeordneten Debel und Redebour griffen hierbei das Verhalten der Regierung bei der Gestaltung des deutsch-französischen Abkommens sowie die famose „Rifpolitik“ in Afrika an. Die Nationalliberalen geben ihrer Unzufriedenheit darüber Ausdruck, daß auch bei dem Kongoabkommen Deutschland so leicht abgeschnitten habe. Staatssekretär v. Riederlen-Waechter ging auf eine Anfrage auf die Meldungen französischer Zeitungen ein, die behauptet haben, Deutschland habe in Marokko Sonderrechte gefordert. Das sei nicht der Fall. Deutschland habe nur in bezug auf Bahnbauten bestimmte Abmachungen und Garantien

Am Ende der Beratungen erklärte Staatssekretär von Riederlen-Waechter, daß er morgen in der Kommission eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der Marokkoaffäre und aller dazu gehörigen Fragen geben werde.

#### Die Urwahlen zum braunschweigischen Landtage

haben am 14. d. M. in der Stadt Braunschweig stattgefunden, nachdem vorher bereits an zahlreichen Landorten gewählt worden war. In der dritten Klasse fielen in der Stadt Braunschweig sämtliche 144 Wahlmänner der Sozialdemokratie zu, während bei der Wahl im Jahre 1907 neben 120 sozialdemokratischen Wahlmännern in der dritten Klasse noch 17 bürgerliche Wahlmänner gewählt wurden.

In der zweiten und ersten Klasse setzten die bürgerlichen Wahlmänner. Die Wahlbeteiligung in diesen Klassen war sehr schwach. Insgesamt wurden in der Stadt Braunschweig rund 5200 sozialdemokratische Stimmzettel abgegeben, davon rund 5050 in der dritten und ungefähr 150 in der zweiten Klasse. Die bürgerlichen Wahlmänner erhielten 2900 Stimmen, 900 in der ersten, 1000 in der zweiten und 1800 in der dritten Klasse.

Das Wahlrecht in der Arbeiterklasse durch die Erwerbung der Staatsangehörigkeit und des teuren Bürgerbriefes sehr erschwert. Daher erklärt es sich, daß die Zahl der sozialdemokratischen Wähler weit hinter der Zahl der „Volkstreue“-Abkommen in Braunschweig zurückbleibt.

Das Kuriosste bei dieser Wahl ist, daß infolge des Dreiklassensystems die 2000 bürgerlichen Stimmen die acht Abgeordneten der Stadt Braunschweig wählen, während die 5200 sozialdemokratischen Stimmen das Nachsehen haben. Eine Wahl bei der die Würde der Mehrheit unterliegt! Noch härter wird dieses Verhältnis durch die Wahlen auf dem Lande gekennzeichnet. Auf dem Lande war nämlich die Wahlbeteiligung auf bürgerlicher Seite ganz schwach. In der ersten Klasse erschienen vielfach nur die Wahlmännercandidaten und wählten sich selbst. Die dritte Klasse dagegen wählte fast an allen Orten sozialdemokratisch. Auch in der zweiten Klasse drangen dort sozialdemokratische Wahlmänner durch, aber nicht genug, um den Ausschlag zu geben. Das Gesamtergebnis für das Herzogtum, das sich noch nicht genau zusammenstellen läßt, dürfte eine erdrückende Majorität der sozialdemokratischen über die bürgerlichen Stimmen ergeben. Bei direkter, gleicher Wahl wären und fast alle Mandate zugefallen. Jetzt stehen dagegen die Erwählten der wenigen bürgerlichen Wähler, die sich an die Urnen bemühten, in den Landtag. In manchen ländlichen Wahlkreisen ist die Zahl der abgegebenen bürgerlichen Stimmen so gering, daß sich der gewählte bürgerliche Kandidat eigentlich gar nicht als gewählt bezeichnen kann.

#### Die kommende Militärvorlage.

Der Reichstag hat im vorigen Jahr ein neues Quinquennial bewilligt, in dem die neue Militärvorlage mit einem Kostenaufwand von 143 Millionen Mark inbegriffen ist. Der Etat für 1911 enthält allerdings nur acht Millionen Mark Ausgaben für die neue Militärvorlage, so daß in den Jahren 1912 bis 1918 die weiteren 134 Millionen Mark zu decken sind. Man war sich damals bereits vollkommen darüber klar, daß in absehbarer Zeit eine neue Militärvorlage kommen werde, nur hat man für solche Vorlagen jetzt eine andere Bezeichnung gefunden. Man nennt sie: Ausfüllung von Lücken. Die nächste Ausfüllung von Lücken ist für den 1. April 1912, den Beginn des neuen Etatsjahres vorgegeben. Die „Neue politische Korrespondenz“ wird darüber erfahren haben:

Abgesehen von der Vermehrung der Trainbataillone um eine Kompanie, soll die grundsätzliche Trennung der Traindepots von den Trainbataillonen durchgeführt werden. Der jetzige erste Offizier des Traindepots soll den Titel „Vorstand“ erhalten, der jetzige zweite Offizier heißt Oberleutnant oder Leutnant beim Traindepot des 2ten Armeekorps. Die vier Traindirektionen gehen ein. Neben der bestehenden Traininspektion wird eine Traindepotinspektion gebildet, der die Feldzeugmeisterei unterstellt wird. Der Traininspekteur soll den Rang eines Brigadefeldkommandeurs erhalten. Ihm sollen zwei Stabsoffiziere oder Hauptleute als Referenten zugeteilt werden. Unter der Traindepotinspektion werden zwei Traininspektionen stehen, vorwiegend in Berlin und Kassel für die Traindepots östlich und westlich der Elbe. Diese sollen Regimentskommandeure und einen Stabsoffizier oder Hauptmann beim Stabe erhalten. Neu eingerichtet werden sechs Kommandeure des Trains in Regimentskommandeurstellen, denen mehrere Trainbataillone unterstellt werden.

Die deutsche Armee zählt gegenwärtig, abgesehen von den diversen Bespannungsabteilungen, 23 Trainbataillone, das wäre also zunächst eine Vermehrung um 23 Kompanien. Wenn die vier Traininspektionen eingehen, so ist damit keineswegs etwa eine Ersparnis beabsichtigt, denn es tritt lediglich eine Verschiebung in den Stellen ein, und die Befegung der neuen Traindepotinspektion mit einem Brigadegeneral bedeutet bestimmt eine Mehrausgabe. Kein Zweifel im Kriegsministerium arbeitet man an Reformen, die auf eine starke Heeresvermehrung hinauslaufen. Für die nötige Stimmung in der Öffentlichkeit sorgen die inaktiven Generale, die bei den verschiedensten bürgerlichen Blättern einen Nebenverdienst als Mitarbeiter gefunden haben. So verlangt der rechtsverbändliche Agitator, General a. D. v. Gersdorff in der „Post“ eine ganz unmissende Militärvorlage, als deren Mindestmaß er die weitere Ausbildung von 9000 Mann verlangt. Damit liege die Friedenspräsenz der deutschen Armee auf 718000 Mann. Die Wehrkosten würden etwa 150 bis 200 Millionen Mark pro Jahr ausmachen. Die Kosten spielen für den General und seine Freunde keine Rolle, sie brauchen sie nicht zu bezahlen. Der Etat des Reichs ist zurzeit so gespannt, daß auch nur die geringste Heeresvermehrung neue Steuern bedingt, wie ja auch schon die Kosten der jetzt laufenden Militärvorlage auf keinen Fall aus den derzeitigen Einnahmen des Reichs gedeckt werden können.

#### Neue Soldaten — neue Steuern!

#### Die Agrarier sind selbst schuld an der Verbreitung der Viehseuche.

In Ostpreußen herrscht die Maul- und Klauenseuche unter dem Vieh, obgleich die Provinz von der ausländischen Zufuhr gänzlich abgesperrt ist. Seit Jahren ist nicht ein Stück ausländisches Vieh nach Ostpreußen gekommen.

Die Behörden haben strengere Maßregeln ergreifen müssen. Im Landwirtschaftlichen Zentralverein Königsberg sind dieser Tage die Maßnahmen gegen die Seuche eingehend erörtert worden. Herr v. Zettan-Lohs-Kraushausen wies darauf hin, daß die Maul- und Klauenseuche jetzt aus dem Inland heraus weiter verschleppt wird, und zwar auf dreierlei Art: durch den Personenerkehr, durch den Viehverkehr und durch den Viehverkehr. Der Regierungspräsident Graf v. Hesslerling erklärte, in Begleitung der Seuche sei man darüber einig, daß die Bekämpfung der Seuche die schärfsten Maßnahmen erfordere, sonst sollte man sie überhaupt bleiben lassen. Die Beobachtungsbezirke müßten gesperrt werden, damit nicht was leider oft geschieht, die ausbrechende Seuche verheimlicht werde. In Preußen-Holland habe sogar der ganze Kreis unter Beobachtung gestellt

Der Regierungspräsident teilte ferner mit, daß er sich bereits 20 Gendarmen vom Minister zur Ausschilfe beschreiben und die Ueberlieferung weiterer beantragt habe. Die beschränkten Maßnahmen allein könnten aber die Seuche nicht ausrotten, wenn nicht die Landwirte mit Verständnis mitarbeiteten. Es dürfe, wie leider geschehen, nicht vorkommen, daß ein größerer Befehliger sich weigere, einen Gendarm in seine Begleitung aufzunehmen.

Regierungsrat Festhagen bemerkte, daß der jegliche Seuchenverlauf der alleräußerste in den letzten 18 Jahren sei. Leider könne er in vielen Fällen die Landwirte selbst nicht völlig freisprechen von einer Mitschuld an der Verbreitung der Seuche. Der Regierungspräsident drohte schließlich sogar mit dem — Staatsanwalt. Wo ein bewußtes Verschulden eines Befehligen an der Weiterverbreitung der Seuche, zum Beispiel durch eine Verheimlichung des Seuchenaussbruchs vorliege, werde der Staatsanwalt anrufen werden!!

Die mit den Junkern verwandte und verlässigere Regierung sieht sich also gezwungen, selbst gegen die Agrarier vorzugehen. Wenn wieder auf das — Ausland als Seuchenzentrum hingewiesen wird, werden wir an diese Tatsachen erinnern.

### Die Kriegshege geht weiter!

Die „Tägliche Rundschau“, die sich so gern das Blatt der Gebildeten nennt, beginnt ein Leitartikel mit den Sätzen: „Waut Schiffe, jenseits des Kanals ist unser Feind!“

Das ist die große Lehre, die die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes aus der traurigen Marokkoaffäre gezogen hat, und es war ein besonders glücklicher Gedanke, daß schon unmittelbar nachdem die große Reichstags- im Reichstage ihren Höhepunkt erreicht hatte, gewissermaßen als deren wichtigstes Ergebnis unter Vereinfachung von allem übrigen an leitender Stelle in diesem Blatte die Forderung erhoben wurde: unter keinen Umständen unser bisheriges Flottenbau tempo aufzugeben, außerdem aber durch die Indiensthaltung eines dritten Linienkreuzers-Geschwaders unsere Flottenbereitschaft wesentlich zu erhöhen. Kein besserer Kommentar zu der ganzen Angelegenheit und kein besserer Zeitpunkt für ihn konnte gewählt werden.

Darüber, wie solche Hege in England wirken wird, können sich auch unsere Flottenhege keinerlei Täuschung hingeben.

Aber die Verschlechterung der englisch-deutschen Beziehungen, die Schürung des gegenseitigen Mißtrauens ist ja auch gerade der Zweck solcher Hegeartikel. Denn diese Stimmung brauchen unsere Panzerplattenpatrioten ja gerade, um neue profitable Kriegsschiffbauten durchzuführen. Bei dem wahnwitzigen Wettrennen und der gegenseitigen Völkerverfleischung blüht ja gerade ihr Geschäft!

### Disreditierung des Militarismus.

In Düsseldorf ist jüngst ein Rechtsanwalt mit höchstem Ansehen aus seinem Verhältnis als Referent entlassen worden, weil er in einer Verammlung für die Wahl des Sozialdemokraten bei der Stichwahl eingetreten war. An diesen Fall, dem ja schon ähnlich gelagerte Fälle vorangegangen sind, knüpft sich eine lebhaft polemische Zwischen der Liberalen und der reaktionären Presse über die Frage, ob eine solche Maßregelung zu Recht bestehe oder nicht.

Wir haben uns an dieser Polemik nicht beteiligt, nicht weil wir die Maßregelung nicht für eine Ungeheuerlichkeit hielten, sondern deshalb, weil unser ganzer Militarismus an sich eine Ungeheuerlichkeit ist, dessen volkstümliche Tendenzen durch ein solches Vorgehen der Behörden nur noch sinnvoller zum Bewußtsein der Allgemeinheit gebracht werden. Und dagegen, daß die Abfuhr und Unertlichkeit unseres gegenwärtigen militärischen Systems immer klarer hervortreten, haben wir ja nichts einzuwenden.

Wohl aber wäre es gut, wenn unsere Liberalen, statt um die Wahlfreiheit der Herren Referentien soviel Tinte zu verschwenden und Enttäuschung zu produzieren, sich einmal etwas näher mit der Volkseindlichkeit unseres Militarismus überhaupt beschäftigen. Denn ebenso ungeheuerlich, wie das Verbot an Referentien, sozialdemokratisch zu wählen, sei es in der Stichwahl oder auch im ersten Wahlgang, ist ja der militärische Brauch, den aktiven Angehörigen der Armee jede sozialdemokratische Betätigung zu verbieten. Denn wenn Verfassung und Gesetz gestatten, daß sozialdemokratische Gesinnung und Betätigung das unbestreitbare Recht jedes Staatsbürgers sind, so verfehlt es unzweifelhaft gegen Sinn und Wortlaut der Verfassung und der Gesetze, den ihre Dienstpflicht ableitenden Staatsbürgern die Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte zu verwehren. Und es verrät nur die jämmerliche Schwachheit unseres Liberalismus, sich über einen solchen ungeheuerlichen Zustand leichtfertig hinwegzusetzen.

Von sozialdemokratischen Soldaten erwartet man ebenso gut wie von den „Maatverhaltern“, daß sie im Falle eines Krieges ihre Schuldigkeit tun. Aber die staatsbürgerlichen Rechte dieser sozialdemokratischen Soldaten mißachtet und verkennt man. Daß es ein nicht minder unzulässiger Zustand ist, die Offiziersstellen den Angehörigen der besagten Klasse und den Vorgesetzten „Maatverhaltern“, will sagen feudaler reaktionärer Gesinnung vorzubehalten, liegt auf der Hand. Aber auch das veranlaßt unseren Liberalismus nicht zum Protest, höchstens macht er in stiller Entrüstung darüber, wenn den Sproßlingen jüdischer Kapitalisten der Zutritt zum Offiziers- oder Referentienkorps verweigert wird.

Auch wir Sozialdemokraten entrüsten und freilich nicht über solche Zustände, die ja nur den Ausfluß unseres kapitalistisch-reaktionären Systems darstellen. Wir konstatieren nur gelegentlich den Zustand, der ja schon in seiner Radikalität so aufreizend ist, daß es kritischer Blößen gar nicht erst bedarf.

Wenn gar noch durch ein Einschreiten gegen Referentien, die bei der Wahl von ihrem Staatsbürgerrecht freien Gebrauch machen wollen, unser militärisches System disreditiert wird, so hat die Sozialdemokratie und ihr Kampf gegen unseren heutigen Militarismus wahrhaftig keinen Schaden davon!

### Landtagswahl in Leer.

Vorläufiges amtliches Wahlergebnis. Bei der Erstwahl zum Abgeordnetenhaus für den dritten offiziellen Wahlbezirk (Leer-Beener) wurden 228 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Landrat Kleine in Leer (konservativ) 203 und auf Rektor Bergmann in Worderney (freisinnig) 25 Stimmen. Kleine ist somit gewählt.

### Jugendförderung in Sachsen.

Schon in der Thronrede, mit der der sächsische Landtag eröffnet wurde, ließ es, daß ein größerer Betrag zur Förderung planmäßig aufzunehmender Bestrebungen zur Pflege der Jugend in dem Alter zwischen Schule und Wehrpflicht vorgeschlagen werden solle. Das ist inzwischen auch geschehen. Nicht weniger als 100 000 M. schlägt die sächsische Regierung vor, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nichts übrig hatte, die sich weigerte, die Pensionen für die Nachkriegskriegskinder zu übernehmen und auch bisher nichts zur Abhilfe der Teuerungsnote zur Verfügung gestellt hat. In der Begründung dieser Einstellung wird ausgeführt:

Mehr und mehr wird die Notwendigkeit anerkannt, der heranwachsenden männlichen Jugend in der bedeutungsvollen Zeit zwischen der Entlassung aus der Volksschule und dem Eintritt in das Heer besondere Pflege angedeihen zu lassen und nicht nur ihre geistige und sittliche Erziehung zu fördern, sondern auch durch Turnen, Spiel, Sport und gemeinsame Wanderungen Gelegenheit und Anregung zur Übung der Körper- und Willenskräfte in einer der Jugend selbst erwünschten Form zu bieten.

Das klingt ja ganz lieblich. Aber schon die Tatsache, daß man sich auf die männliche Jugend beschränkt zeigt, daß man keine erzieherische Erziehung beabsichtigt, sondern Jugendwehrlust zu patriotischen Zwecken. Nicht zu tüchtigen Menschen, zu Hurrakadriern will man die Jugend drillen.

Dieselbe Absicht, die die konservative Bundtagsfraktion mit ihrem Antrag für Jugendberziehung bezweckt, liegt auch dem Vorgehen der Regierung zugrunde. Nach dem konservativen Antrag soll die Regierung in verstärkter Weise über die Jugendorganisationen wachen, damit diese nicht weiter zu Vorschulen der Sozialdemokratie sich auswachsen, und ferner erwägen, auf welche Weise auf dem Wege der Landesgesetzgebung die vaterländische Erziehung der Fortbildungsschüler besser sichergestellt werden kann. Die konservativen steuern zunächst darauf hin, die Jugendorganisationen zuerst auseinander zu sprengen und dann mit der Jugendförderung zu beginnen. Vielleicht wartet die Regierung schon auf einen dahingehenden Beschluß, daß sie bereit ist, im Sinne des konservativen Antrags zu operieren, zeigen die 100 000 Mark, die zur Verknüpfung der Arbeiterjugendbewegung eingestellt worden sind.

### Der Kardinal Fischer als Stadtratwähler.

Bei den letzten beendeten Stadterordnetenwahlen der zweiten Abteilung in Köln, bei der die Zentrumsparthei mit durchschnittlich 4800 Stimmen über die vereinigten Liberalen siegte, die 4400 Stimmen erhielt, hat, wie die Zentrumspresse rühmend hervorhebt, der Kölner Erzbischof, Kardinal Fischer, für die gesamte Liste des Zentrums gestimmt. Auf dieser Liste standen aber der Protestant Christian Koper, der bis vor kurzem Mitglied einer Freimaurerloge war, und der freisinnige Volksparteiler Kahl, ein Gegner der konfessionellen Schule und Freund des vom Zentrum belämpften, niedergestimmten und maßlos belämpften Familienstrandbades. Den ersteren nahm das Zentrum auf die Liste, um protestantische Stimmen zu fangen, den zweiten, weil er als gegenwärtiger Senior der Stadterordneten Kölns auch ohne dies wieder gewählt worden wäre.

Kardinal Fischer hat auch schon bei der früheren Wahl für den Freimaurer gestimmt, als dieser noch Mitglied der Loge war.

### Ein katholischer Erlaß gegen die Feuerbestattung.

Der Kölner Erzbischof Dr. Fischer veröffentlicht Verhaltungsmahnahmen für die Katholiken bei der Feuerbestattung. Es ist den Katholiken nicht erlaubt, Feuerbestattungsvereine anzugehören. Die Verbrennung ist von der Kirche, abgesehen von Nothfällen, streng verboten. Katholiken, die Verbrennung ihrer Leichen verweigern, erhalten kein kirchliches Begräbniß. Sie sind vor Empfang der Sterbestandpunkte zu ermahnen, ihre Anordnungen zurückzunehmen; weigern sie sich, so dürfen ihnen die Sterbestandpunkte nicht gespendet werden. Die Leichen derjenigen, die ohne ihren Willen auf Anordnung anderer verbrannt werden sollen, können nach kirchlichem Mißbrauch eingeeignet werden. Die Strafe trifft alldam diejenigen, die an der Verbrennung der Leiche Schuld tragen. Eine entferntere oder nähere Mitwirkung zur Verbrennung der Leichen durch Befehl oder Rat oder Verhinderung der Leichenverbrennung ist den Katholiken auf das strengste untersagt.

### Wahlmache der bürgerlichen Parteien in Leipzig.

Im Stadtparlament in Leipzig gab es am Mittwochabend bei der Beratung der Teuerungsvorlage, über die der „Vorwärts“ kürzlich berichtete, eine Debatte von allgemeinem Interesse, da der Rat mit den bürgerlichen Parteien die schönste Wahlmache trieb. Die Vorlage fordert 850 000 M. Davon sind 80 000 M. zur Spelung von Straßenschildern, 40 000 M. zur Errichtung zweier städtischer Speiseanstalten und die übrige Summe als Zulagen an die städtischen Beamten und Arbeiter bestimmt; aber nur die Beamten und Arbeiter, die bis 1800 M. Einkommen haben, die verbeiratet sind und Kinder haben, sollen eine einmalige Zulage von 40 bis 60 M. erhalten. Die ledigen und kinderlosen Beamten und Arbeiter gehen leer aus. Der Kommerzienrat Lobias, Vertreter der Erbklassen, stellte als Alternativen den Antrag, die Zulagen allen denen zu gewähren, die bis 2500 M. Einkommen hätten, und der zweitklassige Vertreter Justizrat Stauff beantragte, die Ratsvorlage nur soweit zu erweitern, daß zu den 40 M. Zulage für jedes weitere Kind 10 M. gewährt werden sollen. Diese kümmerliche Fürsorge ging dem zu Anfang der Sitzung zum Stadtrat gewählten Architekten Höhne noch zu weit. Er lobte wie ein Wüterker, indem er erklärte:

„Teuerung gibt es nicht; sie ist nur durch die unverantwortliche Schwereit und Heberei entstanden. Die Nahrungsmittel sind in den letzten zwanzig Jahren ganz wenig oder gar nicht gestiegen, die Löhne der Arbeiter dagegen ganz enorm. Der Vortag in Jena habe die Teuerung beschlossen, weil die Sozialdemokraten eine Wahlparole brauchen. Durch fortgesetzte Gewöhnung von Teuerungszulagen weisen wir auf die Angestellten und auf die Arbeiter einseitig. Ich möchte die Vorlage am liebsten abschaffen.“

Genoss! Wollender nahm sich den Herrn Höhne mit samt den bürgerlichen Wahlmachern gründlich vor.

Die Vorlage wurde schließlich mit den Anträgen des Herrn Stauff angenommen. Lobias zog seinen Antrag zurück.

### Heber den „Volkfreund“ in Naumburg.

Heber den „Volkfreund“ in Naumburg, das im dortigen Gebiete bei weitem am stärksten verbreitete Zentrumsblatt, hatten wir in der Nr. 201 einen Artikel gebracht, der sich im wesentlichen auf Veröffentlichungen in der „Alteimische Zeitung“ stützte. Darin war gesagt, der Besitzer des Blattes, Herr Detzner, erstrebe eine geschäftliche Reformierung, weil das Unternehmen stark belastet sei und durch die Umwandlung Mittel zur Abholung der Verpfichtungen beschafft werden sollten. Die „Alteimische Zeitung“ hat nun eine Erklärung veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß nach den Feststellungen ihres Naumburger Vertreters von einer finanziellen Belastung des Detznerschen Unternehmens in dem angegebenen Sinne ganz und gar nicht die Rede sein kann, daß vielmehr das Geschäft ausgezeichnet flüht. Wir geben von dieser Feststellung Kenntnis.

### Frankreich.

#### Eine Marokkorede des Ministerpräsidenten.

Paris, 18. November. Gellien hielt Ministerpräsident Caillaux eine Rede, in der er dem Entschluß der Regierung Ausdruck gab, die von der Demokratie gebieterisch verlangten Reformen zu vertreten und zur Geltung zu bringen und in der er auch auf das deutsch-französische Abkommen zu sprechen kam. An die Republik und an Frankreich, so führte der Ministerpräsident aus, haben wir während der letzten Monate zu denken nicht aufgehört. In einigen Worten, wenn ich den Stolz haben werde, auf der Parlamentarität das vollendete Werk zu verteidigen und laut die Verantwortung dafür auf mich zu nehmen, wird es mir nicht schwer werden klar darzutun, daß das unter Wahrung und Sicherung des Friedens erzielte Abkommen eine Lösung herbeiführt hat, die ich als vorteilhaft für beide Teile bezeichne und die, wie die jüngst im Auslande eingetretenen Ereignisse beweisen, bestimmt nicht unvorteilhaft für Frankreich ist. Ich werde dann das Recht und den begründeten Stolz haben, zu zeigen, daß die Trilokale jetzt an den Ufern des alten Atlantischen Ozeans weht und daß Frankreich auf afrikanischem Boden, wo das alte Rom seine besten Soldaten gefunden hat, mit voller Sicherheit seine unbestrittene Herrschaft bis Tripolis ausdehnen können.

### Die militärische Organisation Marokkos.

Paris, 18. November. Dem „Echo de Paris“ zufolge hat das Kriegsministerium bereits einen Plan betreffend die militärische Organisation Marokkos ausgearbeitet. Das Besatzungskorps soll unter den Befehl eines Divisionsgenerals, wahrscheinlich d'Amades gestellt werden und vier Brigaden umfassen. Die militärische und administrative Hauptstadt Marokkos wird Melines, wo sich auch der Stab des Generalresidenten befindet. Die übrigen Brigaden werden auf die Gebiete Ksa, Ubbaba und Marakech verteilt. Dem Besatzungskorps werden auch eingeborene Elemente einverleibt. Man wird daraus zwei Spahi-Regimenter sowie zwei Schützenregimenter nach dem Muster der algerischen und tunesischen Schützen bilden. Zwei Regimenter marokkanischer Schützen mit französischen Cadres, die besondere Uniform erhalten sollen, werden dem Kommando unter dem Befehl des Sultans gestellt. Außerdem will man verschiedene Gunds aus Eingeborenenregimentern bilden. Nach der vollständigen Pazifizierung Marokkos ist die Errichtung eines Nordafrika (Algerien, Tunis, Marokko) umfassenden Oberkommandos ins Auge gefaßt, das wahrscheinlich einem Generalinspekteur, der Mitglied des Oberkriegsrats ist, übertragen wird.

### Die Zustimmung Englands.

Paris, 18. November. „Echo de Paris“ meldet aus London: Die englische Regierung hat gestern ihre Zustimmung zum deutsch-französischen Marokkoabkommen gegeben. Die einzige Bemerkung, die England dazu machte, betrifft die Handelsfreiheit aller Mächte. In einem Brief, den am 4. November Herr v. Ribbles-Wachter an Herrn Cambon richtete, heißt es, die deutsche Regierung rechne darauf, daß Frankreich immer glücklicher sein werde, die Interessengemeinschaft zwischen Frankreich und Deutschland für die Unternehmungen zu fördern, die sie gegenseitig betreiben werden. Wahrscheinlich wird vom Auswärtigen Amt noch eine präzisere Form verschiedener Punkte gefordert werden. Die Regierungen Frankreichs und Englands werden sich sodann in vollem Einverständnis befinden. Das Spanisch-Guinea betrifft, so ist hierüber noch nichts beschlossen worden.

### Rußland.

#### Die Mißernte.

Petersburg, 15. November. In der heutigen Abend Sitzung der Reichsduma beantwortete Ministerpräsident Kolozow die Interpellationen über die Mißernte in längerer Rede, in der er zunächst feststellte, daß das von der Mißernte betroffene Gebiet sich auf zwanzig Gouvernements erstreckt, von denen 20 1/2 durchweg, die übrigen zum Teil geschädigt seien. Von der 12 1/2 Millionen Köpfe zählenden Bevölkerung des Mißerntgebietes seien acht Millionen hilfsbedürftig. Die Hilfeleistung erfordere 120 Millionen Rubel, von denen 82 durch lokale Mittel gedeckt würden, während der Staat für die übrigen 38 Mil. Rubel eintreten müsse. Die Hälfte der erforderlichen Mittel sei der Bevölkerung ohne Verzögerung bereits übermittelt worden. Die Hilfsgelder seien zu Saatwecken, Ankauf von Korn und Viehfutter sowie zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und Errichtung von Speisefischen und Nahrungsmittelstationen und für ärztliche Hilfe angewiesen worden. Auf Grund der Berichte der Gouverneure und Semstwo stellte der Ministerpräsident fest, daß nirgends (?) Hungernot in einem Maße aufgetreten sei, daß die sanitäre Lage der Bevölkerung Verschlechterungen einflöße. Die Regierung helfe der betroffenen Bevölkerung durch alle ihr zu Gebote stehenden Mittel.

### Soziales.

#### Aus dem Ausschuh des Berliner Kaufmannsgerichts.

Der Ausschuh des Berliner Kaufmannsgerichts nahm am Mittwoch Stellung zu den Anträgen auf Abänderung und Verbesserung des Dienstrechtes der Handlungsgehilfen. Der § 60 des Handelsgesetzbuches bestimmt: Wer in einem Handelsgewerbe zur Leistung kaufmännischer Dienste gegen Entgelt angestellt ist (Handlungsgehilfe), hat, soweit nicht besondere Vereinbarungen über die Art und den Umfang seiner Dienstleistungen oder über die ihm zukommende Vergütung getroffen sind, die dem Crisgebrauch entsprechende Vergütung zu beanspruchen. — In sehr vielen Geschäften und speziell in großen Bankgeschäften ist es üblich, zu vereinbaren, daß der aus Lantime, Straffaktion (Gewinnanteil oder dgl.) zugesicherte Teil des Gehalts nicht zahlbar sein soll, wenn sich der Gehilfe in gekündigter Stellung befindet. Es wurden Fälle erwähnt, nach denen ein Angestellter jährlich 1500 M. an Gehalt erhält, daneben 500 M. jährlich an Lantime, die aber beim Abgang des Gehilfen nicht gezahlt zu werden braucht. Um diesem Unfug zu steuern, wurde beantragt: „Zum Entgelt gehören alle Gegenleistungen des Geschäftsherrn, Unterhalt, Reiseflohen, Provisionen, Gewinnanteil, außerordentliche Zuwendungen u. s. f.“ Der Antrag wurde mit sämtlichen Gehilfenstimmen sowie der Stimme des sozialdemokratischen Kaufmannsbesitzers gegen 8 Stimmen der bürgerlichen Kaufleute angenommen.

Ein weiterer Antrag: „Das Entgelt muß dem Handlungsgehilfen mindestens ein Auskommen sichern, das seiner Stellung und dem Crisgebrauch entspricht.“ fand ebenfalls zur Debatte. Gegen dieses Sachver ohne Klänge wandten sich der sozialdemokratische Kaufmannsbesitzer und die beiden Mitglieder des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen: er sei unklar und in der jetzigen Form praktisch nichtsfähig, zumal er unelastisch müsse, ein Mindestgehalt einzuführen. Die Höhe des Gehalts könne nur durch Vereinbarungen von einer großen Gewerkschaft der Handlungsgehilfen geregelt werden. Bei der Abstimmung wurde der Antrag gegen 7 Stimmen der bürgerlichen Gehilfenbesitzer — der sozialdemokratische Kaufmannsbesitzer und die Mitglieder des Zentralverbandes enthielten sich der Abstimmung — abgelehnt.

Ein weiterer Antrag lautete: „Das Recht der Zurückhaltung vom Prinzipal nur soweit ausüben, als er aufrechnen darf.“ Dieser Antrag wurde mit 10 gegen 8 Stimmen (der bürgerlichen Kaufleutebesitzer) angenommen. Ebenso erging es folgendem Antrag: „Der vorwiegend auf Provision gestellte Handlungsgehilfe hat Anspruch auf monatlichen Provisionsvorschuß und er darf, um seine Forderungen Karzuzstellen, die Bücher einsehen.“

Dem Rot- und Logiswesen, der sogenannten freien Station im Handelsgewerbe will folgender von den Handlungsgehilfen gestellter Antrag entgegenwirken: „Die Aufnahme des Handlungsgehilfen in die häusliche Gemeinschaft des Prinzipals soll unzulässig sein.“ In der Diskussion wurde von den Gehilfen lebhaft über die ungenügenden Räume geklagt, welche den Gehilfen zur Verfügung gestellt würden. Diese eigneten sich zum Teil nicht einmal zur Unterbringung von Vieh. Volkoch löste auch die Kost zu wünschigen übrig. Die freie Station werde nur gegeben, um die Gehälter noch mehr herunterzudrücken und den Gehilfen in vollständiger Abhängigkeit zu erhalten. Derselbe müsse sich an die Hausordnung halten und dürfe nach 10 Uhr abends nicht nach Hause kommen. Gegen den Antrag führte ein Kaufmann aus der Lebensmittelland aus, den jungen Leuten in seiner Branche erwachsen keine Vorteile aus diesem Antrage. Er habe noch seinen jungen Mann kennen gelernt, der auf die freie Station verzichtet hätte. Die freie Station liege nur im Interesse der Gehilfen und werde besonders von den Verkäuferinnen verlangt. Die Angestellten brauchten Erziehung. Leute, denen täglich Geld im Geschäft durch die Finger gehe, seien den Verlockungen von gewisser Seite zu sehr ausgesetzt und könnten nur durch die häusliche Gemeinschaft mit dem Prinzipal vor Gefahren behütet werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Gehilfenvertreter und des sozialdemokratischen Peilbers angenommen.

# Gewerkschaftliches.

## Generalstreik der britischen Bergarbeiter.

Die Konferenz der britischen Bergarbeiterverbände, die am 14. und 15. d. Mts. in London tagte, beschloß mit einer Mehrheit von 128 000 Stimmen, die Urabstimmung über den Beginn des Generalstreiks bis zum 20. Dezember zu vertagen. Inzwischen sollen die Unternehmer zu einer nationalen Konferenz mit der Vertretung der Bergarbeiterföderation eingeladen werden, um die Lohnfrage zu besprechen.

Auf der Konferenz wurde berichtet, daß die Bergwerksbesitzer in Mittel-England prinzipiell den Minimallohn bewilligten, dagegen haben die Bergwerksbesitzer in Nord-England und Schottland ziemlich unbedingt die Minimallohnforderung abgelehnt, während die Bergwerksbesitzer in Süd-Wales die Forderung unbedingt abgelehnt haben. Die Stimmung in der Konferenz war eine sehr erregte; insbesondere waren die walisischen Bergarbeiter über die Haltung der Bergwerksbesitzer außerordentlich erbittert. Die Stimmung für einen Generalstreik ist unter den britischen Bergleuten sehr stark verbreitet.

### Berlin und Umgegend.

#### Dreherstreik bei der A. E. G.

Aus Anlaß des Hornerstreiks haben die Dreher in dem Werk Guttenstraße der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft am Donnerstagvormittag die Arbeit niedergelegt. Es streikten rund 400 Dreher, wodurch 300 Drehbänke außer Betrieb gesetzt sind.

#### Kündigung des Tarifvertrages im Herren-Waßschneidergewerbe.

Einer Mitgliederversammlung der Filiale Berlin I des Schneiderverbandes, die am Mittwoch den großen Saal des Gewerkschaftshauses füllte, lag ein Antrag der Ortsverwaltung, sowie der Kommission und der Vertrauensleute der Herren-Waßbranche vor, dieser Branche für das kommende Frühjahr die Genehmigung zu einer Lohnbewegung zu erteilen, so daß der Tarif am 1. Dezember gekündigt wird und gemäß der festgesetzten Kündigungsfrist am 1. März 1912 abgelassen ist. Der geltende Tarif besteht seit dem Jahre 1907. Seitdem hat sich die wirtschaftliche Lage derart geändert, daß ein starkes Mißverhältnis zwischen den Löhnen und den Kosten der Lebenshaltung eingetreten ist. Bei den einkunftsreichen Forderungen handelt es sich vor allem um eine Lohnverhöhung, die auf die einzelnen Stände bis zu 10 Proz. ausmacht, um freie Lieferung der Futuraturen und um Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden. Die verschiedenen Positionen des Entwurfs sind so bemessen, daß mit irgendwelchem Recht von unannehmbaren oder unmöglichen Forderungen nicht die Rede sein kann. — An die Ausführungen des Filialvorsitzenden K. N. u. z. über diesen Punkt schloß sich eine rege Diskussion, in der es sich zeigte, daß man in den Kreisen der Herrenwaßschneider hier und da die Forderungen als zu niedrig angesehen erachtet. Uebrigens wird über die Einreichung des Tarifentwurfs endgültig in einer demnächst stattfindenden Herrenwaßschneiderversammlung beschlossen werden. Die Mitgliederversammlung gab schließlich einstimmig ihre Genehmigung zu der geplanten Lohnbewegung, bei der der von der Kommission ausgearbeitete Entwurf als Grundlage gelten soll.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann hielt in der Versammlung einen lehrreichen und anregenden Vortrag über den neuen Strafgesetzbuch und die bevorstehenden Reichstagswahlen.

**Achtung, Typsetzer!** Die am Mittwoch, den 15. November, abgehaltene Bauvertrauensmänner-Versammlung beschloß auf Grund des Ortsstatuts, daß jeder Berliner Verbandskollege 4 Marken im Werte von 25 Pf. für die ausgeperrten Tabalarbeiter zu entnehmen hat. Die Marken sind von der nächsten Woche ab in den Zahlstellen zu haben. Jedoch sind die Bauvertrauensmänner verpflichtet, schon in dieser Woche mit der Sammlung zu beginnen und hat jeder in Arbeit stehende Kollege für diese Woche mindestens eine Marke zu nehmen. Die Verbändeleitung.

**Achtung, Klavierarbeiter!** In der Pianofabrik von Wehstein befinden sich seit dem 8. November 60 Filgelzusammensetzer und 8 Filgelstimmer im Auslande. Den Anlaß hierzu gab die Entlassung der Filgelstimmer, welche die „Dreistigkeit“ befehlen, bei den horrenden Wochenlöhnen von 30 bis 33 M., wie sie im Wehsteinischen Betriebe für Stimmer üblich sind, Lohnforderungen zu stellen. Nach einer kurzen Abfertigung durch den Fabrikdirektor erhielten sie als Antwort die Entlassung. Darauf reichten auch die Filgelzusammensetzer Forderungen ein. Diese glaubten sich zu einem solchen Vorgehen um so mehr berechtigt, da seit 28 Jahren eine Erhöhung der Akkordpreise nicht stattgefunden hat, obwohl im Laufe der Zeit verschiedentlich Mehrarbeiten zu den Akkorden hinzugekommen sind. Da die Bewältigung dieser Forderungen abgelehnt wurde, sind sie zur Arbeitsniederlegung geschritten. Wenn der Streik der Filgelzusammensetzer noch länger andauert, werden sehr wahrscheinlich auch noch andere Gruppen des Wehsteinischen Betriebes in den Ausstand treten. Obwohl die Firma Wehstein als die größte und angesehenste in der deutschen Musikinstrumentenindustrie gilt, ist sie bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine der reichlichsten Firmen. Nun ist ja in den letzten Jahren bei verschiedenen Millionenfirmen der Holzindustrie, die über nicht minder große Kapitalien verfügten wie die Firma Wehstein, die Macht des Kapitals an der Solidarität der Arbeiter gelichtet. Auch die Firma Wehstein wird einsehen lernen, daß man in der heutigen Zeit die Arbeiter nicht mehr wie willenlose Sklaven behandeln darf.

Am den Wehsteinischen Arbeitern in ihrem berechtigten Vorgehen zu einem Siege zu verhelfen, eruchen wir in allen Orten streng auf jede Fernhaltung des Zuguges zu achten!

#### Die Branchenleitung der Klavierarbeiter.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

**Achtung, Gastwirtsgehilfen!** Zwischen dem neuen Inhaber der „Wirtschaftlichen“, Warschauer Straße 73, Herrn Kolatschny, und dem Verband deutscher Gastwirtsgehilfen ist es zum Abschluß eines bescheidenden Vertragsverhältnisses gekommen. — Die seinerzeit über dieses Lokal verhängte Sperre ist hiermit aufgehoben. Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.

**Konflikt im Pagenhofer-Auswärtigen, Friedrichstraße.** Die Differenzen sind durch Verhandlungen mit der Organisation, dem Verbande deutscher Gastwirtsgehilfen, beigelegt. Die entlassenen 17 Keller sind sämtlich unter den vor einiger Zeit getroffenen Vereinbarungen wieder eingestellt.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin I.

### Deutsches Reich.

#### Ein Vorspiel zu den Reichstagswahlen.

Laut Bekanntmachung des Oberbergamts zu Dortmund sind die Berg-Gewerbeverwaltungen für das gesamte Ruhrkohlenrevier auf den 6. Dezember angelegt. Gleichzeitig ist eine neue Wahlordnung herausgegeben, wonach die Abgrenzung der Wahlbezirke nicht mehr nach politischen Gemeinden, sondern nach Schachtanlagen zu erfolgen hat. Bei dem früheren Zustande konnte als Arbeiter auch solche Arbeiter fungieren, der nicht bei derselben Schacht arbeitete, also nicht unter der Fuchtel und Notmäßigkeit derselben stand. Jetzt können nur noch solche Arbeiter gewählt werden, die bei der Schachtanlage arbeiten. Die Aenderung hat des Weiteren zur Folge, daß sämtliche Weisiger auscheiden, deren Wahlzeit am 31. Dezember noch nicht abgelaufen ist. Die Wahl hat infolgedessen

eine besondere Bedeutung, als sie im Revier das eigentliche Vorspiel zu den Reichstagswahlen ist.

### Ausland.

Die Erd- und Betonarbeiter in Kopenhagen haben am Dienstag die Arbeit eingestellt. Der Streik umfaßt rund 3000 Mann. Der alte Tarifvertrag, gekündigt von den Unternehmern, war eigentlich schon am 1. April dieses Jahres abgelaufen. Seitdem ist immer von neuem verhandelt worden, aber die Unternehmer bestanden hartnäckig auf eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, daß den Arbeitern kein anderer Ausweg als die Arbeitsniederlegung übrig blieb.

#### Die katholischen Organisationen in Italien.

Rom, den 12. November 1911. (Fig. Ver.)

Auf Grund einer vor drei Jahren begonnenen Enquete veröffentlicht das italienische Reichsarbeitsamt soeben einen viden Band über die Entwicklung und den Bestand der katholischen Organisationen in Italien.

Der geschichtliche Ueberblick reicht bis zum Jahre 1874 zurück, in dem die ersten katholischen Kongresse stattfanden, die sich mit der Arbeiterfrage beschäftigten. Im Jahre 1891, auf dem Kongress von Vicenza, konnte die katholische Bewegung bereits mit 284 Arbeitervereinen rechnen, die rund 73000 Mitglieder zählten. Im Jahre 1891 bestimmte die Encyclica rerum novarum, daß die Katholiken Arbeiter und Unternehmer in derselben Organisation vereinigen sollten, aber in der Praxis bewährte sich diese Form nicht, so daß schon die nachfolgenden Kongresse sie ernstlich diskutierten, bis sie in Toronto 1901 und in Bologna 1903 definitiv aufgegeben wurde. Inzwischen hatte die Organisation besonders auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens und der landwirtschaftlichen Hilfsklassen Fortschritte gemacht. Im Jahre 1907 bestanden nicht weniger als 1903 von Katholiken geleitete landwirtschaftliche Hilfsklassen. Die eigentliche Gewerkschaftsbewegung, die ihre Organisationen „Verbände zur Erhebung der Arbeiter“ nannte (Legho di miglioramento), im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften, die auch Widerstandsverbände (Legho di resistenza) heißen, setzt erst im Jahre 1900 ein und erfährt bis zum Jahre 1903 einen bedeutenden Aufschwung, genau wie die freie Gewerkschaftsbewegung in derselben Periode. Es folgte dann eine Zeit des Stillstandes, an der auch die Schwierigkeiten Schuld trugen, die der Vatikan der Bewegung entgegenstellte. Mit dem Jahre 1907 setzt eine strengere Zentralisierung ein, und es wurde ein Zentralverband der Hilfsklassen, ein anderer der landwirtschaftlichen Unterhaltungsstellen, eine Zentrale der landwirtschaftlichen Kooperativen und ein Sekretariat der Arbeiterberufverbände gegründet. Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung selbst ist die Zusammenfassung nach Berufsgruppen und die Gründung von Zentralverbänden für die einzelnen Industrien erst vor etwa einem Jahre in Angriff genommen worden.

Die Enquete selbst gibt den Stand der katholischen Gewerkschaftsbewegung zu Ende des Jahres 1910 wieder. Es bestanden damals 374 katholische Gewerkschaften mit 104 614 Mitgliedern, von denen 67 468 industrielle und 37 148 landwirtschaftliche Arbeiter waren. Von allen Industrien stellt die Textilindustrie mit 33 402 Mitgliedern das größte Kontingent. Bis jetzt existieren Zentralverbände nur im Textilgewerbe und unter den katholischen Eisenbahnern. Diese letzteren zählen aber nur 6047 Mitglieder, also etwa ein Zehntel der Zahl, die die freie Eisenbahnergewerkschaft aufweist. Am stärksten ist die katholische Gewerkschaftsbewegung in der Lombardei und in Venetien, gering in Sizilien, in Piemont, in der Emilia und den Marken, während sie in den anderen Landschaften ganz fehlt. Interessant ist, daß in Rom und im Latium keine katholischen Gewerkschaften bestehen. Die starke Beteiligung Venetiens erklärt sich aus dem starken Merkantilismus dieser Landschaft, während die hohe Organisationszahl der Lombardei in der großen Verbreitung der Textilindustrie eine teilweise Erklärung findet.

Was den konfessionellen Charakter dieser katholischen Gewerkschaften betrifft, so ist er ziemlich bescheiden und nicht allzu intolerant. Von der Verpflichtung zur Osterbeichte ist gar nicht die Rede, höchstens findet sich mal hier und da eine Gewerkschaft, die gewohnheitsmäßiges Fasten und Trinken als Ausschließungsgrund ansieht. Im ganzen begnügen sich diese Organisationen damit, in ihrem Statut festzusetzen, daß ihre Aktion im Einklang mit dem katholischen Glauben zu stehen habe.

Was das Finanzwesen betrifft, so waren nur für weniger als ein Drittel, für 107 Gewerkschaften, Angaben erhältlich. Diese befaßen insgesamt ein Patrimonium von rund 80 000 Lire, eine Jahreseinnahme von 88 670 und eine Ausgabe von 62 543 Lire. Die Beiträge sind gering, von 20 Centesimi bis 8 Lire jährlich. Die geübte Zahl der Mitglieder leisten Jahresbeiträge zwischen 0,50 und 2 Lire. Was die Ausgaben betrifft, so geben 36 Prozent für die Verwaltung drauf, 24 Prozent für Streiks und Agitationen, 14 Prozent für die Propaganda, 9 für Bildungszwecke, 8 für Arbeitslosenunterstützung und 6 Prozent für den Arbeitsnachweis. Ein Ueberblick über die Streikbewegung zeigt, daß im ganzen in 115 Fällen katholische Gewerkschaften beteiligt waren. Die Bewegungen, die 48 000 Arbeiter betrafen, endeten in der Mehrzahl zugunsten der Streikenden.

Was das katholische Genossenschaftswesen betrifft, so bestanden sich zu Ende des vorigen Jahres 57 Arbeitsgenossenschaften, 64 Kollektivpachtungen, 250 Konsumvereine und 487 landwirtschaftliche Genossenschaften, insgesamt 678 Kooperativen mit 50 937 Mitgliedern.

Die Zahl der katholischen Hilfsvereine betrug 799. Bekannt ist die Mitgliederzahl nur für 665 und betrug 88 500. Diese Vereine sind hauptsächlich Krankenversicherungsstellen auf Gegenseitigkeit. Nicht weniger als 99 Proz. zahlen Krankengelder, 16 Proz. haben eigene Ärzte, 33 Proz. geben Invaliden, 18 Proz. Altersunterstützungen.

An landwirtschaftlichen Hilfsklassen bestanden 942 mit 94 188 Mitgliedern. Der Kassenbestand wurde für 700 Kassen erhoben und ergab 89 Millionen Depots und 81 Millionen Darlehen bei einem genossenschaftlichen Kapital von 274 Millionen.

Alle diese Institutionen, auch die der Genossenschaftsbanken, haben eine Zentrale, deren Sitz Vergamo ist.

Im ganzen berichtet die Veröffentlichung über 3018 kirchliche Organisationen mit insgesamt 346 863 Mitgliedern, unter diesen waren 102 298 industrielle Arbeiter und 115 003 landwirtschaftliche Arbeiter. Die übrigen gehörten dem Kleinbürgertum an.

Die Statistik zeigt also, daß die Merkanten auch in Italien noch über ganz beachtenswerte Kräfte gebieten. In der Industrie finden sie ihre Organisationsmaterial vor allem unter den Frauen und Minderjährigen. Ihren Einfluß auf die landwirtschaftliche Bevölkerung behaupten sie besonders durch das Genossenschafts- und Hilfsklassenwesen, in dem sie vor den Sozialisten den großen Vorteil haben, über bedeutende Kapitalien zu verfügen. Uebrigens ist es unverkennbar, daß die katholische Arbeiterbewegung in Italien in letzter Zeit einen nicht unwesentlichen Aufschwung erfahren hat.

## Aus Industrie und Handel.

#### Börsenkraus in belgischen Kolonialpapieren.

Die geheimnisvollen Andeutungen des französischen Ministerpräsidenten, wonach zwischen Frankreich und Deutschland noch weitere Geschäfte in Afrika abzuwickeln wären, sind zuerst auf eine in Aussicht stehende Ausstellung des jetzt zu Belgien gehörenden Kongostaats gedeutet worden, während jetzt eher eine Erweiterung und Verteilung der portugiesischen Besitzungen als wahrscheinlich gilt. Immerhin haben die ersten Vermutungen, die ein Aufheben der jetzigen Vorzugsstellung der belgischen Gesellschaften im Kongoboden erwarten ließen, zu einem kolossalen Kraus in den „Werten“ dieser Monopol- und Spekulationsunternehmungen geführt. Der „Peuple“ stellt die Kurse dieser Papiere vom

7. November der Jahre 1910 und 1911 zusammen. Dabei ergeben sich Rückgänge von 50 bis zu 2100 von dem Kurse des Vorjahres, knapp 10 bis beinahe 70 Proz. dieses Kurzes. Auf die insgesamt rund 1 360 000 Stücke der verschiedenen an der Börse gehandelten Papiere berechnet, beträgt der Rückwert nicht weniger als 367 309 000 Franz. Der „Peuple“ nimmt sogar eine Wertminderung um rund 400 Millionen Franz. an! Da die in realen Produktions- und Verkehrsmitteln, Materialien, Landeserzeugnissen usw. verkörperten Werte auch durch eine Aenderung der Oberbergschaft so gut wie gar nicht betroffen werden, zeigt dieser Kurssturz recht deutlich, wie der „Wert“ dieser Kolonialpapiere — wie übrigens auch des größten Teils der übrigen, wenn auch nicht in gleichem Maße — nur zum kleinsten Teil in wirklich vorhandenen, wenigstens möglicherweise produktiven Unterlagen menschlicher Tätigkeit verkörpert ist, zum weitesten größten Teil aber nichts anderes ist als die vorweggenommene Kapitalisierung der aus unbezahlten Leistungen der Eingeborenen oder überdieser Kolonisten fließender Gewinne. Darin besteht eben die „wunderbare Empfindlichkeit“ der Börse für alle Schwankungen des politischen Barometers, daß es viel weniger Gegenstände von reellem Nutzwert als kapitalisierte Erwartungen auf rechtlich fließenden unwerdentlichen Gewinn sind, die in den Kurzen der an der Börse gehandelten Papiere zum Ausdruck kommen.

**Gewinne der amerikanischen Bahnen.** Die Gesamtlänge der verschiedenen Eisenbahnen der Vereinigten Staaten betrug am 30. Juni 1911 225 067 amerikanische Meilen (a 1609 Meter). Die durchschnittlichen Bruttoeinnahmen pro Tag und pro Meile beliefen sich auf 22,87 Dollar, während sich die durchschnittlichen Ausgaben auf 22,58 Dollar pro Meile und pro Tag beliefen, so daß eine Nettoeinnahme von 10,29 Dollar pro Meile und pro Tag sich ergibt. Nach Abzug von Steuern usw. blieb den Eisenbahnkönigen die Summe von 742 Millionen Dollar. Diese Summe ist so gering, daß die Harnissen und Genossen alle Ursache haben, durch Niederhaltung der Löhne die Eisenbahner in den Streik zu treiben!

## Letzte Nachrichten.

#### Die Steuerungsdebatte in Oesterreich.

Wien, 16. November. (B. Z. B.) Zu Beginn der heutigen Sitzung des Steuerungs-ausschusses erklärte Ministerpräsident Graf Stürgkh, es wäre eine durchaus irrtümliche Auffassung, wenn man seine in der Steuerungsdebatte abgegebene Erklärung, in der er dem Hause die Annahme von Anträgen, die mit der Rechtsauffassung der Regierung nicht übereinstimmen, nicht empfohlen habe, als Eingriff in die Prärogative des Hauses oder gar als Mißachtung betrachten würde. Die Regierung habe aus echt konstitutionellem Empfinden (?) heraus offen und loyal (?) dem Hause gegenüber ihren Standpunkt dargelegt.

Der Ausschuh beschloß mit großer Mehrheit, über die in der letzten Sitzung gestellten Protestanträge gegen die Rede des Ministerpräsidenten zur Tagesordnung überzugehen.

#### Die Verfassungsänderung abgelehnt.

Wien, 16. November. (B. Z. B.) Die Kammer hat den Antrag der Sozialisten und den der unionistischen und der demokratischen Liberalen, welche die Dringlichkeit für eine Verfassungsänderung zugunsten des allgemeinen Stimmrechts fordern, abgelehnt.

#### Die Revolution in China.

Peking, 16. November. (Nachricht des Reuterschen Bureau.) Nach Konsularberichten sind 30 000 Mann in Panktschau stehender Truppen zu den Revolutionären übergegangen, haben die Truppen in Nanjing und Tschinkiang geschlagen und befinden sich jetzt auf dem Marsche nach Nanjing, wo eine große Schlacht erwartet wird.

Ein kaiserliches Edikt gibt bekannt, daß sich das neue Kabinett Juanjshikais gebildet hat und veröffentlicht die Namen der Präsidenten und Vizepräsidenten jedes Vorlesebüros. Das Kabinett enthält auch einige Mandchus, aber keine Adligen.

Auf die Einladung Lihuanhengs sind die Vertreter aller leicht erreichbaren Provinzen am 13. und 14. November in Shanghai zusammengetreten und haben über die Lage beraten. Im Anschluß daran hat Lihuanheng die Konsuln in Hankau davon in Kenntnis gesetzt, daß die republikanischen Staaten Vertreter zu einer Zentralregierung gewählt hätten, die in Wuchang eingerichtet werde, und die Konsuln dringend ersucht, die vereinigten Staaten anzuerkennen.

#### Roosevelt als Beschützer des Stahlstruhs.

New York, 16. November. In Leitartikeln des „Outlook“ greift Roosevelt die Politik der gegenwärtigen Regierung scharf an, die das Trustwesen durch Auflösung oder gerichtliche Verfolgungen in Ordnung bringen wollte. Roosevelt erklärt das für einen kleinen, aber schädlichen Versuch, die Industrien in den verbliebenen Weltreit des achtzehnten Jahrhunderts zurückzuwerfen. Für die großen Korporationen, die den Befehlen gehorchen, insbesondere für den Stahlstruh, ist der Artikel im ganzen eher günstig.

#### Seine Frau und Mutter erstochen.

Zimmernstadt, 16. November. (B. Z. B.) Im nahen Ratzell erstach der Oekonom Forster seine Frau und Mutter. Nach der Tat zündete der Täter, der in der Trunkenheit gehandelt haben will, sein Haus an.

#### Ein blutiges Familiendrama.

Wien, 16. November. (B. Z. B.) Im Hause des Sektionschefs Baron Holzknicht hat sich heute nachmittags ein entsetzliches Familiendrama ereignet. Um die Tochter des Sektionschefs hatte sich ein Beamter, ein gewisser Dr. von Matkowitz, beworben, der jedoch mit seiner Werbung abgewiesen wurde. Heute nachmittags erliefen Dr. v. Matkowitz in der Wohnung des Barons Holzknicht und verübte einen Revolveranschlag gegen die Tochter Marie des Sektionschefs. Die beiden anderen Kinder desselben, der 17 jährige Georg und der etwas jüngere Robert, waren zufällig im Zimmer anwesend. Auch sie schloß der Rasende nieder. Fräulein Holzknicht und ihr Bruder Georg waren auf der Stelle tot, Robert starb nach kurzer Zeit. Die näheren Umstände der Tat sind noch nicht völlig aufgeklärt. Wie es heißt, hat Matkowitz Selbstmord begangen.

#### Zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.

Innsbruck, 16. November. Der Fleischergeselle Franz Müller in Königsberg i. Pr., der im Mai d. J. an Familie Schwendner in Schirwindt aus Rache ein Paket mit Sprengstoffen geschickt hatte, bei dessen Öffnung Frau Schwendner und deren Tochter schwer verletzt wurden, ist heute vom Schwurgericht in Innsbruck zu sechs Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Reichstag.

207. Sitzung vom Donnerstag, den 16. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück, v. Drettenbach.

Die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über den Ausbau deutscher Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffsabgaben

Erhebung von Schiffsabgaben

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Heine (natl.) erklärt sich namens eines Teiles seiner Freunde gegen das Gesetz. Nach der ganzen Entstehung des Gesetzes wird in weiten Kreisen der Bevölkerung die Ueberzeugung nicht zu beseitigen sein, daß es sich hier um einen agrarischen Vorstoß handelt. Gerade mit dem freien Verkehr auf den Strömen hat sich das Wirtschaftsleben so mächtig entwickelt. Der Ausbau der Wasserstraßen ist gewiß nötig, aber er kann wie bisher auf allgemeine Staatskosten erfolgen. Die Schiffsabgaben müssen wirken wie indirekte Steuern, sie werden also eine Verteuerung der Waarengüter herbeiführen. Trägt sie der Konsument, so ist eine solche Verteuerung, die nicht notwendig ist, abzuweisen. Trägt die Abgaben, wie andere meinen, der Produzent, so werden bestimmte Produktionszweige eingehen. Wahrscheinlich wird aber die Abgaben der Schiffer tragen; infolgedessen werden manche Transportbetriebe zugrunde gehen und im Endresultat kommt doch wieder eine Verteuerung der Frachten heraus, die den Konsumenten belastet. Wir haben aber allen Anlaß, nachdem wir so lange und entschieden den Produzentenstandpunkt wahrgenommen haben, auch endlich einmal dem Konsumentenstandpunkt Rechnung zu tragen. (Sehr richtig! links.) Als ein Hauptergebnis des Gesetzes wird die Vertiefung der Elbe hingestellt. Eine solche ist aber wirtschaftlich unmöglich und technisch unmöglich, oder doch nur auf Kosten der Weite. Wir brauchen aber nicht eine Verengung, sondern eine Verbreiterung der Elbe. Es sind Gerichte im Umlauf, daß wegen des außerordentlich ungünstigen Wasserstandes der Elbe in diesem Jahre die Meinung der Sachsen sich über die Notwendigkeit der Vertiefung der Elbe geändert haben. Das ist nicht der Fall; niemand in Sachsen, weder in Industrie noch Landwirtschaft, hat ein Interesse an der Vertiefung der Elbe, die man uns als Geschenk für unsere Zustimmung zu den Schiffsabgaben anbietet. Man bewahre uns vor den Schiffsabgaben, und man bewahre uns vor dem Geschenk der Vertiefung der Elbe. (Bravo! bei den sächsischen Nationalliberalen.)

Abg. Wintler (Op.): Unleugbar hat die Kommission am dem Entwurf einige Verbesserungen angebracht. Aber annehmbar ist er dadurch doch nicht geworden. Es ist bedauerlich, daß das Material, welches der Kommission vorlag, vor allem die Denkschriften der einzelstaatlichen Regierungen, nicht veröffentlicht ist. Die Sachverständigen hätten sich dann noch ganz anders mit dem Entwurf befassen und an ihm Kritik üben können. An der grundsätzlichen Stellung der Gegner des Entwurfs hat sich nichts geändert. Herr v. Camp meinte auch gestern wieder, die Schiffsabgaben verstoßen nicht gegen Artikel 64 der Reichsverfassung. Diese Auffassung ist grundsätzlich (lebhaftes Zustimmung.) Abg. Heine meinte, die Kommission habe dem Entwurf jeden fiskalischen Charakter genommen. Auch das ist eine durchaus irrtümliche Auffassung. — Der Elbstrom ist als Hauptwasserfahrstraße für das Königreich Sachsen von ganz hervorragender Bedeutung für die sächsische Bevölkerung. Auf diesem Strom hat sich auch die Kleinschiffahrt außerordentlich entwickelt, und dieser Kleinschiffahrt wird durch den Gesetzesentwurf ein sehr empfindlicher Schlag veretzt. — Die Einführung der Abgabefreiheit auf den preussischen Strömen war seinerzeit ein Triumph einer großartigen weitausschauenden Veredlungspolitik, und es ist ganz falsch, daß der preussische Minister gestern von der Abgabefreiheit als einem überlebten System sprach, das aus unserem Wirtschaftsleben eliminiert werden müsse. Man darf die Vorlage auch keineswegs als reine Meliorationsvorlage hinstellen, wie es hier geschieht ist; die notwendigen Meliorationen müssen auch ohne die Befahrungsabgaben im allgemeinen Kulturinteresse ausgeführt werden. (Sehr richtig! links.) Der Minister berief sich auf die öffentliche Meinung und meinte damit die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses. Diese Mehrheit vertritt aber nur die Wider-

heit des preussischen Volkes und keineswegs die öffentliche Meinung. (Sehr wahr! links.)

Abg. Winkler (L): Die beiden Vordredner lassen sich augenscheinlich bei ihrer Gegnerschaft gegen das Gesetz von sächsischem Partikularismus leiten. Im wohlthuenden Gegensatz dazu stand die großzügige Art, wie gestern der württembergische Minister v. Fischel für die Vorlage eintrat. — Redner tritt für Annahme des Antrages Heine auf Streichung des von der Kommission eingefügten Artikel IIIa ein, welcher festsetzt, daß unter künstlichen Wasserstraßen im Sinne dieses Gesetzes nur Kanäle im eigentlichen Sinn, nicht auch kanalisierte Flüsse usw. zu verstehen sind. — Ferner wendet sich Redner gegen die Angriffe des Abg. Gothein auf den Ministerialdirektor Peters. Dieser fleißige, tüchtige, unverbrochene, königstreue, ausgezeichnete Beamte steht turmhoch über solchen Angriffen. (Bravo! rechts.)

Ministerialdirektor Peters (Große Heiterkeit, fast ganz unbeherrschbar) polemisiert gegen die Ausführungen der sächsischen Abgeordneten Gantner und Heine und stellt die vertuernde Wirkung der Schiffsabgaben in Abrede.

Vorredner Ministerialrat Mitter v. Grafmann (ebenfalls schwer verständlich) tritt für die Vorlage ein, bestreitet, daß von einem sächsischen Rückgeben Bayerns geredet werden könne und bezeichnet das Gesetz als eine bedeutende Förderung der Flußschiffahrt, an der das von allen deutschen Staaten am weitesten vom Meere entfernte Bayern nicht zum wenigsten interessiert sei.

Abg. Stolte (Soz.):

Wir erblicken in den Schiffsabgaben eine schwere Gefährdung von Handel und Verkehr, ein großer Teil der Binnenschiffahrt wird dadurch dem Ruin entgegengeführt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der Zeit der Schiffsabgabefreiheit hat sich die Binnenschiffahrt, haben sich Handel und Verkehr so entwickelt, daß uns das Ausland darum beneidet. Insbesondere an den oberen und mittleren Läufen der Ströme hat sich unter den Segnungen der Abgabefreiheit der inländische Handel und die Industrie kolossal entwickelt. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die preussische Regierung durch die Agrarier geradezu gezwungen worden ist, die Schiffsabgaben in die Kanalvorlage hineinzubringen. An dem Charakter des Entwurfs ist auch durch die Arbeit in der Kommission nichts geändert worden. Daß die preussische Regierung nur der Marktroute folgt, die für die preussischen Junker vorschreiben, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten selbst bewiesen, indem er erklärte, die preussische Regierung sei in der Folge außerstande, so lange nicht die Frage der Schiffsabgaben geregelt sei, große Meliorationen vorzunehmen, sie würde sonst beim preussischen Landtage die größten Schwierigkeiten haben, wenn sie die Strombaukosten anfordern wollte. Also der preussische Minister erklärt einfach: Ich darf und kann nicht weitere Strombaukosten anfordern, der Landtag würde mir das nicht bewilligen. Wenn es sich um neue Kanonen oder Schiffe handelte, so würde der Minister nicht so sprechen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine Regierung, die solche Einnahmequellen zur Verfügung stehen wie die preussische, erklärt, daß sie das nicht leisten könne, was kleinere Staaten leisten. Im Gegensatz dazu wird in der sächsischen Denkschrift ausgeführt, daß selbst wenn über kurz oder lang die Notwendigkeit weiterer Kostenbewilligungen für Stromverbesserungen eintreten würde, nicht zu befürchten sei, daß die hierfür erforderlichen Mittel nicht aufzubringen seien. Die preussische Regierung aber stellt sich auf den Standpunkt: wir sind sozusagen bankrott, wir haben keinen Pfennig mehr für solche Zwecke. In der Tat ist es also so, daß

das preussische Junkerparlament entscheidet über die Abgabefreiheit auf den deutschen Strömen. (Sehr wahr! bei den Soziald.) Im sächsischen Wassergesetz ist übrigens in den Paragraphen 93 und 94 ausdrücklich bestimmt, daß die Unterhaltung des Elbstrombettes und seine Verbesserungen, die lebendig den Zweck haben, die Schiffahrt auf der Elbe zu erhalten und zu fördern, auf alleinige Kosten des Staates auszuführen seien. Wie denkt sich der Ministerialdirektor Dr. Peters, der sich hier so als Sachmann ausgegeben hat, die Vereinbarung dieser Bestimmungen des sächsischen Gesetzes mit der Vorlage. Wenn sich die Regierung darauf beruft, daß die Vorlage im Bundesrat einstimmig angenommen sei, so vergißt man dabei ganz, daß der Widerstand der opponierenden Staaten nicht freiwillig aufgegeben worden ist, sondern nur unter dem Druck der preussischen Regierung. Wenn ich vor die Wahl gestellt werde,

und seiner ganzen Sprechweise, wenn er vom Jörn aufgewühlt war und seinem Benehmen, wenn er seine theoretischen Ansichten auseinandersetzte. Ohne den Schall einer Selbstüberwindung veränderte sich der aufgeregte Prophet und Ankläger in einen ruhigen Philosophen, der sich überaus beherrschte, und als er die ersten Worte, die sein Schlimm betrafen, gesprochen hatte, wußte ich, daß viele Jahre vergehen würden, ehe ich aufhörte, ein Schüler zu sein angesichts eines solchen Meisters. ... Mit seiner mächtigen Stirn und der starr ausladenden Augenbrauenwölbung, mit seinen wildglänzenden Augen, seiner breiten Nase und dem beweglichen Mund, das alles umgeben von einem unentwärtbaren Durcheinander von Haar und Bart, schien mir dieser Mensch in seiner Person die heilige Begeisterung der Seiber seiner Rasse mit dem kalten, analytischen Genie eines Averroës oder eines Spinoza zu vereinigen."

Afrikanische Majestäten. Das Kongoa kommen hat über große Gebietsstrecken verfügt, ohne sich auch nur darum zu kümmern, daß in manchen dieser Länder Herrscher regieren, die in ihrem Kreise eine gewaltige Machtvollkommenheit haben. Solche exotischen Majestäten behandelt die internationale Politik, als ob sie nicht existierten. Aber der fähige Forschungsreisende, der ganz allein ein afrikanisches Reich betritt, muß gar sehr mit diesen Königen rechnen. In einem Aufsatz von Je sais tout wird daran erinnert, wie geschickt Saorngan de Brazza, dem Frankreich die eigentliche Eroberung seines Kongogebietes verdankt, mit dem mächtigen Malamine verhandelt hat, so daß der Fürst die Fremden freundlich aufnahm. Zu diesem Zwecke mußte Brazza allerdings mit gehedelteten Entzünden ein Gericht weißer Ameisen verspeisen und sich den wunderlichsten Zeremonien unterwerfen. Eine gewisse Popularität erlangte unter den Franzosen König Behangin von Dahome mit seinem Amazonenheer. Er gewährte seinen weißen Freunden ein ebenso einzigartiges wie graufames Schauspiel, indem er eine Reihe von Kriegern durch Eisenketten löten ließ, um die Kraft dieser Tiere recht anschaulich vorzuführen.

Eine wunderliche Späße ist die Welt dieser exotischen Majestäten, von der uns die Reisenden in Zentralafrika gar nicht genug zu erzählen wissen. In der prunkvollsten Weise wurde der Engländer Spele von König Mtesa, dem Herrscher eines bedeutenden Reiches am Viktoriasee, empfangen. Die Menge jubelte ihm zu und ein Hofbeamter trat auf Spele, um ihm mitzuteilen, er möge sich beugen: „Majestät hat heute noch nichts zu sich genommen. Der König will nicht essen, bevor er Sie nicht gesehen hat.“ Auf einem Hügel vor dem Thron des Herrschers wird der Engländer placiert, Mtema, so verfährt man ihm, habe bisher ein Sterblicher so hoch über der Erde vor Mtesa gesehen. Als Geschenk erhält er vier Ringe und der Herrscher fügt hinzu: „Sie sind Dein. Aber ich möchte gern sehen, wie Du sie mit Deiner schönen Hinte löst.“ Spele muß dem Wunsch Folge leisten, er bietet darauf dem schwarzen Monarchen das Gewehr zum Geschenk und Mtesa reißt es einem Läufer seiner Umgebung und beschießt: „Geh und verjüde dieses Gewehr an einem Deines Stammes.“ Der Junge geht, tötet seinen Onkel und kehrt ruhig in die Versammlung zurück, wobei er mit Verfriedigung erklärt: „Sehr gutes Gewehr.“ Niemand beachtet weiter diese alltägliche Geschichte.

ob mir der größte Teil meines Geldes genommen wird oder das ganze Geld, so gebe ich natürlich den größten Teil her. (Heiterkeit.) Wenn Minister v. Fischel darauf hinweist, daß Preußen den süddeutschen Staaten freundlich entgegengelassen sei, so lag das einfach daran, weil Preußen die Stimmen der Süddeutschen brauchte, und auf Württemberg trifft offenbar das Wort zu: „Galt so wie ihn, halt sank er hin.“ (Heiterkeit.) In einer Verflämung, die vor wenigen Monaten in Dresden stattfand und mehrere Hundert Teilnehmer hatte, wurde auch ausgeführt, daß viele Schiffs-eigentümer der kleinen Schiffsahrt durch Einführung der Schiffsabgaben zur Einstellung ihres Betriebes gezwungen werden würden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) An einer Vertiefung des Strombettes der Elbe haben diese kleinen Schiffe kein Interesse. Das Urteil dieser sachverständigen Kreise scheint mir denn doch wertvoller, als die Meinung des Herrn Ministerialdirektors Dr. Peters. Auch ein Prokurist der Hamburg-Amerika-Linie hat die schwere Gefährdung der Binnenschiffahrt durch die Vorlage zugegeben. Die Vorlage wird einen Teil des deutschen Exporthandels von Hamburg nach Triest schieben; Waren, die bisher elb- aufwärts nach Böhmen gingen, werden jetzt den Weg über Triest nehmen. Das ist in der Kommission unüberleglich dargelegt worden. Aber was hilft's? Es hilft so wenig, wie die Eingaben des Zentralvereins für Binnenschiffahrt, des Bundes der Industriellen und zahlreicher anderer Körperschaften. Bedauerlicherweise haben sich auch württembergische Abgeordnete der Linken für die Vorlage gewinnen lassen. Herr Grafmann sucht sein Gewissen zu beschwichtigen, indem er auf die „Verbesserungen“ hinweist, die die Kommission vorgenommen hat. Aber erstens ist man ja jetzt schon dabei im Plenum, diese Verbesserungen zu beseitigen. Und zweitens sollten freilich gesinnete Leute sich doch wirklich nicht durch portulakartige Vorteile ihrer engeren Heimat betrogen lassen, eine realistischere Verschlechterung an der Reichsverfassung vorzunehmen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es scheint wirklich nicht, als ob die beteiligten auswärtigen Staaten sich mit der

Stromjäzerei

einverstanden erklären werden. Wenigstens die Erklärungen der österreichischen Minister lassen nicht gerade auf Zustimmung schließen. Der österreichische Ministerpräsident und der österreichische Handelsminister haben unabweislich erklärt, daß sie an der durch die Elbverträge international garantierten Abgabefreiheit festhalten. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Die deutsche Regierung sagt allerdings: Waschen wir uns wie bei den Handelsverträgen. Handelsverträge werden auch oft abgeschlossen, nachdem das Tarifgesetz gemacht ist. Also regeln wir zunächst einmal die Frage der Schiffsabgaben im Inlande und sehen wir dann zu, uns international zu verständigen. Die weisen Männer, die so kalkulieren, vergessen nur die eine Kleinigkeit, daß die Handelsverträge auf Zeit abgeschlossen werden und von selbst erlöschen, wenn sie nach Ablauf der Zeit, für die sie abgeschlossen sind, nicht erneuert werden, während es sich bei den Rhein- und Elbverträgen um dauernde internationale Verträge handelt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Jetzt soll nun gar die Vertiefung der Wassertiefe der Elbe als „Kompensation“ ausgegeben werden, die Sachsen für die schweren Schädigungen erhält, die ihm durch die Schiffsabgaben zugefügt wird. Schon mehrere Vordredner haben ausgeführt, daß Sachsen von dieser Vertiefung keine Vorteile, sondern nur Nachteile zu erwarten hat. (Sehr wahr! links.) Wie die Anlieger, wie die Interessenten und Sachverständigen über diese eigenartige „Kompensation“ denken, beweisen die Gutachten der Handelskammern von Dresden und Magdeburg. (Hört! hört! links.) In Sachsen ist alles, Industrielle und Arbeiter, in dieser Frage einig.

Einstimmig verlangt Sachsen die Ablehnung dieser Vorlage, die mit rauher Hand in die blühende Flußschiffahrt hineingreift, die zahlreiche andere mit ihr im Zusammenhang stehende Gewerbe bedroht und schädigt, die den Konsum der breiten Massen des Industrielandes noch weiter belastet. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ein gewisser Bismarck sah in der Abgabefreiheit der deutschen Ströme ein wichtiges Merkmal der deutschen Einheit.

Musik.

Raoul v. Koczalski kennen wir von seinen erfolgreichen Vermählungen her, an das Klavierspiel Chopins anzuknüpfen. Nun gibt er wieder im Klavierkonzert eine Reihe von Konzerten; das dritte hörten wir am Mittwoch. Es galt jetzt hauptsächlich, ihn als Liederkomponisten kennen zu lernen.

Das musikalische Lied hat seit unseren Klassikern katastrophal Fortschritte gemacht, auch wenn man sie nur in einer intimeren Auffassung der Musik an die Dichtung erkennen will, und auch wenn die Anpassung manchmal in kleinliche Ausmalung geht. Davon bleibt Koczalski fern; er scheut sich auch nicht, z. B. in einem Vers „Der Liebe Lust ist still und mild“ das „stilla“ hoch und stark zu nehmen. Und nun ist es interessant, wie er zu solchen Hervorhebungen gelangt. Sein Song bewegt sich gern lang auf eine in Ton oder auch in ganz kleinen Intervallen — bis dann häufig erst bei der Pointe des Schlusses, ein um so wirksamere Sprung nach oben oder nach unten kommt.

Beachtenswert ist auch seine Auswahl der Liedertexte. Es sind keine abgetragenen, und er nimmt sie aus verschiedenen Nationalitäten, einschließlich der japanischen, aus der ein Lied „Die vier Jahreszeiten“ besonders geriet. Daß sich der Komponist dabei gerne der Uebersetzungen eines so speziellen Kenners und Könners bedient, wie es Otto Pausen ist, verdient noch eigens bemerkt zu werden.

Die Klavierbegleitung ist zugleich reich und bescheiden. Wo sie üppige Ornamente bringt, dort sind sie keine bloße Schmuckspielerei. In solcher Weise sind ja auch Beethoven'sche Sonaten reich an spezifischen Klavierfiguren mit einem übers Ornament hinausgehenden Sinn. Und das machte auch der Vortrag von Beethovens sogenannter Waldsteinsonate durch Koczalski deutlich. Wir lernen sein Klavierspiel als eines, das nicht den Himmel flücht, aber was man klar und rein, echt und effektiv nennt, das ist ihm eigen. Er maltretriert das Klavier nicht, auch wenn immerhin sein Anschlag im Piano noch erfreulicher klingt, als im Forte. Er ist ein getreuer Interpret im besten Sinne des Wortes, auch wenn man sich auf so solider Grundlage einen noch gestaltungsträftigeren Aufbau denken möchte.

Notizen.

— Eine Kleinfest veranstaltet die Freie Studentenschaft am 18. November um 8 Uhr im Deutschen Theater. Es wirken mit Paul Wegener, Arthur Hoyer (Gedensrede), Karl Ebert, Friedrich Koyhler und Elisabeth Ohlhoff.

— Der Schleißheimer Wilderdielbstahl stellt sich, bei Lichte betrachtet, als weniger schlimm dar, als es zuerst den Anschein hatte. Die 22 Wilder sind nicht aus der großen Galerie in Schleißheim, sondern aus dem kleinen Schloßchen Lustheim, das tief im großen Schleißheimer Park liegt, entwendet worden. Es ist zumeist nur Schulgut, was dort aufbewahrt wird, und die Diebe haben nicht einmal das Beste erwischt. Die Verhaftung dieser bayerischen Galerie scheint sehr patriarchalisch zu sein.

Kleines feuilleton.

Karl Marx in Handman's Memoiren. Die Zeit einer sozialistischen Memoirenliteratur beginnt. Eine Generation steht am Ende ihres Schaffens. Und ihre Führer, die im jahrzehntelangen Kampf ergreut sind, halten einen Rückblick, aus dem die zweiten und dritten Generationen, die jetzt ins Vordertreffen rücken, vieles lernen können: Sachliches und Menschliches. Was uns die Geschichte der sozialistischen Internationale und ihrer Kämpfe nie geben kann; den Einblick in das Leben des einzelnen Sozialisten und in die zahllosen kleinen, verborgenen Gänge, das kann und eine erste Memoirenliteratur verschaffen. Deshalb müssen wir August Bebel dankbar sein, daß er jetzt schon zwei Bände herausgegeben hat — deshalb dürfen wir den Beschluß des Jahreskongresses der österreichischen Genossen begrüßen, in dem Viktor Adler aufgefordert wird, seine Memoiren zu schreiben. Deshalb dürfen wir uns freuen, daß der englische Genosse Handman schon einen ersten Band herausgegeben hat, den er „Erinnerungen an ein Leben voller Abenteuer“ betitelt. Handman erzählt, wie er in den 80er Jahren die „Justice“ (Gerechtigkeits) gründete, die ihn im Laufe der Jahre sein ganzes Vermögen kostete. William Morris, Bernard Shaw, Hubert Vand und andere gehörten zu den Herausgebern. Wenn man jetzt liest, wie das neue sozialistische Blatt „ins Vakuum gebracht“ wurde, dann versteht man vieles, was einem in der sozialistischen Bewegung Englands sonst ziemlich unverständlich bleibt. ... Eines schönen Mittags im Jahre 1884 wurden die zahllosen Passanten des „Strand“ und der Hauptstraßen in der City plötzlich von wohlgekleideten Herren und ebenso eleganten Damen angesprochen, die sie mit der liebendwürdigsten Aufdringlichkeit einladen, die erste Nummer eines Blattes zu kaufen, das sie unter dem Arm trugen. Die Zeitungserläufer waren die Redakteure selbst. Und der Hauptschreiber war ein 40jähriger Advokat: Henry Handman, der sich unter dem direkten Einfluß von Karl Marx entschlossen hatte, seine Zeit und sein Geld „der Sache“ zu widmen. Er hatte schon ganz Europa gesehen, kannte viele der führenden Persönlichkeiten und durfte sich rühmen, unter Garibaldi gekämpft zu haben. Den größten und tiefsten Eindruck von allen Personen, die Handman begegneten, machte jedoch Karl Marx auf ihn. In einem sehr langen Kapitel gibt er ein ausgezeichnetes Bild von Marx:

„Als ich Marx zum erstenmal sah, hatte ich den Eindruck eines mächtigen, unbeherrschbaren älteren Mannes, der immer bereit ist, in den Kampf zu treten und selbst stets einen Angriff erwartet. ... Während er mit mir einer leidenschaftlichen Empörung von der Politik unserer „Liberalen“ Partei sprach, namentlich in bezug auf Irland, leuchteten die kleinen, tiefliegenden Augen des alten Kämpfers; seine schwere Stirn legte sich in Falten, die breite Nase bebte vor Erregung und über seine schmalen Lippen strömte ein Sturzbad glühender Anklagen, die zu gleicher Zeit das herrliche Feuer seines Temperaments besaßen und die außerordentliche Deutlichkeit, mit der er unsere Sprache beherrschte. Es kann nichts Eclatanteres geben als den Gegensatz zwischen seinen Manieren

Jetzt aber kommen preussische Minister und erzählen uns, daß die Abgabefreiheit ein „überlebtes System“ sei. Aber wer wundert sich auch darüber? Ist die preussische und deutsche Regierung doch — trotz gelegentlichen Aufwändens — nichts anderes als der getreue Repräsentant der konservativen Partei. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Glocke des Präsidenten.)

**Vizepräsident Dr. Schulz:** Die Regierung ist der Ansicht, Leiner Partei. (Stämmische Heiterkeit. Zurufe links.)

**Abg. Graf Praschma (Z.):** Die Redner der Linken behaupten, dies Gesetz sei ein Werk der Ritter und Heiligen. Nun stimmen aber doch die meisten Nationalliberalen und sogar einige Freisinnige für das Gesetz. Sind das auch Ritter und Heilige? (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Sonderbare Heilige! Große Heiterkeit.) Die Linke will keine Verfassungsänderung vom sterbenden Reichstag gemacht wissen. In einer anderen Frage ist sie gerade, die noch von diesem Reichstag eine höchst wichtige Verfassungsänderung vornehmen lassen will. (Sehr gut! im Zentrum und rechts.) Redner bestreitet, daß die Schiffahrtsabgaben eine verteilende Wirkung ausüben und kommt in diesem Zusammenhang auf die Wahl in Konstanz zu sprechen. Die Anträge der Linken sind nur geeignet, das Zustandekommen der Vorlage zu gefährden, an deren recht baldiger Verabschiedung und namentlich auch im Interesse der Oderschiffahrt sehr gelegen ist. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

**Minister v. Breitenbach** erklärt, daß die Regulierung der Oder unterhalb Breslau etwa 40 Millionen Mark kosten werde. Herr Stolle hat unrecht, wenn er meint, die ganze Arbeit der Kommission sei pro nihilo (umsonst) gewesen, da infolge des Überflusses des Auslandes die Schiffahrtsabgaben doch nicht durchgeführt werden könnten. Wenn wir auch den Termin noch nicht bestimmen können, an welchem wir auf Rhein und Elbe Abgaben erheben können, so sind wir doch in der Lage, sofort ungeheuren Nutzen auf den Strömen zu schaffen, wo wir nicht durch das Ausland gehindert sind. Wenn ich von einem „überlebten Wirtschaftssystem“ gesprochen habe, so hat damit nichts weiter gesagt werden sollen, als daß im Laufe der letzten 30 Jahre der Verkehr sich so ungeheuer entwickelt hat, daß die Grundfrage, die vor 30 Jahren für zweckmäßig und nützlich gehalten wurden, heute nicht mehr angemessen sind.

**Abg. Dr. Dahn (L.):** Herr David hat die Vorlage ein neues Glied der agrarischen Verteilungspolitik genannt, der breiten Masse würde das Brot verteuert. Das sind goldene Worte (Heiterkeit rechts) aber wie sieht es in Wirklichkeit aus. Heute beträgt die Frucht von Homburg nach Berlin pro Tonne 3 M., darin stecken an Gebühren für Benutzung der Hafenanlagen usw. 33 Pf. Wenn die im Gesetz vorgesehenen Bauten beendet sein werden, werden noch 10 Pf. hinzukommen, das macht im ganzen 52 Pf. Diese vermehrten Gebühren sind die Interessen der Bauern bereit zu zahlen, weil sie dafür einen erheblich verbesserten Wasserweg haben. Die ganze Verteuerung beträgt 2 bis 3 pro Mille. (Hört! hört! rechts.) Bedauerlich ist, daß Herr Gotthein in diesen rein praktischen Fragen wieder von der Reichsüberdröffenheit gesprochen hat. (Sehr richtig! rechts.) Herr Gotthein hat weiter gegenübergestellt die Ausgaben für die Wasserbauten und für Viebegeben. Diese Manier zu rechnen, ist doch nicht angängig, sonst könnte man auch ausrechnen, was unter hoher Reichsbankrott die Font für die hauto hanoo wert ist. (Sehr gut! rechts. Lachen links.) Auch haben ja an der Brantweinlieferungsfrage heute nur noch die süddeutschen Kleinrentner ein Interesse. (Lautes Lachen links.) Und ist es denn richtig, daß der Mittelkanal aus agrarischen Gründen abgelehnt worden? Nein, die Sorge um den schließlichen Kohlenbergbau war für sehr viele Politiker maßgebend. Wie konnten die gewaltigen wirtschaftlichen Verschiebungen nicht verantwortlich, die durch den Kanalbau in Deutschland hätten eintreten müssen. Es handelte sich damals darum, die schlesische Industrie zu schützen gegen die Ruhrindustrie. Heute müssen wir die Ruhrindustrie schützen gegen die Konkurrenz der südwestdeutschen Industrie. Das liegt

#### im nationalen Interesse.

Deshalb können wir der Mosellanalisierung, die von gewissen Kreisen gewünscht wird, nicht zustimmen. Auch Herr Wasser mann sollte die allgemeinen Interessen über die Sonderinteressen der südwestdeutschen Industrie stellen und seinen Antrag auf die Mosellanalisierung zurückziehen. (Lebhafte Bravo! rechts.)

#### Abg. Dr. Frank-Wannheim (Soz.):

Die Rede des Herrn Dr. Dahn hatte nur den einen Fehler, sie war an die falsche Adresse gerichtet. Wenn Herr Dr. Dahn mit seiner hinstreichenden Verehrbarkeit (Große Heiterkeit) es nicht fertig bringt, seine eigenen Fraktionsgenossen aus Sachsen von den Vorzügen des Gesetzes zu überzeugen, so muß es schlimm damit bestellt sein. (Abgeordneter Dr. Dahn: Eine Ausnahme bestätigt die Regel.) Diese Ausnahme jedenfalls nicht. Warum haben denn Ihre Freunde aus Sachsen, die doch gewiß treue, folgsame Schüler ihres Meisters Dr. Dahn sind, sich nicht davon überzeugt, daß das Gesetz all den Nutzen bringt, den Herr Dr. Dahn damit bringen will. (Zuruf: Die Sachen sind helle!) Herr Dr. Dahn kann man diesen Vorwurf jedenfalls nicht machen. (Große Heiterkeit.) Die wichtigsten Argumente des Herrn Dr. Dahn sind die von ihm verlesenen Zahlen, worin er nachweisen will, die Wirkung der Schiffahrtsabgaben auf die Preise der Produkte würde ganz geringfügig sein. Es ist die alte Geschichte, die Jungfrau ist ganz unschuldig, das Kind, das sie geboren hat, ist ja ganz, ganz klein. (Heiterkeit.) Alles was Dr. Dahn in dieser Richtung gesagt hat, fällt von selbst zusammen gegenüber dem, was im preussischen Abgeordnetenhaus die Böser, Großhüter und Ugroßhüter des Gesetzes sich von den Schiffahrtsabgaben versprochen haben. Sie haben verlangt,

daß Einfahrer für das ausländische Getreide soll geschlossen werden,

und ich glaube jenen Herren, die damals in einem unbewachten Augenblick — sie sind ja im preussischen Abgeordnetenhaus unter sich — sich aussprachen, mehr, als den in diesem Augenblick jedenfalls sehr ernsthaft gemelten Darlegungen des Herrn Dr. Dahn. (Sehr richtig! links.) Aber selbst wenn seine Ziffern richtig wären, selbst wenn nur ein ganz geringer Preisaufschlag auf die Frucht erfolgen würde, so würde dadurch der Aktionsradius der deutschen Schiffahrt, der deutschen Verkehrsinstanzen nach dem Süden, nach der Schweiz ganz erheblich vergrößert werden zugunsten der französischen Linien. (Sehr richtig! links.)

Dr. Dahn wendet sich auch dagegen, daß eine Folge des Gesetzes Reichsüberdröffenheit sein würde. Da können wir ihn sehr einfach widerlegen, indem wir uns auf die Äußerungen der berufenen Vertretungen zweier Bundesstaaten berufen. In der Denkschrift von Sachsen und Baden ist mit klaren Worten gesagt, daß eine Folge schon der bloßen Vorlage ein Sinken des Vertrauens in die deutsche Reichseinheit und in die Sicherheit der Rechtschaffenheit sein würde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nun hat sich Dr. Dahn nach links hin um Hilfe umgesehen und war so glücklich, in dem neu beschriebenen Herrn Dahnmann einen Helfer gefunden zu haben. (Zuruf des Dr. Dahn: Raumann, Raumann.) Ich kann doch nicht gleichzeitig von beiden sprechen. Warten Sie nur ab. (Heiterkeit.) Ich meine, Herr Dahnmann hat es ehrlich verdient, daß Dr. Dahn sich auf ihn beruft, und ich bedauere ihn aufrichtig, denn Dr. Dahn konnte mit Recht sagen, es sei unzulässig, Interessen eines bestimmten Kreises, einer bestimmten Provinz voranzustellen dem nationalen Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dr. Dahn sprach davon, daß die Interessen der Ruhrindustrie und der Saarindustrie nicht einseitig bevorzugt dürfe, wenn man überzeugt sei, daß das gesamte deutsche Wirtschaftsleben davon Nachteile habe. Diese Worte treffen mit voller Wucht die Stellung des Herrn Dahnmann. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Selbst wenn ich angeben wollte, was ich bezweifle, daß Württemberg von dieser Preisgabe der süddeutschen Interessengemeinschaft

gegenüber den Vätern Preußens Vorteil hätte, wären doch die Vertreter Württembergs verpflichtet, ihre angeblichen Sonderprivilegien zurückzustellen gegenüber den sicheren Schäden, die für die ganze deutsche Volkswirtschaft dabei herauskommt. Aber einen milderen Umstand kann Herr Dr. Dahnmann für sich in Anspruch nehmen (Zuruf: Nicht Doktor!), dann wird er jetzt vielleicht Ehren doktor. (Heiterkeit.) Herr Dr. Dahn hätte diesen milderen Umstand mit erwähnen müssen. Diese neue Ueberzeugung des Herrn Kollegen Dahnmann ist doch schließlich nur entstanden unter dem Druck, der von dem preussischen Abgeordnetenhaus ausgeht worden ist, welches erklärt hat: wir sind nicht bereit, zum Ausbau der deutschen Ströme weiter

auch nur einen Pfennig beizutragen,

wenn nicht die Schiffahrtsabgaben kommen. Die kleinsten süddeutschen Staaten bringen seit Jahrzehnten schwere Opfer für den Ausbau der Ströme, aber der große preussische Staat mit seiner ausgezeichneten Finanzwirtschaft erklärt sich außer Stande, seine Pflichten in dieser Hinsicht zu erfüllen. Man hat gesagt, daß diejenigen, die gegen das Gesetz stimmen, zugleich Gegner der Verkehrs-entwicklung seien. Wir verwahren uns ganz entschieden dagegen, daß unsere Opposition gegen das Gesetz eine Verkehrsfeindschaft in sich schließt. Nach der Geschichte der konservativen Partei brauche ich wohl nicht weiter auszuführen, auf welcher Seite die Gegner des Verkehrs sind. Das heißt doch den Fächsen die Wache über den Entensfall anvertrauen, wenn man den Konservativen die Sorge für den deutschen Verkehr übergibt. (Sehr gut! links.) Einer Vorlage nach dem Muster der Weilerregulierung beschränkt auf ganz bestimmte Orte, unter Beibehaltung bestimmter Pläne und Kostenvoranschläge könnte man eher zustimmen. Hier aber wird die Freiheit der deutschen Ströme, um die jahrzehntlang gekämpft worden ist, preisgegeben, und was an Verkehrsfortschritten in der Vorlage steht, das sind keine gesicherten Verkehrsfortschritte, das sind

#### Versprechungsfelder,

ausgeworfene, um die einzelnen Bundesstaaten zu gewinnen, das sind lediglich Wechsel auf die Zukunft. All dies muß ja erst lange Verhandlungen in den einzelnen Bundesparlamenten durchmachen, und ich bezweifle, ob die Herren aus Württemberg durch dies Gesetz schneller zu ihrer Redaktionsfassung kommen würden, als sie sonst bei freundschaftlicher Vereinbarung mit Baden dazu gekommen wären.

**Graf Praschma** hat dann geäußert, daß die Politik der Ritter und Heiligen verantwortlich sei für dieses Gesetz, obwohl doch die Verleppung eines Ritters und eines Heiligen in einer Person ihm nicht fern liegen sollte. (Heiterkeit.) Er hat gesagt, der Nachfolger des Abg. Hug, der Abg. Schmidt, habe über dieses Gesetz Behauptungen aufgestellt, die ihm wahrscheinlich von Sozialdemokraten souffiert worden seien, und meinte, Herr Schmidt sei ein Landsmann meines Freundes David. So wenig aber Konstanz in Hessen liegt (Heiterkeit), so falsch war auch die andere Behauptung des Grafen Praschma. Der verstorbene Abg. Hug hat vielmehr wiederholt von dieser Stelle aus sich sehr energisch gegen die Schiffahrtsabgaben ausgesprochen und hat seinen Wählern seit Jahren die großen Gefahren geschildert, die daraus den Ländern am Oberlauf der Ströme drohen. Leider scheint sein Einfluß in seiner Fraktion nicht über seinen Todestag hinausgereicht zu haben, denn es scheint, daß auch die wenigen Herren aus dem Süden, die bisher dem Gesetz Widerstand geleistet haben, inzwischen umgefallen sind. Dem Antrag, den Artikel IIIa aus der Vorlage herauszustoßen, können wir nicht zustimmen. Es ist vielmehr dringend notwendig, daß eine Definition der künstlichen Wasserstraßen im Gesetz stehen bleibt. Im übrigen sind meine Freunde ohne Ausnahme der Meinung, daß dies Gesetz

#### volkswirtschaftlich und politisch ein Unglück

bedeutet, nach seiner Entstehung, seiner Ausgestaltung und seinen Folgen. Unter Wahrung der Reichsverfassung ist § 19 in das Kanalgesetz gekommen, heute sind wir im Begriff, unter Wahrung der Verträge mit dem Ausland die Verfassung zu ändern. Das machen wir nicht mit, wir sind überzeugt, daß der Reichstag sich mißbrauchen läßt zugunsten großagrarischer Interessen, wenn er dem Gesetz zustimmt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Gotthein (Sp.):** Neu war es, daß der Vorsitzende einer Kommission wie Herr Winkler nachträglich eine Zensur über an dem Verhalten eines Kommissionsmitgliedes. (Sehr richtig! links.) Das Recht eines Ministerialdirektors als Schriftsteller zu kritisieren, werde ich mir von Herrn Winkler nicht nehmen lassen. — Redner polemisiert gegen die Ausführungen der Abg. Graf Praschma und Dr. Dahn. Die schlesische Industrie ist keineswegs so entartet von der Vorlage, wie Graf Praschma. — Es ist nicht wahr, daß die Agrarier der schlesischen Industrie halber den Mittelkanal zu Fall gebracht haben. Sie haben vielmehr ihre Politik sich vom einseitigsten Agrarinteresse diktiert lassen. (Zustimmung links.)

**Abg. Dahnmann (Sp.):** Ich hätte nicht das Wort ergriffen, wenn ich nicht von rechts und links dazu provoziert worden wäre. Der Abg. David hat mich als Goliath behandelt, gegen den er seine Schleuder richtete (Heiterkeit); der Abg. Dr. Dahn wiederum hat mich als einen Saulus angesprochen, der zu einem Paulus geworden ist. Aber man überschätze mich. Ich bin kein so großer Mann, weder ein Goliath noch ein Paulus. (Heiterkeit.) Ich halte nach wie vor die Schiffahrtsabgaben an sich für etwas nicht Wünschenswertes. Aber ich halte die Vorteile der Vorlage für größer als die Nachteile, die sie bringt. Der Zweck ist so gut, daß das an sich unerwünschte Mittel der Schiffahrtsabgaben, vorausgesetzt, daß sie eine gewisse Höhe nicht überschreiten, mit in den Kauf genommen werden kann. Die Verbesserungen, die die Kommission an der Regierungsvorlage angebracht hat, sind auch von den rheinischen Handelskammern anerkannt worden. Man muß sich direkt die Augen verbinden, wie das die Sozialdemokraten so häufig tun, um diese Vorteile der Vorlage nicht zu erkennen.

Damit schließt die Debatte.

**Abg. Graf Praschma (Z.):** Ich danke Herrn Frank dafür, daß er mich als Verkörperung der Heiligkeit und Ritterlichkeit hingestellt hat. (Heiterkeit.)

Artikel I wird in der Kommissionsfassung, ebenso der Antrag Lehner auf Streichung des Artikels IIIa gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen.

Darauf verlegt das Haus die Fortsetzung der Beratung auf Freitag 1 Uhr. (Schluß 6 1/2 Uhr.)

## Parlamentarisches.

### Versicherungsgesetz für Angestellte.

(Sitzung vom Donnerstag, den 16. November.)

Die Kommission verhandelte zunächst über die Zuschuß- und Ersparnisse. Zu § 302, der die Zuschüsse betrifft, beantragten unsere Parteigenossen, daß bei diesen Klassen die Beiträge der Unternehmer mindestens so hoch sein müssen, wie die der Angestellten. Einen ähnlichen Antrag stellte der Abgeordnete Wehrns. Wegen den Antrag wandte der Abgeordnete Kommsen (Sp.) ein, daß es dem Unternehmer gestattet sein müsse, im Interesse der Angestellten die Leistungen durch höhere Beiträge der Angestellten zu erhöhen. Von unserer Seite wurde dem entgegengehalten, daß die Angestellten diese Fürsorge ablehnen, denn damit werden nur alle die Lebensstände, die mit den Betriebsklassen verknüpft sind, vergrößert. Alle die versprochenen Leistungen kommen in Fortfall, sobald der Angestellte aus der Stellung entlassen wird, und seine Beiträge sind dann der Betriebsklasse verfallen. Die Anträge wurden abgelehnt; dagegen stimmte das Zentrum, die Konservativen und der Abg. Kommsen.

Bei § 370 entstand wieder der Streit, ob der Unternehmer berechtigt ist, früher von ihm gemachte Aufwendungen für einen

Pensionsfonds seiner Angestellten jetzt auf die Beiträge zur Ersparnisse anzurechnen. Unsere Genossen und ein Antrag des Abg. Lehner lehnten das ab, während Dr. Bokhoff den Eventualantrag stellte, daß die von den Arbeitgebern gemachten besonderen Aufwendungen gleichmäßig für die Beiträge der Angestellten und der Arbeitgeber in Anrechnung kommen. Dieser Antrag wurde angenommen.

Die Verwaltung der Ersparnisse muß nach der Vorlage den Versicherern eine wie in der staatlichen Versicherung vorgesehene Anteilnahme an der Verwaltung sicherstellen. Die Kommission fügte hier hinzu, daß die Wahlen für diese Vertretung geheim sein müssen. Ein Antrag unserer Genossen, daß auch die Invaliden der Klasse in die Verwaltung gewählt werden können, wurde abgelehnt.

In der ersten Lesung war beschlossen, daß die Anspargungskasse die Beiträge, die sie als Zuschußklasse an die staatliche Versicherung zahlt, dann für das Mitglied zurückhält, wenn dieses Mitglied aus der Anspargungskasse eine Rente erhält, die es von der staatlichen Versicherung nicht erlangen kann, weil dort die Karenzzeit länger ist. Die Regierung befürwortete sehr entschieden die Streichung, da billigerweise dieselbe Vergünstigung dann allen Versicherern gewährt werden müsse, damit aber die rechnerische Grundlage stark erschüttert würde. Mit schwacher Majorität wurde hierauf die Streichung beschlossen.

Die Kommission hatte ferner im § 381 beschlossen, daß eine Lebensversicherung, die vor dem 15. Oktober 1911 abgeschlossen ist, von der Versicherung nach diesem Gesetz befreit. Wie in der Kommission bekanntgegeben wurde, haben verschiedene Gesellschaften auch jetzt noch Versicherungsabschlüsse gemacht, die den Beginn der Police vor den 15. Oktober datieren. Durch eine entsprechende Änderung des Paragraphen wird dieser Umgehung des Gesetzes vorgebeugt, und es werden somit die erst jetzt abgeschlossenen Versicherungen kein Anrecht auf Befreiung von der staatlichen Versicherung erlangen. — Ein Antrag der Volkspartei, kleinen Gewerbetreibenden eine freiwillige Versicherung zu ermöglichen, wurde abgelehnt.

Die Rückzahlung der Beiträge wird in den ersten 15 Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes beim Tode des Versicherten an die Hinterbliebenen erfolgen. Für die freiwillig Versicherten, die den ganzen Beitrag allein zahlen, sollen 1/2 der Beiträge zurückgezahlt werden.

In einer Abend Sitzung wird die Beratung zu Ende geführt werden, um am Sonnabend die Berichte fertigstellen zu können.

## Zur englischen Einigungsaktion.

Vom Exekutivkomitee der sozialdemokratischen Partei Englands erhalten wir folgende Zuschrift:

„Der Artikel des Genossen Sachs über die neuliche Einigungsaktion, welcher im „Vorwärts“ vom 20. Oktober erschien, hat dem Exekutivkomitee der sozialdemokratischen Partei vorgelegen, und ich bin beauftragt worden, Ihnen die nachstehende Schilderung der tatsächlichen Vorkommnisse zu senden, da darin wohl die beste Antwort auf die Behauptungen des Genossen Sachs liegt.“

Dieser letzte Versuch der Sozialdemokratischen Partei, eine Einigung der Sozialisten in Großbritannien herbeizuführen, ist einer von den vielen, die in den letzten 15 Jahren gemacht worden sind.

Im Herbst vorigen Jahres gelang es der S. D. P., eine Besprechung von Vertretern der unabhängigen Arbeiterpartei, der Fabier und unserer Partei zu arrangieren, welche zum Zwecke hatte, zu diskutieren, wie am besten eine gemeinsame Aktion der sozialistischen Organisationen zu sichern sei, besonders mit Rücksicht auf wichtige Tagesfragen und Vorfälle im politischen Leben. Diese zwanglose und unverbindliche Besprechung fand im Oktober 1910 statt und es erging von ihr eine Aufforderung an die Vorstände der drei Organisationen dahingehend, daß es von Vorteil sein würde, ein beratendes Komitee („Advisory Committee“) einzusetzen, welches von Zeit zu Zeit zusammentreten sollte, um Fragen zu diskutieren, in denen alle Sozialisten gemeinsam handeln können, und ferner sollte dasselbe speziell einberufen werden, wenn besonders wichtige und dringende Vorfälle im öffentlichen Leben es erheischen.

Leider wurde dieser Vorschlag von dem Vorstände der unabhängigen Arbeiterpartei nicht akzeptiert. Angesichts der Tatsache, daß während der letzten Jahre Versuche, eine gemeinsame Aktion herbeizuführen, stets von der unabhängigen Arbeiterpartei die Antwort erhielten, daß in der „Arbeiterpartei“ eine Basis für gemeinschaftliches Handeln der Sozialisten gegeben sei, kann es kaum Wunder nehmen, daß der Vorstand sowohl wie die Sektionen der Sozialdemokratischen Partei zu der Ueberzeugung kamen, daß weitere Versuche, eine gemeinsame Aktion mit der unabhängigen Arbeiterpartei, durch Verhandlung mit dem Vorstand der letzteren („National Administrative Council“) herbeizuführen, aussichtslos seien.

Es ist hier am Platze, anzugeben, weshalb wir dagegen sind, die Arbeiterpartei als Basis für gemeinschaftliches Handeln der Sozialisten zu betrachten. Ganz abgesehen von der Frage, ob es ratsam oder nicht ratsam sei, sich der Arbeiterpartei anzuschließen, ist die Sozialdemokratische Partei stets der Ueberzeugung gewesen, daß, angesichts der Tatsache, daß unter den einflussreichen und führenden Mitgliedern der Arbeiterpartei sich viele befinden, die überhaupt nicht Sozialisten sind, es unmöglich ist, diese Partei als den Boden zu betrachten, auf dem eine Einigung resp. gemeinschaftliches Handeln aller Sozialisten zu sichern ist. Selbst wenn die Sozialdemokratische Partei der Arbeiterpartei affiliiert wäre, bliebe doch noch die Frage der gemeinschaftlichen Aktion aller sozialistischen Gruppen, die abgesehen von der Zugehörigkeit zur Arbeiterpartei zu betrachten ist.

Aus der Haltung der Sozialdemokratischen Partei gegenüber der Arbeiterpartei darf jedoch nicht geschlossen werden, wie Genosse Sachs es anscheinend unterstellt, daß die letztere sich von der allgemeinen Arbeiterbewegung absetzt hält. Dies ist durchaus nicht der Fall. Tatsächlich ist die große Mehrzahl der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei als Gewerkschaftler organisiert, die meisten nehmen regen Anteil an der Tätigkeit ihrer Gewerkschaften und bekleiden führende Stellen, neben ihrer Tätigkeit in der allgemeinen sozialistischen Agitation und Organisation.

Auf der letzten Jahreskonferenz der Sozialdemokratischen Partei, die zu Ostern dieses Jahres in Coventry abgehalten wurde, ist eine Resolution angenommen worden, dahingehend, daß eine Konferenz mit der Tagesordnung „Sozialistische Einigung“ im Laufe dieses Jahres einberufen sei und daß alle sozialistischen Organisationen und Sektionen eingeladen werden sollten Delegierte zu dieser Konferenz zu senden.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei war selbstverständlich verpflichtet, diese Instruktion unserer Konferenz zur Ausführung zu bringen. Ebe jedoch die Einladungskartulare an die Sektionen irgend einer der sozialistischen Organisationen versandt wurden, ist den Vorständen der unabhängigen Arbeiterpartei und der Fabier-Gesellschaft Mitteilung gemacht worden. Der Vorstand der unabhängigen Arbeiterpartei lehnte es ab, an der Einigungs-konferenz teilzunehmen. Die Antwort der Fabier-Gesellschaft, im gleichen Sinne gehalten, kam am Vorabend der Konferenz, die am 30. September und 1. Oktober in Manchester gehalten wurde, bei uns an.

Es ist unnötig, hier auf Details und Beschlüsse jener Konferenz einzugehen, da über dieselben ja schon ein voller Bericht im „Vorwärts“ erschienen ist. Das Resultat der Konferenz hat bei den Sozialisten über das ganze Land hinweg allgemeine Befriedigung hervorgerufen, und wir sind sicher, daß die Konsolidierung, die zu Neujahr stattfinden soll, für die sozialistische Bewegung in Großbritannien von dem größten Nutzen sein wird.

Mit brüderlichem Grusse

G. W. Bee.

## Aus der Partei.

Kommunalwahlfrage.

Bei den am Mittwochabend in Böhsheid bei Solingen zu Ende gegangenen Stadtratswahlen haben unsere Genossen, die im dortigen Kollegium bisher mit 13 Mandaten die Mehrheit hatten, ihren Besitzstand nicht nur behauptet, sondern noch 2 Mandate hinzugewonnen, so daß sie von 24 Stadtverordneten jetzt 16 im Besitz haben. Als Fünfteharter wurde der Buchhändler Kleist unseres Solinger Bruderorgans gewählt, dem ein Bürgerlicher weichen mußte, der das umstrittene Mandat 42 Jahre im Besitz hatte.

In Welbert (Kreis Lennep-Remscheid-Nettmann) endeten die Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung mit dem Siege der sozialdemokratischen Kandidaten. Auf unsere Genossen entfielen 975, auf die bürgerlichen Kandidaten 628 Stimmen. In Langerfeld endete die Gemeindeverordnetenwahl mit einer Niederlage der Bürgerlichen. Unsere Genossen erhielten 643 Stimmen, die bürgerlichen Kandidaten 217.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Elbing am 12., 13. und 14. November errangen die Genossen einen vollen Sieg. Es wurden abgegeben für die Kandidaten der Sozialdemokratie 1941 bis 2065, für die Kandidaten des Zentrums 401 bis 452, für die bürgerliche Liste 145 bis 198 und für die Beamtenliste 57 bis 79 Stimmen. Eine große Anzahl bürgerlicher Stimmen sind zerstückelt, so daß bei 2855 abgegebenen Stimmen die Liste der Sozialdemokratie 428 Stimmen Majorität erhielt. Wir haben 4 Mandate behauptet und 4 neue hinzugewonnen, so daß wir jetzt 11 Vertreter auf dem Rathaus haben.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Strausberg wurden sämtliche vier sozialdemokratischen Kandidaten mit 244 bis 257 Stimmen gewählt.

In Chemnitz, wo es ein Sechsklassenwahlrecht gibt, fanden am Mittwoch gleichfalls Stadtverordnetenwahlen statt. Die Klasse B, die den Arbeiterstand umfaßt, vereinigte 7364 Stimmen auf die sozialdemokratische Liste, 1746 Stimmen mehr als bei der letzten Wahl. Von bürgerlicher Seite war für diese Klasse keine Liste aufgestellt. Wiedergewählt wurden die Genossen Trmscher, Kocke und Straube, außerdem wurden noch vier Genossen als Ersatzmänner gewählt.

Bei der Wahl in Klasse A 1 erhielt die Liste der Bürgerwahlenauschusses 1316, die sozialdemokratische 1108, gegen 731 Stimmen bei der letzten Wahl. In dieser Klasse wählen alle Wähler, die zu den anderen 5 Klassen nicht gehören, bis zu 1900 Mark Einkommen. Es besteht die Möglichkeit, daß diese Klasse bei der nächsten Wahl auszufallen wird. Auch in Klasse A 2 mehrten sich die sozialdemokratischen Stimmen von 206 auf 356. Am Freitag wählen noch die Klassen D und E, der Gewerbe- und der Handelstand.

Am Mittwoch wählte die Klasse C, die den Beleherten- und Beamtenstand umfaßt. Die Liste des allgemeinen Bürgerwahlenauschusses wurde glatt gewählt mit 2153 Stimmen. Auch in dieser Klasse war eine Steigerung der Stimmenzahl zu verzeichnen; eine verhältnismäßig starke sogar, denn bei der letzten Wahl wurden nur 15, diesmal aber 88 sozialdemokratische Stimmen abgegeben.

In Furzwangen (Baden) sind die Gemeindevorwahlen in allen drei Klassen am Mittwoch beendet worden. Die Wahlagitation verursachte eine außergewöhnliche Wahlbeteiligung. In der dritten Wählerklasse betrug sie über 90 Proz.; dort erhielt das Zentrum 8 Mandate, die Liberalen 6 und die Sozialdemokraten 6. Seit zwei Wahlperioden hatte die Sozialdemokratie sämtliche Mandate dieser Klasse im Besitz.

In der Klasse der Mittelbesteuerten erhielten das Zentrum 10, die Liberalen 8 und die Sozialdemokraten 2 Sitze. Es übten über 92 Proz. der Wähler ihr Wahlrecht aus. In der ersten Klasse ist keine Aussicht für eine Vertretung unserer Partei. In dessen kann derselben künftig eine Vertretung im Gemeinderat nicht vorentfallen werden.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Dortmund eroberten unsere Genossen ein neues Mandat. Ferner stehen die Sozialdemokraten in zwei Bezirken mit dem Zentrum in Stichwahl. In zwei weiteren Bezirken stehen die Liberalen mit dem Zentrum in Stichwahl. Zwei Mandate erhielt das Zentrum.

Unsere Genossen, die in Bunzlau bisher nur ein Mandat zur Stadtverordnetenversammlung hatten, eroberten gestern vier neue hinzu.

### Kein Stadtrat aus der Leipziger Arbeiterklasse.

Am Mittwoch stellte in der Stadtverordnetenversammlung zu Leipzig die sozialdemokratische Fraktion bei der Erziehung von Stadtratsmitgliedern abermals Vertreter der dritten Wählerklasse als Kandidaten auf. Der Redner der Fraktion begründete den erneuten, bereits mehrfach vergeblich gemachten Versuch, in den Stadtrat zu kommen, besonders mit dem Hinweis, daß die Vertreter der dritten Wählerklasse die übergroße Mehrheit der Bevölkerung Leipzigs hinter sich haben, und daß es ein Skandal sei, diese Mehrheit und die Arbeiterschaft im Stadtrat ohne Vertretung zu haben. Der Ausdruck „Skandal“ brachte dem Redner einen Ordnungsruf ein, und im übrigen wurden die Vorschläge der sozialdemokratischen Fraktion von den Vertretern der ersten und zweiten Abteilung einstimmig niedergestimmt. Diesen erneuten Skandal im Leipziger Stadtparlament quittierten unsere Genossen mit dem Verzicht auf die Beteiligung bei der Wahl der weiteren Stadtratsmitglieder.

Der vereinigte jüdische Gewerkschaftsverband in Amerika, eine der stärksten Zentralorganisationen, hat einstimmig das sozialistische Programm angenommen. Viele Ortsvereine haben die Schaffung von Propagandaklassen beschlossen.

### Warnung vor Auswanderungen nach Kalifornien.

Unter Hinweis auf die für die Arbeiter besonders schlimmen Verhältnisse in Kalifornien ersucht das Internationale Sozialistische Bureau alle ihm angeschlossenen Organisationen, die Arbeiter vor der Auswanderung nach Kalifornien zu warnen. Durch Inserate in europäischen Zeitungen und Agenten kalifornischer Kapitalisten, die Europa bereisen, sollen Arbeiter zur Auswanderung nach Kalifornien betrogen werden. Folge niemand dem Lockruf, denn Tausende von Arbeiter sind zurzeit in Kalifornien brotlos. Aber immer neue Arbeitermassen sollen ins Land gelockt werden, damit den dortigen Gewerkschaften neue Schwierigkeiten erwachsen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Neues von der Breslauer Polizei.

In Breslau wollte die bekannte Volksängergesellschaft Strelewicz-Berlin in einem vom Gewerkschaftsrat

arrangierten Volksunterhaltungsabend mitwirken. Die Polizei erließ darin eine „öffentliche Lustbarkeit“, zu der keine Genehmigung erteilt war. Unter Assistenz von mehreren Polizeikommissaren und Schutzleuten wurde der Volksunterhaltungsabend „aufgelöst“. Doch die Veranstalter wußten Rat. Sofort wurde eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung eröffnet, in der unter dem Beifall der etwa tausend Teilnehmer das neueste Polizeiverbot gebührend kritisiert wurde. In der Diskussion trug ein Genosse eine Anzahl der von Strelewicz verfaßten Gedichte so gut vor, daß alle glauben, den Verfasser selbst zu hören. Der zufällig im Gewerkschaftshause lebende Frauen- und Mädchenchor „Frohinn“ meldete sich in der Diskussion ebenfalls mehrfach zum Wort und trug eine Anzahl von Liedern vor. Die Besucher kamen alle auf ihre Kosten. Das Resultat der polizeilichen Bevormundung war: 61 neue Mitglieder erstärkten sofort ihren Beitritt zum Sozialdemokratischen Verein.

## Jugendbewegung.

Zum Kampf gegen die Jugendbewegung.

An geradezu russische Zustände erinnert der Kampf gegen den Arbeiterturnverein Liegnitz, der eine blühende Jugendabteilung besitzt. Auf Grund der bekannten vorläufigen Rabinetsorder aus dem Jahre 1894, wonach zum Turnunterricht an Jugendliche die behördliche Erlaubnis notwendig ist, wurde dem Vorsitzenden und dem Turnwart bei Androhung von 150 Mk. Strafe für jeden Uebertretungsfall verboten, noch weiterhin Turnunterricht an Jugendliche zu erteilen. Auch der Oekonom des Gewerkschaftshauses, in dem die Turnstunden abgehalten wurden, erhielt ein Strafmandat über 150 Mk., was man aber später zurückzog, weil man sich in der Adresse geirrt hatte. In jedem Falle waren für je 150 Mk. drei Wochen Haft angedroht. Da der Vorsitzende wie auch der Turnwart den Unterricht auf Grund einer Reichsgerichtsentcheidung glaubten weiter dulden bezw. erteilen zu dürfen, wurde die für den Unvermögensfall angeordnete Haftstrafe vollstreckt. Bei dem Vorsitzenden betrug sie sechs Wochen, bei dem Turnwart 21 Wochen Haft. Der Vorsitzende hat seine sechs Wochen verbüßt. Der Turnwart hatte 41 Tage abgemacht, als er plötzlich am Freitag entlassen wurde und zwar auf Grund einer vom Genossen Heine-Berlin an den Minister des Innern gerichteten Beschwerde, in der nachdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß die Umwandlung der Geldstrafe in Haft in dieser Höhe ungesetzlich ist. Der Straferlass ist aber, wie dem Turnwart, Genossen Albinus, bei der Entlassung mitgeteilt wurde, nur in der Erwartung erfolgt, daß er von jetzt ab das Unterrichtsverbot der preussischen Regierung respektiere.

### „Arbeiter-Jugend“.

Aus dem Inhalt der beiden erschienenen Nummer 23 heben wir hervor: Hinaus mit ihm! (Gegen den Alkohol). Von Anna Schlesinger. — Allerlei vom Reichstag. I. Wie der Reichstag gewählt wird. Von W. Scheidemann. — In der Heimat. — Die Entstehung der Gebirge (Illustriert). Von Gg. Engelbert Graf. — Aus der Jugendbewegung. — Die Gegner an der Arbeit. — Vom Kriegsschauplatz. — Zur wirtschaftlichen Lage usw.

Weilage: Der Dieb. Erzählung von Carl Busse. — Ein Gedanken (Kleiss). Von Otto Koenig. — Nacht. Gedicht von R. J. David. — Aus einer alten Stadt. II. (Illustriert). Von Richard Wagner. — Der Sturm und Drang in der deutschen Literatur. Von E. Hoernle. — Sei charakterfest! Von S. Radlof. — Wäher für die Jugend. — Der Blinde. Skizze von Robert Gröblich.

## Gerichts-Zeitung.

Wieder ein Revolverattentat!

Das Schwurgericht des Landgerichts I hatte sich gestern wieder mit einer auf verlustigen Werd lautenden Anzeige zu beschäftigen. Der Angeklagte, Schlächtergeselle Paul Brüller, hatte auf einem Fest im Vergnügungshotel Elysium die Frau Hedwig Ritschmann, Ehefrau des Wädergessellen R. und Mutter dreier Kinder kennen gelernt. Zwischen beiden entspann sich ein Liebesverhältnis, welches noch dadurch begünstigt wurde, daß der Ehemann R. seiner Arbeit in der Badstraße zum Teil des Nachts obliegen mußte. Auf Veranlassung der Frau mußte ihr Mann eine größere Wohnung mieten und Brüller zog als Schlafburde zu den Eheleuten. Als der Ehemann merkte, daß zwischen seiner Frau und dem W. ein intimes Verhältnis obwaltete, mußte letzterer zum Hause hinaus. Die Liebe der Frau R. zu ihm ließ aber nicht nach. Im Gegenteil: eines Tages verließ sie Mann und Kinder und zog zu dem Angeklagten. Dann pendelte die Frau zwischen den Wohnungen der beiden Männer hin und her. Vorübergehend wurde sie von ihrem Manne wieder aufgenommen, dann wohnte sie wieder eine Zeitlang bei ihrem Viehhaber. Infolge mancher Austritte, die sie mit letzterem hatte und da sich bei ihr auch eine Sehnsucht nach ihren Kindern durchbrach, kehrte sie eines Tages zu ihrem Ehemann zurück. Dieser nahm sie der Kinder wegen wieder auf. Der Angeklagte konnte aber die Trennung von seiner Geliebten nicht vertragen; er kaufte sich einen Revolver, lud ihn mit mehreren Patronen und begab sich am Sonntag, den 24. September, in die Ritschmannsche Wohnung, Rochhannstraße 25. Auf sein Klingeln öffnete ihm Frau Ritschmann und ließ ihn auch ruhig in die Küche eintreten, wo er Ploß nahm und ein Gespräch über die etwaige Mäßigkeit der Frau zu ihm anknüpfte. Als er sah, daß seine Hoffnung vergeblich war, wurde er sehr ungestimmt und als der Ehemann R. einen Augenblick aus der Küche gehen wollte, zog der Angeklagte plötzlich den Revolver hervor. Frau R. ging auf ihn zu, um ihn zu besänftigen, doch da knallte auch schon ein Schuß, eine Kugel ging in die Brust der Frau R. und diese sank besinnungslos zu Boden. Dann hielt der Angeklagte den Revolver in der Richtung nach Herrn R., der Revolver verjagte aber und Ritschmann fand Zeit, sich auf den Attentäter zu stürzen, ihn zu umarmern und schließlich zu überwältigen. Brüller, der wohl glaubte, daß Frau Ritschmann tot sei, hat auf der Polizei angegeben, daß er beabsichtigt habe, zuerst die Frau und dann sich selbst zu töten.

Im gestrigen Termin blieb er dabei, daß er nur sich selbst habe töten wollen und nur dadurch, daß Frau R. auf ihn zugetreten sei und ihn am Arm gefaßt habe, der Revolver das Unheil angerichtet habe. Frau R. hat etwa zwei Wochen im Krankenhaus zugebracht und bei ihrer dortigen Vernehmung stark belastende Aussagen gegen den Angeklagten gemacht. Jetzt, wo sie wieder gesund ist und sogar dreimal Zutritt zu dem Angeklagten im Untersuchungsgefängnis gesandt und gefunden hat, ist aller Erol geschwunden; sie hat mit ihm Briefe gewechselt, für ihn Geld eingezahlt und machte gestern Aussagen, die mit ihren ersten Angaben mehrfach im Widerspruch standen.

Die Geschworenen verneinten sowohl die Schuldfrage nach versuchten Morde, wie auch die von Staatsanwalt Galkenamp gestellte Unterfrage wegen versuchten Totschlags. Besagt wurde die Schuldfrage wegen gefährlicher Körperverletzung unter Zuhilfenahme mildernder Umstände. Der Vertreter der Anklage beantragte 1 Jahr Gefängnis. Das Gericht erkannte jedoch mit Rücksicht darauf, daß die Zeugin Ritschmann nur durch einen glücklichen Zufall mit dem Leben davongekommen ist, auf 2 Jahre Gefängnis.

### Wasserkann-Annoucen.

Von einer prinzipiellen Bedeutung für die Strafbarkeit der Annoucen gewisser Wasserkannen ist ein Urteil, welches die 7. Strafkammer des Landgerichts I gestern gegen die Wasserkann Sängers fällte. Diese war angeklagt, öffentliche Anfündigungen erlassen zu haben, die dazu bestimmt sind, unzüchtigen Verkehr herbeizuführen. (§ 184, 4 St. G. B.). Die Angeklagte hatte Inserate des Inhalts veröffentlicht: „Deddy S. Wasserkann, ärztlich geprüft, oder „Deddy S. Vibrationsmassage, Heißluftbäder mit elektrischem Betrieb“. Bei einer Hausführung in der Wohnung der Angeklagten wurden

unzüchtige Bücher und Abbildungen beschlagnahmt. Der Staatsanwalt hielt es nicht für zweifelhaft, daß schon die Art der vorliegenden Inserate unter besonderer Hervorhebung des Borenamens „Deddy“ auf die Anbahnung eines unzüchtigen Verkehrs hindeute und beantragte 6 Wochen Gefängnis. — Rechtsanwalt Dr. Fontheim führte dagegen aus, daß rein juristische Gründe zwingend zur Freisprechung führen müßten. Die Anfündigungen der Angeklagten seien nicht solche, die unter § 184, 4 fallen. Oskausen sagte im Anschluß an die Judikatur des Reichsgerichts, daß die Strafbarkeit der öffentlichen Anfündigungen dadurch bedingt sei, daß die Anfündigung selbst — wenn auch nur verschleiert oder in Andeutungen — den vom Gesetz erforderten Zweck erkennen lassen. Die bloße Erwartung des unzüchtigen Verkehrs, es werde infolge der Anfündigung zu einem unzüchtigen Verkehr kommen, genüge nicht. Der objektive Charakter der Annoucen könne nicht davon abhängen, was sich vielleicht der eine oder der andere beim Lesen denkt. Der normal denkende Mensch aber könne beim Lesen dieser Annoucen gar nicht auf den Gedanken kommen, daß es sich um die Anbahnung eines unzüchtigen Verkehrs handelt; aus der Annoucen selbst lasse sich dies in keiner Weise entnehmen. — Das Gericht trat der Ansicht des Staatsanwalts bei; es nahm an, daß diese Annoucen, in denen der Borename „Deddy“ noch sehr gedruckt war, erkennbar zum Ausdruck bringen, daß ein unzüchtiger Verkehr angebahnt werden sollte. Dies werde auch durch die beschlagnahmten Bilder und Schriften bestätigt. Da derartige Annoucen einen höchst gefährlichen Charakter haben, so verurteilte das Gericht die Angeklagte zu 6 Wochen Gefängnis und verhängte auch die Einziehung der beschlagnahmten Bilder und Schriften.

### Künstler und Eigentümer.

Die „Deutsche Juristen-Zeitung“ berichtet von folgender Entscheidung des Kammergerichts: Ein Künstler hatte das Treppenhauseiner vornehmen Villa mit Fresken geschmückt, mythologische Figuren darstellend. Jahre hindurch gefielen sie der Besitzerin. Im Laufe der Jahre erdienten ihr die Fresken zu n. a. t. Sie ließ sie beschreiben, d. h. das Bild entsprechend übermalen. Das Kammergericht erkannte dem Maler das Recht zu, die Beseitigung der Uebermalung des Bildes zu verlangen: das Persönlichkeitsrecht des Malers, seine idealen, persönlichen Interessen auf Erhaltung seines Werkes in der von ihm gegebenen ursprünglichen Form sei anzuerkennen und dies sein ideales Interesse würde geschädigt, wenn der Eigentümer das Bild ändern lasse. Jede Aenderung des Werkes berühre seine künstlerische Ehre. Selbst eine Verbesserung solches regelmäßig einen unzulässigen Eingriff in die künstlerische Eigenart in sich.

Es ist bedauerlich, daß der Rechtsanwalt Julius Magnus, der diese Entscheidung so veröffentlicht, den Tatbestand nicht ausführlicher wiedergegeben hat. Das Erkenntnis dürfte schwerlich diese unerlösten Persönlichkeitsrechte anerkennen. Wahrscheinlich ist auf den Fresken der Name des Malers verblieben. Dann wäre freilich eine Aenderung des Bildes ohne Einwilligung des Malers ein Eingriff in sein Persönlichkeitsrecht, zumal die Fresken an jedermann zugänglichen Stellen aufgestellt sind. Das wäre nach § 13 des Kunstausübungsgegesetzes unzulässig. Ein allgemeines Vetorecht eines Malers läßt sich nicht konstruieren und wäre ebenso unhaltbar wie etwa ein Vetorecht, künstlerisch wertvolle Möbel umzugestalten. Es wäre zur Vermeidung von Irrfahrungen zu wünschen, daß das Erkenntnis in seinem vollen Umfange mitgeteilt würde. Eine Ueberparnung des Persönlichkeitsrechts wäre ebenso verwerflich wie die Einengung desselben, die sich heute auf vielen Gebieten zeigt. Hingewiesen werden mag auf das völlig schutzlos bestehende Recht des Erfinders, der zwecks Erfindung gegen Entgelt in chemischen Fabriken, in Eisenwerken und dergleichen beschäftigt wird.

### Die Konkurrenzklause.

Die Konkurrenzklause ist nach dem Handelsgesetzbuch für den Handlungsgehilfen nur in dem Umfange verbindlich, als sie sein weiteres Fortkommen nicht unbillig erschwert. Weht doch die Konkurrenzklause über die Grenze der Billigkeit hinaus, so ist sie nicht schlichthin ganz und gar unverbindlich, sondern nur hinsichtlich des Uebermaßes. Im übrigen hat sich der Handlungsgehilfe vollständig an das Verbot zu halten. Der kürzlich beim Reichsgericht zur Verhandlung gekommene Fall, der diesen Punkt berührt, lag wie folgt:

Dem Geschäftsführer Sch. des Warenhauses W. Wertheim war in seinem Anstellungsvertrage verboten worden, in bestimmten Warenhäusern der größeren Städte Deutschlands vor Ablauf von zwei Jahren nach seinem Austritt aus dem Wertheim'schen Geschäft Stellung zu nehmen. Die Nichterhaltung dieser Bestimmung hatte Zahlung einer Konventionalstrafe in doppelter Höhe des letzten Jahresgehalts zur Folge. Als infolge von Mißstimmigkeiten der Wehrbrüder Wertheim der eine von ihnen ein neues Warenhaus ins Leben rief, wurde dieses auch in die Rubrik der dem Sch. verbotenen Warenhäuser aufgenommen. Als Sch. später unter Nichtbeachtung der ihm gesetzten Frist in dieses Warenhaus des Wolf Wertheim übertrat, verlangte sein früherer Prinzipal Zahlung der Vertragsstrafe in Höhe von 10 400 Mk. Sch. bestritt seine Verpflichtung zur Zahlung und machte geltend, ihm sei es durch die Vertragsklause unbillig, in einem seiner Stellung entsprechenden Warenhause anzukommen. Seinem weiteren Fortkommen seien dadurch erhebliche Schwierigkeiten gemacht. Er bestritt deshalb mit § 74 d. G. B. die Verbindlichkeit der Konkurrenzklause.

Das Landgericht und Kammergericht zu Berlin erkannten auf Zahlung der Vertragsstrafe. Das Kammergericht führte unter anderem dazu aus: Es fragt sich lediglich, ob die Einwendungen des Beklagten zu Recht bestehen. In der festgesetzten Frist von zwei Jahren ist keine Beeinträchtigung zu sehen. Deshalb kommt nur noch in Betracht, ob nach Ort und Gegenstand eine erhebliche Beschränkung des Beklagten vorliege. Dabei kann es dahingestellt bleiben, ob sich durch die außer W. Wertheim in die Konkurrenzklause aufgenommenen Warenhäuser eine das Fortkommen des Beklagten gefährdende Beschränkung ergibt. Denn selbst wenn das der Fall wäre, würde die Konkurrenzklause nicht an sich nichtig. Es kommt lediglich das Warenhaus Wolf Wertheim, in das der Beklagte eingetreten ist, in Betracht. In dem Verbot, in dieses einzutreten, kann aber eine Gefährdung des Fortkommens des Beklagten nicht gesehen werden.

Gegen dieses Urteil war von dem Beklagten Revision eingelegt worden. Das Reichsgericht schloß sich jedoch am Mittwoch den Ausführungen des Kammergerichts an und wies die Revision zurück.

### Sächsischer Streikfall.

Unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Dr. Lottermoser, der vor einigen Tagen den eigenartigen Auspruch tat: „Der Richter stehe zum Angeklagten, wie der Offizier zu seinem Untergebenen“, verhandelte das Schöffengericht in Dresden gegen einige Streikführer. Und die Urteile entsprechen ganz der Anschauung dieses Richters. So wurde ein Arbeiter, der bei dem Streik der Schloßarbeiter in Dresden der „Ehre“ einiger arbeitswilliger Mädchen zu nahe getreten sein soll, zu fünf Wochen Gefängnis verurteilt. Sein Verbrechen bestand in der Hauptsache darin, daß er den Schuhen der beiden Arbeitswilligen zu nahe gekommen sei. Die Mädchen erklärten auf Befragen, daß sie dies zwar bemerkt, sich aber nicht verletzt gefühlt hätten. Außerdem hatte er die Mädchen durch Worte beleidigt. Wegen Beleidigung und Körperverletzung wurde die hohe Strafe verhängt.

In einem zweiten Falle wurde ein Arbeiter von demselben Gericht zu einer Woche Gefängnis verurteilt, weil er einen arbeitswilligen Fensterputzer einen Streikbrecher genannt haben soll. Der Angeklagte bestritt lebhaft, das Wort gebraucht zu haben. Als Belastungszeuge diente ein Arbeitswilliger Salzmann, der wegen Weined nicht eidesfähig ist.

Auf der anderen Seite kann dieser Amtsgerichtsrat auch sehr milde sein. Ein Hülfswächter beim Artilleriepark, der zwei Schulungen, die Eichen in einen Poch schossen, durch zwanzig Schläge mit einem fingerdicken Birkenstock auf das Gesicht misshandelt hat, so daß nach ärztlichem Befund handtellergroße Muttermale festgestellt wurden, erhielt 40 Mk. Geldstrafe. Das Gericht erachtete die Misshandlung nur als eine einfache Körperverletzung. Ein Birkenstock sei nach der Art des Gebrauchs kein gefährliches Werkzeug.



Stadtverordneten-Versammlung.

84. Sitzung vom Donnerstag, den 16. November, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Michelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem ehrenden Nachruf für den verstorbenen Geh. Medizinalrat Professor Dr. Bernhart Frankel.

Zur Beschlussfassung steht zunächst die schon im Juni d. J. der Versammlung zugegangene

Anleihevorlage.

wonach für die 5 Jahre vom 1. April 1909 bis 1914 ein Kredit von 323 Millionen Mark verlangt wird. Die Vorlage ist am 22. Juni einem Ausschuss überwiesen worden, der vom 8. September bis zum 8. November 5 Sitzungen abgehalten und, wie wir bereits berichtet, den Anleihebetrag um 85 Millionen auf 238 Millionen ermäßigt hat.

Die Anleihe soll mit 3 1/2 Proz. oder mehr verzinst, mit 2 Proz. getilgt werden; die auszugebenden Schuldverschreibungen sollen auf 5000, 2000, 1000, 500, 200, 100 M. lauten.

Für den Ankauf eines Geländes für den Engros-Obst- und Gemüsemarkt sind im Kapitel „Markthallenverwaltung“ 7 1/2 Millionen Mark ausgeteilt.

Stadtv. Jacobi (A. L.): Wir beantragen, diese Position zu streichen. Wahrscheinlich ist wieder an das vor 2 Jahren schon von der Versammlung abgelehnte Projekt an der Paulstraße gedacht; wir haben aber schon damals beschlossen, daß die gesamten Engrosmarkthallen an der Aniprobestraße und zwar schleunigst errichtet werden sollen.

Stadtv. Wenzl: Wir haben gefunden, daß wir an der Aniprobestraße mit 7 1/2 Millionen keineswegs ausreichen würden. Für den Bahnananschluß allein wären 20 Morgen erforderlich. Es schweben Verhandlungen, über die ich im Moment nicht natürlich nicht ausführlich verbreiten kann. Der Magistrat bittet Sie, ihm freie Hand zu lassen und demgemäß der Einstellung zuzustimmen.

Stadtv. Oltze (Sog.): Wie öfters die wichtigsten Dinge verfehlt werden können, das beweist die Geschichte der Erbauung unserer Großmarkthallen. Schon vor acht Jahren ist das Gelände an der Aniprobestraße und Landsberger Allee für Markthallen- und Schlachthofswede angekauft worden. Schon 1900 hatten sich die Schlichter darüber beschwert, daß sie in der jetzigen Halle keinen Raum fänden, daß die Verlegung ihres Großmarktes dringend notwendig sei. Die Subkommission der Markthallen-Deputation erklärte das Terrain an der Landsberger Allee für außerordentlich geeignet. Im Jahre 1901 forderte der Polizeipräsident seinerzeit zur Verlegung der Zentralmarkthallen auf; er hat von Mai bis Januar auf Antwort warten müssen, aber die Antwort lautete dann sehr prägnant dahin, daß die Deputation nicht nur den Fleischengrosmarkt, sondern auch den Obst- und Gemüseengrosmarkt nach der Örtigkeit des städtischen Weichbildes verlegen werde. Das ist nun bald 10 Jahre her. Es sind ja dann auch die Projekte in die Wege geleitet worden. Schwierigkeiten machten die Eisenbahnanlagen; 1904 wurden 4000 M. für die Bearbeitung des Projektes bewilligt. Zum Studium der Verhältnisse in anderen Großstädten entsandten wir eine Deputation nach Budapest, Wien, Köln, Hamburg, Hannover usw. Es handelte sich bei den Projekten immer um das gesamte Gelände, das für Markthallenwede reserviert war, also einschließlich der 20 Morgen für den Eisenbahnananschluß, welche heute noch der Schlachthofverwaltung gehören, aber uns doch jeden Augenblick übereignet werden können. Wir haben im ganzen dort 155 000 Quadratmeter, wovon 25 000 im Laufe der Zeit an die Eisenbahn abgetreten worden sind; 130 000 stehen uns also noch immer zur Verfügung.

Wir müssen ein großes Terrain zur Verfügung haben, das ergeben auch die Denkschriften des Direktors der Markthallenverwaltung. Das Bedürfnis der Eisenbahnananschlässe hat leider nur zum geringsten Teil befriedigt werden können; der Fußverkehr — wir haben jetzt über 1100 Großhändler — hat sich eben ganz außerordentlich gehoben. Nun kommt man immer wieder auf das Paulstraßenprojekt zurück. Selbst wenn man dort mit einem Engrosbau rechnet, ist das Terrain zu klein; der Eisenbahnananschluß soll uns nur mittelweise gegeben werden, und auch dieser reicht nicht entfernt aus. 1900 haben wir das Paulstraßenprojekt endgültig verworfen. Die Bauverwaltung ist denn auch mit der Ausarbeitung eines

Gesamtprojektes für die Aniprobestraße

beauftragt worden. Es wurden 6 Pavillons für Obst und Gemüse, 3 für Fleisch projektiert; mehr wird zunächst nicht gebraucht. An der Paulstraße sind noch 170 Meter Strohenfront; wenn die Straße dem Verkehr zweckmäßig dienen soll, bleibt für die Markthalle selbst heralich wenig übrig.

Für den Engrosbau eignet sich der Markthallenverkehr nicht, denn die Fuhrwerke müssen schnell be- und entladen sein. Die Deputation hat sich entschieden gegen den Engrosbau ausgesprochen, während man sich mit dem Bau von Galerien abgefunden hat, obwohl das Publikum auch heute noch absolut nicht herauszubekommen ist. Wenn wir etwas Großartiges leisten wollen, für billige Nahrungsmittel sorgen wollen, können wir das nur auf einem ausreichenden Terrain, wie dem an der Aniprobestraße, das auch gar nicht so schlecht gelegen ist, wie man es hingenommen hat. Es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als endlich zur Ausführung unseres Beschlusses von 1900 zu schreiten. Die kleinen Obst- und Gemüsehöfe aus dem Ofen würden mit 150—200 Waggons täglich bis nach der Paulstraße fahren müssen; ob sie das tun werden, ist sehr zweifelhaft.

Stadtv. Galland (A. L.): Die Opportunitätsfrage kommt gar nicht in Betracht; aber es liegt ein Gemeindefestbeschluss vor, und nur Beiträge für solche sollen in die Anleihe eingestellt werden. Die 7 1/2 Millionen sollen wir hier für etwas einstellen, was noch in Wollenkudschheim schwebt.

Oberbürgermeister Rischner: Ich bedauere auch ungemein, daß die Angelegenheit noch nicht weiter vorgeschritten ist. Die Markthallen-Deputation hat sich aber überzeugt, daß die Kostenanschläge für die Aniprobestraße stark überschritten werden würden, und erwidert, ob sich nicht die Großmarkthalle teilen ließe, der Obst- und Gemüsemarkt an eine andere Stelle verlegt werden könnte, wo neben dem Bahnananschluß vorhanden ist. Es schweben wegen der Paulstraße erneute Verhandlungen, die möglicherweise Erfolg verzeichnen. Streichen Sie die Position heute, so haben wir eventuell später nicht mehr freie Hand und wären um die erforderlichen Mittel verlegen.

Stadtv. Jacobi wendet sich gegen die Magistratsvertreter. Roste der Bahnananschluß mehr als veranschlagt, so hätte eine entsprechende Erhöhung des Anleihebetrages gefordert werden müssen. Anleihen auf Vorrat zu bewilligen, sei man nicht gewohnt.

Stadtv. Lange: Die Mehrzweckverwendungen an der Aniprobestraße könnten sich doch höchstens auf die zurzeit noch der Schlachthofverwaltung gehörigen 50 000 Quadratmeter beziehen. An der Paulstraße wird man doch nicht etwa billiger bauen können als an der Aniprobestraße. Hier kostet der Quadratmeter 28 M., an der Paulstraße aber 84 M.; an eine Veranjung ist in der Paulstraße nicht zu denken. In der Aniprobestraße genügt auch ein Verwaltungsgebäude. Auch wir bitten, keine Anleihe auf Vorrat zu bewilligen.

Stadtv. Rommeln (Fr. Fr.): Um alle diese Fragen handelt es sich jetzt gar nicht. Wir sollen lediglich dem Magistrat die Freiheit des Handelns ermöglichen, nicht aber ihm den Weg dazu verlegen. In der Vorlage steht eine Menge von Dingen, für die Gemeindefestbeschlüsse noch nicht vorliegen. Die sonst so weitlich-

tigen Sozialdemokraten legen hier eine unbegreifliche Kurzschichtigkeit an den Tag.

Der Posten von 7 1/2 Millionen wird aus der Anleihe gestrichen, im übrigen alles nach den Ausschufanträgen bewilligt und der Gesamtbetrag der Anleihe auf 231 Millionen festgesetzt.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt:

„Den Magistrat zu ersuchen, für die Förderung und schnelle Abwicklung des Wahlgeschäfts bei den bevorstehenden Reichstagswahlen eine

„amtliche Wahlkarte“

an sämtliche eingeschriebene Reichstagswähler der sechs Berliner Reichstagswahlkreise zur Ausgabe zu bringen, wie sie bei den preussischen Landtagswahlen und bei den Stadtverordnetenwahlen bisher verwendet worden sind.“

Stadtv. Pfannkuch (Sog.): Wir geben uns der angenehmen Hoffnung hin, daß unser Antrag einstimmige Annahme findet. Der Antrag ist lediglich aus praktischen Gesichtspunkten gestellt worden und entbehrt jeder politischen Unterlage. Will man eine solche gewaltsam konstruieren, dann könnte das nur in der Richtung geschehen, daß die Rufanwendung aus dem Antrag sich in der Richtung der Förderung der Wahlpflicht bewegt. Die bürgerlichen Parteien sind doch sonst immer der Meinung, die nicht an der Urne erschienenen Wähler seien ihnen anzuzählen, da die Sozialdemokratie auch den letzten Mann an die Wahlurne bringe. Unser Antrag soll nun gerade dazu dienen, die Wähler an die Urne zu ziehen. Wir sind also nicht so ängstlich geschlagen zu werden. Wir können momentan bei der Einführung der Wahlpflicht Schaden erleiden, auf die Dauer nicht. Wir meinen, das Volk müsse zur politischen Mündigkeit nicht durch Strafen angehalten, sondern dazu erzogen werden; das versucht unser Antrag.

Es ist ja noch in weiter Ferne, daß die Bürgerkunde in unsere Schulpläne aufgenommen wird. Um diese Erziehung noch besser zu betreiben, möchte ich darauf hinweisen, daß der Magistrat bei Bekanntgabe der Wahlergebnisse im Gemeindeblatt gut tun würde

auch die Wahlziffern anzugeben,

was er diesmal unterlassen hat. Bevor die Sozialdemokratie zur Beteiligung an den Kommunal- und Landtagswahlen überging, war die Wahlteiligung eine geradezu blamable, und in der ersten Zeit haben auch wir unter den Parteigenossen Mitleid gehabt, das Vorurteil gegen die Beteiligung zu überwinden. Diese Zeit liegt aber hinter uns, und von Wahl zu Wahl steigt die Beteiligungsziffer. Unser Antrag ist auch praktisch ausführbar, denn was wir verlangen, ist bei den kommunalen und Landtagswahlen schon in Übung. Was da recht ist, muß bei den Reichstagswahlen billig sein. Die Zusendung einer Wahlaufforderung an den eingeschriebenen Wähler ist allerdings eine Wohnung, die Wahlpflicht auszuüben. Zahlreiche Wähler sind aus allerlei Gründen nicht in der Lage, die Wahllisten nachzugehen; durch die Zusendung der Wahlkarten wird ihnen zur Gewissheit, daß sie in der Liste stehen. Mit solcher Einrichtung wird auch das Wahlgeschäft sehr erleichtert.

Mit diesen kurzen Ausführungen glaube ich Sie überzeugt zu haben, daß wir uns von politischen Interessen völlig frei halten; der Antrag dient, wenn er verwirklicht wird, allen Parteien gleichmäßig. (Zuruf.) Die Organisation der Sozialdemokratie ist eine gute und funktioniert namentlich hier in Berlin sehr befriedigend; in unserem einseitigen Interesse ist der Antrag also nicht gestellt, sondern er soll dazu helfen, die indolente Masse aufzurütteln. Ein Hindernis kann der Ausführung nicht entgegenstehen, namentlich auch kein finanzielles. Wegen der erforderlichen Geldbewilligung beantrage ich Ueberweisung an einen Ausschuss von zehn Mitgliedern.

Stadtv. Bohm: Der Magistrat hat sich mit dem Antrage noch nicht beschäftigt. Bei den Reichstagswahlen ist seit unendlicher Zeit der Termin so spät bekannt geworden, daß zwischen der Auslegung der Listen und der Wahl keine Zeit für die Herstellung und Verendung der Wahlkarten geblieben wäre. Diesmal würde es ja gehen. Die Kosten würden 25—28 000 M. betragen. Persönlich glaube ich, daß mit dem Antrage nicht viel gewonnen würde; es ist bisher auch ohne diese Zusendung ganz gut gegangen. Dementschied würde es auch sein, wenn die Zusendung einmal geschähe, ein andermal nicht. Dem Wunsch der Bekanntheit der Wahlstatistik wird der Magistrat entsprechen.

Stadtv. Pfannkuch: Die Bedenken des Magistratsvertreters erscheinen mir nicht durchschlagend. Ich glaube, ich kann dem Magistrat versprechen, daß wir in unserer Druckerei die Karten rechtzeitig herstellen werden.

(Gehörte.) Außerdem haben wir ja hier Kollegen, die Druckereibetriebe besitzen; die können ja auch eine Offerte machen. Stadtv. Bohm: Es handelt sich auch um das Ausschreiben, das Aufkleben der Karten und das Kostationieren, und das erfordert doch ein paar Tage.

Stadtv. Pfannkuch: Alle diese Schwierigkeiten sind sehr leicht zu beheben, wenn man will; ich glaube, es wird gehen. Der Antrag geht an einen Ausschuss von 10 Mitgliedern.

Für die gegenwärtig in Amt befindlichen

Frachtreuerinnen an den Gemeindefiskalen

hat der Magistrat, um Ungleichheiten und Härten zu beseitigen, auf Wunsch der Versammlung neue Bestimmungen über die Berechnung ihres Dienstalters getroffen.

Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen. Die Rentier-Pfällerschen Eheleute haben die Stadt Berlin zur Erb- in Anspruch genommen. Die Vererbung der Erbschaft soll dem Magistrat überlassen werden. Der Magistrat will die Erbschaft annehmen.

Die Versammlung stimmt zu. Dem Verlangen der Versammlung, die Prenzlauer Straße auf 19 Meter zu verbreitern, erklärt der Magistrat nach erneuter Erwägung nicht nachkommen zu können; er erneuert seinen am 5. Oktober abgelehnten Vorschlag einer Verbreiterung auf 19 Meter.

Stadtv. Max Schulz (A. L.): Die Eigentümer und sonstigen Interessenten in der Gegend sind durchaus für Abhebung des neuesten Magistratsvorschlags. Die Verbreiterung der Straße soll einen riesigen Verkehr aufnehmen, von dessen rascher Entwicklung man noch vor wenigen Jahren ebensowenig eine Ahnung hatte, wie von der rapiden Bebauung des Köpenick-Gilfa-Viertels. Die Festsetzung der Breite auf nur 19 Meter ist eine unbegreifliche Kurzschichtigkeit und eine Versündigung gegen die Zukunft.

Stadtv. Manasse (Sog.): Der Magistrat hat sich weder dem Ausschuss, noch dem Plenum der Versammlung gefügt; wir leiden unter diesem Zweikammersystem außerordentlich. Der Magistrat wird daran schuld sein, wenn in Zukunft auch in der Prenzlauer Straße Zustände eintreten werden, wie wir sie zu unserem großen Schaden in anderen Straßen gehabt haben. Bei der Verbreiterung auf 24 Meter bringen die Anliegerbeiträge den herausgerechneten Mehrkostenbetrag von 1 075 000 M. erheblich herunter. Neue Gründe haben keinen Zweck; es handelt sich einfach um eine Frage des Geldbetrags. Aus Sparmaßregelngründen, gerade um nicht in Zukunft zu verschwendern, müssen wir jetzt auf 24 Meter stehen bleiben.

Stadtv. Thieme (Fr. Fr.): Nach diesen Ausführungen brauche ich unseren Antrag, bei unserem früheren Entschlusse zu beharren, kaum noch weiter zu begründen. In ganz kurzer Zeit wird die Untergrundbahn dort durchgeführt werden, dafür genügt eine

Breite von 19 Meter nicht. Der Verkehr von Heinersdorf, Französisch-Buchholz, Pankow und Neu-Weichensee hat sich immer stärker entwickelt und ergießt sich hauptsächlich durch die Prenzlauer Straße.

Stadtv. Galland hält die Verbreiterung von 19 auf 19 Meter für völlig ausreichend.

Stadtv. Werner (A. L.) tritt im Gegensatz zu Max Schulz auch für 19 Meter ein.

Stadtv. Dr. Franz: Wir haben Untergrundbahnen auch in viel engeren Straßen, z. B. in der Niederwallstraße. Mit der Dekonzentration der Adjazenten auf Grund des § 9 des Kommunalabgabengesetzes haben wir nur wenig verlockende Erfahrungen gemacht. (Zustimmung.)

Stadtv. Gremer (A. L.) spricht sich heute für 19 Meter, Stadtv. Kuhlmann (Fr. Fr.) dagegen für den Antrag Thieme aus.

Nach wiederholter Auszählung wird vom Bureau verkündet, daß der Antrag Thieme abgelehnt, dagegen die Magistratsvorlage angenommen ist. Die Mehrheit ist augenscheinlich eine verschwindend geringe.

Schluss gegen 8 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Groteske.

Das unvermeidliche Fräulein Lichnewska, das die Marotte kultiviert, sich „liberal“ zu nennen, hat sich kürzlich wieder zweimal in Politik gelehrt. Erst erließ die Dame einen fulminanten Aufruf im nationalliberal-alldeutschen Jargon für Militarismus, Marinevermehrung, Kolonial- und Weltmachtpolitik. Es hat schon einen starken Strich ins „Eigenartige“, wenn eine Frau sich für alldeutsche Säbelrasselei begeistert. Der neueste Streich der Dame Lichnewska wirkt aber direkt grotesk-fomisch. Sie fordert alle liberalen Frauen von Groß-Berlin auf, in dem bevorstehenden Reichstagswahlkampf alle Kräfte in den Dienst des Freisinn — gegen Sozialdemokratie und der Demokratie zu stellen, damit der 1. Berliner Reichstagswahlkreis der Volkspartei erhalten bleibe.

Für jeden politisch denkenden Menschen ist der Berliner Freisinn die unzuverlässigste Partei in der Frage der Frauenforderungen. Liberal sein, soll doch bedeuten, für Freiheit streben. Gibt es aber eine Partei, die den Grundsatz der Liberalität ganz allgemein und in Bezug auf die Gleichberechtigung der Frauen göblischer verleiht hat, als der Berliner Freisinn? Die Volkspartei lehnte ab, die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Frauen in ihr Programm aufzunehmen; sie wollte gnädig gestatten, daß Frauen zu kommunalen Ehrenämtern berufen werden. Der Berliner Freisinn ist noch reaktionärer als die Volkspartei; er ist auch ein Gegner der Frauen in der Kommune. Da kommt nun das Fräulein Lichnewska und fordert die liberalen Frauen auf, für einen Herrn Kaempf, der auch der gloriosen Reichsversicherungsordnung mit der Verhöhnung der Witwen, Waisen und Schwangeren zugestimmt hat, einzutreten. Und die Hölle soll geleistet werden gegen die Sozialdemokratie, die Partei, die immer und überall für die Gleichberechtigung der Frauen eingetreten ist! Das nennt sich „liberal“. Unter dem Führlin des Fräulein Lichnewska stehen nur ein paar Damen, die das Bedürfnis hegen, als Vereinsgrößen eine Rolle zu spielen, und die ganze Partei besteht nur aus brillierenden Vorstandsdamen. Der Aufruf richtet sich in Wirklichkeit an die Damen der Konfessionen und Nationalliberalen. Der Liberalismus ist nur ein Aushängeschild. Wenn Weichmann Hollweg und andere Herrlinger aus dem Ministerium bei der Stadtverordnetenwahl Herrn Kaempf als Vertrauensmann erkoren, weshalb sollen die Damen der Junker und Junkerengenossen nicht auch für den Freisinn mobilisiert werden? So ist's recht. Wesser als wie durch die Nase der liberalen Damen konnte der Freisinn gar nicht charakterisiert werden. Die Antwort wird und darf nicht ausbleiben, unsere Genossinnen werden ihre Schuldigkeit tun!

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Am Montag, den 20. November, spricht Wally Repler über das Thema: „Mutterchaft und Beruf“ in Sellers Neue Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97. — Sonntag, den 26. November, nachmittags 4 Uhr, im Wäthneraal, Ruhowitzer, 78: 2. Konzert zur Lichtfeier. Billets a 50 Pf. sind im Verein und in den Zapfstellen zu haben.

Aus aller Welt.

Die Kirche hat einen guten Magen . . .

Die Nachfolger des Nazareners, der nicht trugte, wo er sein Haupt hinlegen sollte, verstehen vortrefflich, den Wert irdischer Güter zu schätzen. Und wenn sie auch predigen, daß es leichter sei, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, ehe denn ein Reicher in den Himmel komme, so ist doch offenbar den Frommen geistlicher wie weltlicher Couleur die irdische Glückseligkeit angenehmer, als der trostreiche Wechsel auf eine ungewisse Zukunft. Wie die Kirche und ihre Fürsten die Ankaufung von Schätzen, die Renten und Postzinsen, zu ihrer Lebensaufgabe machen, erweist wieder einmal eine Statistik, die sich auf die katholische Kirche in Oesterreich bezieht. Danach hat sich das Kirchenvermögen von 538,5 Millionen Kronen im Jahre 1890 auf über eine Milliarde Kronen im Jahre 1900 vermehrt. Wohl gemerkt ist das nur das offizielle Vermögen der katholischen Kirche in Oesterreich. Die großen Kirchenfürsten haben daneben noch ein riesiges Privatvermögen, sind Großgrundbesitzer vom reinsten Wasser. So bezieht der Bischof von Olmütz ein jährliches Einkommen von etwa vier Millionen Kronen, sein Grundbesitz beträgt 50 000 Hektar an Feldern, Wiesen und Wäldern. Auch der Bischof von Prag gehört mit „nur“ 40 000 Hektar Grundbesitz immer noch zur notleidenden Landwirtschaft.

Ewig mehr bleibt das Wort des Altmeisters Goethe: „Die Kirch' allein, meine lieben Frauen, kann ungerechtes Gut verdammen.“

Szenenbannung.

Wie die in Wien erscheinende Zeitschrift „Freie Schule“ berichtet, spielte sich vor dem Bezirksgericht Tamsberg (Kronland Salzburg) ein für die Kultur im zwanzigsten Jahrhundert recht charakteristischer Prozeß ab. Ein Bauer aus Untertauern klagte wegen Beleidigung gegen eine Dienstinagd, weil diese ihn und seine Frau beschuldigt hatte, die Kühe ihres Arbeitgebers verhehrt zu haben. Das Urteil in dem Prozeß aber ist das Auftreten des Ortspfarrers Dathager, der als Zeuge gemiffenmaßen einen Sachverständigen für Hennenwesen darstellte. In seinem Zeugnis gab er die Möglichkeit einer Henerlei oder Henerwünschung zu. Zweimal habe er in den Stallungen des betreffenden Bauern die Hener verbannt und die Kühe gefegnet. Heiliges Hinderdich!





# HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

FRANKFURTER ALLEE

In unserem Hause  
**Alexanderplatz**

Freitag u. Sonnabend

Soweit Vorrat

## Sonder-Angebote In sämtlichen Abteilungen

unter anderem:

### Porzellan

Speiseteller weiss .....	10	Pf.
Abendbrotteller reich dekoriert .....	15	Pf.
Milchtöpfe dekoriert .....	Satz 6 Stück 85	Pf.
Goldbandtassen .....	6 Stück 90	Pf.
Fruchtschalen dekoriert auf Fuss .....	85	Pf.

**Kaffee-Service** für 2 Personen, mit Tablett reich dekoriert ... **2 75**

### Wirtschafts-Artikel

Emaillie-Eimer ca. 28 cm .....	63
Mülleimer mit Aufschrift, in verschiedenen Farben .....	1 75
Schmortöpfe .....	Satz 1 85
Waschgarnituren 6 teilig, dekoriert .....	7 50
Gaskocher 2 Flammen, 2 Warmsteller .....	7 25
Zink waschfässer .....	6 50
Zink waschzuber .....	6 75
Fleischmaschinen Alexanderwerk .....	1 90
Reibemaschinen .....	88

**Messerputzmaschinen** auf Brett **5 00**

**Brief- u. Rechnungs Ordner** **65** Pf.  
„Hausfreund“ in Kalkoerband, mit Patentschloß .....

ca. **8000 Speiseteller** 4 Pf.  
Stingut .....

**Bratenschüsseln** oval, Stingut ... **10** Pf.

**Kaffeetassen** Fruchtdekorat., Stingut **12** Pf.

### Press-Glas „Baccarat“ Imitation

Kompotteller .....	Stück 5	Pf.
Kompottschalen .....	Stück 8	Pf.
Butterglocken .....	Stück 28	Pf.
Käseglocken .....	Stück 42	Pf.
Fruchtschalen .....	Stück 78	Pf.

**Ess-Service** Stingut, für 6 Personen, weine ovale Form ... **3 25**

### Alumin.-Kochgeschirre

Schmortöpfe mit Deckel .....	85	Pf.
Kasserollen .....	85	Pf.
Stiepfannen .....	85	Pf.
Wasserkessel .....	2 50	
Alpaka - Esslöffel oder Gabel .....	30	Pf.
Alpaka - Dessertlöffel oder Gabel .....	28	Pf.
Essbestecke mit prima Stahlgabel ... Paar .....	45	Pf.
Alpaka - Essmesser J.A. Henckels Klinge .....	95	Pf.
Alpaka-Kaffeelöffel Klinge .....	15	Pf.

**Waschgarnituren** 6 teilig, grosse Form, Ellenbein mit Gold ... **2 55**

**Postkarten - Album** **75** Pf.  
Kalkoerband, für 500 Karten .....

**Spielwaren-Ausstellung Gulliver bei den Zwergen**  
Die Geschichte von Gullivers saltsamen Abenteuern in 12 Bildern  
**ca. 2000 Figuren**  
ausserst effektvolle Beleuchtung und abwechselnde Szenerie

**Neue Spezial-Abteilungen:** Sport □ Zigarren □ Drogen □ Verbandstoffe  
Frische Blumen Abteilung für Trauer-Kleidung



## Leineweber

Köllnischer Fischmarkt 4, 5, 6, gegenüber der Breite Straße

Für jede Körperform passend!

**Anzüge ≡ Ulster ≡ Paletots**

25 28 32 36 39 42 48 54 60 68 75 Mark

Für Knaben und Jünglinge:

10 12 15 18 21 25 28 32 36 40 45 Mark

Meine Fabrikate, in eigenen Betriebswerkstätten gediegen verarbeitet, sind preiswert und unübertroffen in Sitz und Haltbarkeit.

Moderner Schnitt ≡ Grosse Auswahl ≡ Billige Preise

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Seit einigen Wochen sind die Kammerfälle in der Teltower Str. 1-4 (Ede Velleallianzstraße) wieder eröffnet worden. Die Handwerkerkammer, der das Gebäude gehört, hat zur Verwaltung des Restaurants einen Wirtschaftsausschuss eingesetzt. Dieser Wirtschaftsausschuss hat sich nun in Mundschreien an zahlreiche Vereine gewendet und bot Säte und Vereinszimmer zur fremdbüchlichen Vermietung an; auch freie Gewerkschaften erhielten solche Schreiben. Daraufhin wandte sich auch die Partei an den Wirtschaftsausschuss mit der Anfrage, ob die Säte auch zu sozialdemokratischen Versammlungen hergegeben würden. Von einem Mitgliede des Wirtschaftsausschusses, Herrn Weisbach, wurde kurz und bündig erklärt, daß für die sozialdemokratische Partei die Säte nicht zur Verfügung stehen, es sei das im Vertrage besonders bemerkt.

Wir bitten nun alle organisierten Arbeiter, insbesondere die Gewerkschaften, von dieser Kotz Kenntnis zu nehmen und die Kammerfälle streng zu meiden.

In Sergefeld (Gotsdam-Nischelland) hat das Lokal von Nicolai den Verkehr getrennt; dieser hat seine Unterdrift zurückgezogen, mithin ist das Lokal von der Liste zu streichen. Dasselbe trifft für Spandau zu für das Lokal von Böhle, Havelstr. 20. Beide sind als gesperrt zu betrachten.

Feiner wird uns aus dem Kreis Teltow-Beeskow mitgeteilt, daß die Differenzen mit dem Restaurateur Waschin in Reichentwalde bei Storkow nach stattgehabter Aussprache beseitigt sind. Herr Waschin stellt sein Lokal auch fernerhin zu Versammlungen zur Verfügung. Wir bitten unsere Genossen dringend, dies genügend zu beachten und die Lokale der übrigen Saalbesitzer in Storkow und Reichentwalde streng zu meiden. Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis.

Kranienborstelung. Sonntag, den 19. November: „Gelbrotland im Wechsel der Zeiten“. Eröffnung des Physikkabes nachmittags 1 Uhr. Beginn der Vorträge nachmittags 2 Uhr. Willetts a 00 Pf. (einschl. Garderobe) sind noch in genügender Anzahl beim Kassierer Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, zu haben.

Neuenhagen (Ostbahn). Am Sonntag, den 19. d. M., nachmittags 3 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel statt, in welcher der Gewerkschaftssekretär Albin Wöhe spricht. Die Genossen und Genossinnen aus der Umgebung werden erbeten, für den Besuch der Versammlung zu agitieren. Sonntag früh 8 Uhr: Handzettelverbreitung. Die Bezirksleitung.

Königs-Wusterhausen. Sonntag, den 19. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, findet in Wendisch-Buchholz eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Genosse Rubeil referieren wird. Genossen! Sorgt für regen Besuch. Desgleichen machen wir die Genossen darauf aufmerksam, daß der Arbeiter-Gesangverein „Freie Sängler“ am Sonnabend, den 18. November, im Wethornischen Lokale sein Stiftungsfest feiert. Da derselbe die Parteiveranstaltungen durch seine Mitwirkung stets verschönern hilft, eruchen wir die Genossen und Genossinnen um rege Unterstützung. Der Vorstand.

Trebbin. Am Dienstag, den 21. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshause (E. Schulze): Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kasse und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Parteiangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Waldmannslust und Umgegen. Die Bibliothek des Wahlvereins befindet sich von jetzt ab im Laden des Genossen Aug. Schulz, Hermsdorf, Berliner Str. 2a. Däher können täglich dort entnommen werden. Die Bezirksleitung.

Vorsigwalde-Wittenau. Am Sonntag, den 19. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, findet in Wittenau im Lokal von Brandenburg, Hauptstraße, eine öffentliche Versammlung statt. Referent: Parteisekretär Rudolf Vöhler. — Sonntag früh 8 Uhr: Handzettelverbreitung in Wittenau von den bekannten Lokalen aus. Abmarsch der Vorsigwalder Genossen Punkt 2 Uhr von Bälte.

Bezirk Oranienburg. Sonnabend, den 18. d. M., abends 8 Uhr, findet im Lokal von A. Liefke, Berliner Straße 29, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Stadtverordneter Genosse P. Vöhler-Vichtenberg über „Die Aufgaben in der Gemeinde und Stadtverwaltung“ spricht. Im Interesse der am Sonntag, den 19. d. M., von 12-5 Uhr in der III. Abteilung stattfindenden Stadtverordnetenwahlen, ist es notwendig, daß die Parteigenossen und Parteigenossinnen für guten Besuch der Versammlung zu agitieren. Die Bezirksleitung

Wahlkampf in Teltow-Beeskow und Niederbarnim.

Ober-Schöneweide.

Die Reichstagswahlen und die Kampfmethode der bürgerlichen Parteien, lautete das Thema einer am 14. d. Mts. im Wilhelmshof tagenden gut besuchten Versammlung. Der Referent Genosse Meyer schilderte in eingehender Weise die Taten des jetzt zu Ende gehenden Reichstages. Insbesondere ließ der Referent das volkschädigende Treiben des schwarzblauen Blocks vor den Versammelten lebhaft passieren, wobei auch das kriegsbeherische Verhalten der bürgerlichen Parteien gebührend gebrandmarkt wurde. Nach einem Appell an die Anwesenden, alles daran zu setzen, damit am 12. Januar die Sozialdemokratie mit einem glänzenden Siege auf der ganzen Linie aus der Wahlurne hervorgehe, schloß der Referent seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Nachdem der Vorsitzende die Versammelten aufforderte, die bürgerliche Presse aus den Arbeiterkreisen verschwinden zu lassen und dafür die Arbeiterpresse, den „Vorwärts“, zu abonnieren wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Britz-Duckow.

Die Frauen und die Reichstagswahl lautete das Thema, über das in einer von etwa 300 Personen (darunter 200 Frauen) besuchten Versammlung die Genossin Jeehe referierte. Die Referentin verstand es vorzüglich, den Frauen eingehend auseinander zu setzen, daß bei der kommenden Reichstagswahl auch wichtige, sie speziell berührende Interessen in Frage stehen. Sie hätten daher die Pflicht, mit dafür zu sorgen, daß die Sozialdemokratie als die Vertreterin der proletarischen Interessen erheblich gestärkt aus der Wahl hervorgehe. Obwohl politisch noch rechtlos, könnten die Frauen regen Anteil nehmen an der notwendigen Kleinarbeit. An der Diskussion beteiligte sich die Genossin Gentel, die sich u. a. auch für die Verschärfung des Schnapsbottens aussprach.

Zempelhof.

Die Reichstagswahlbewegung wurde am Mittwoch, den 14. d. Mts. mit einer öffentlichen, glänzend besuchten Versammlung eröffnet, in der der Kandidat des Kreises, Genosse Rubeil, mit den Gegnern, Konservativen bis zum sogenannten Demokraten, scharf abrechnete. Sein Referat wurde vielmals durch lebhaften Beifall unterbrochen. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Genosse Ewald machte hierauf von dem Entschiede des Oberverwaltungsgerichts Mitteilung, daß die Wahl unserer drei Gemeindevertreter, Schmidt, Müller und Franz bestätigt hat. Mit einem Hochruf auf die Sozialdemokratie wurde die von circa 500 Personen besuchte Versammlung geschlossen.

Niederlehme.

In einer Volksversammlung unter freiem Himmel sprach am Sonntag in der dunkelsten Gegend des Kreises Weesow-Storkow in Groß-Sichholz auf dem Grundstück des Herrn H. Berger Parteisekretär Max Groger über: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“. Der Redner behandelte in kurzen Zügen die Taten des schwarzblauen Blocks. Während des Vortrages suchten die anwesenden Gegner durch laute Unterhaltung und Dazwischenreden die Versammlung zu stören. Genosse Groger ersuchte die Herren, doch nach Beendigung des Referats das Wort zu ergreifen. Kurz vor Schluß seines Vortrages zogen es aber die Herren, einige Lehrer und der Förstersohn, vor, den Versammlungsort zu verlassen, um auf der Straße ihre Störungen fortzusetzen. Die Anwesenden nahmen den Vortrag mit lebhaftem Beifall entgegen. In der Diskussion verurteilte noch Genosse Freitag das Verhalten der Gegner. Die Versammelten forderte der Redner auf, bis zum Wahltag für die Wahl des Kandidaten der Sozialdemokratie, den Genossen Jubel, eine lebhaftige Agitation zu entfalten.

Mandorf (Kr. Niederbarnim).

Ueber die Bedeutung der Reichstagswahlen für die Landbevölkerung sprach in einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel Parteisekretär Genosse Vöhler-Vichtenberg. Trotz des ohne Unterbrechung herriederleidenden Regens hatten sich über hundert Personen — darunter auch Frauen — eingefunden; für das kleine Mandorf ein außerordentlich guter Besuch. In wirkungsvoller Weise verstand es Genosse Vöhler, die Versammelten von der Notwendigkeit zu überzeugen, ihre Stimmen am Wahltag nur dem bewährten Vertreter des Kreises, Genossen Stadthagen, zu geben. Der lebhafteste Beifall am Schluß des Vortrages bewies, daß er den Landbewohnern aus dem Herzen gesprochen. — Nach einigen anfeuernden Worten des Einberufers E. Hurm-Vichtenberg, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, wurde die Versammlung mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie geschlossen. Seit Jahren war es die erste Versammlung, die wir in dem entlegenen Ort des Kreises abhalten konnten.

Mühlentee.

In einer von 200 Männern und Frauen besuchten, im Gasthof zur Sonne tagenden öffentlichen Versammlung referierte am Sonntag Genosse Fendel-Weihensee über das Thema: „Der bevorstehende Wahlkampf“. Nach eingehender Beleuchtung des volksfeindlichen Treibens der Mehrheitsparteien des Reichstages forderte der Referent die Versammelten auf, bis zum Wahltag unermüdet für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Stadthagen zu agitieren. Dem mit starkem Beifall aufgenommenen Referat folgte eine Diskussion, an der sich die Genossen Duemeter, Vasehagen und P. Brudmann beteiligten. Sämtliche Redner betonten, daß die kommende Wahl für Mühlentee ein besseres Resultat bringen müsse, wie die Wahl von 1907. Vorbedingung hierzu sei die Stärkung der Organisation. Hierfür machte Genosse Brudmann auf den am 3. Dezember stattfindenden Lichtbildervortrag aufmerksam. In das auf die Sozialdemokratie ausgebrachte Hoch stimmte die Versammlung begeistert ein. Gegner waren nicht anwesend.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Antrag über die Notwendigkeit amtlicher Wählerkarten auch für die Reichstagswahlen ist gestern einem Ausschuss überwiesen worden. Was zur Begründung des Antrages unser Genosse Pfannkuch vordrachte, war so stichhaltig und überzeugend, daß der Magistratsvertreter Stadtrat Böhm um eine Antwort verlegen war. Genosse Pfannkuch hob unter anderem hervor, daß diese Wählerlegitimationen nicht nur den Wählern erleichtern, sondern gewiß auch der Erziehung zur Wahlpflicht dienen. Und ein wenig boshaft fügte er hinzu, das entspreche doch wohl auch einem Wunsch der bürgerlichen Parteien, die nach ihren Wahlneiderlagen ja immer die nicht erschienenen Wähler für sich selber reklamieren. Stadtrat Böhm behauptete, bisher sei der Mangel an Wählerkarten bei Reichstagswahlen noch nicht als Mißstand empfunden worden. Bei Reichstagswahlen könne man übrigens, weil ihr Termin gewöhnlich nicht so frühzeitig wie bei Landtagswahlen bekannt werde, die Wählerkarten kaum zur rechten Zeit fertigstellen. Raunig antwortete Pfannkuch, die „Vorwärts“-Druckerei sei in der Lage, die Arbeit rasch und gut auszuführen. Er schloß mit der Erklärung, die angeblichen Schwierigkeiten seien sehr wohl zu überwinden — wenn man nur wolle.

Zu Beginn der Sitzung wurde über den Plan einer neuen großen Anleihe beschlossen. Die Versammlung stimmte ihm zu mit den Kürzungen, die der Ausschuss empfahl. Eine weitere Streichung wurde noch bei dem Abschnitt „Fortsetzung des Baues von Markthallen“ beantragt, und aufs neue entbrannte hier der alte Streit um die Cnrosmarkthalle für Obst und Gemüse. Sie sollte nach einem früheren Beschluß der Versammlung an der Kniprodestraße errichtet werden, der Magistrat aber will zurückkommen auf sein abgelehntes Projekt, ein Gelände an der Paulstraße zu erwerben. Die Verschleppung des Baues der längst notwendigen Markthalle wurde von unseren Genossen Sinye als nachgerade skandalös gerügt. Für das Paulstraßenprojekt trat Oberbürgermeister Kirchner ein, aber er konnte nicht verhindern, daß der hierfür in dem Anleiheplan vorgesehene Betrag weggestrichen wurde.

Im letzten Teil der Sitzung kam es zu einer ausgedehnten Debatte über die Verbreiterung der Prenzlauer Straße. Auch hier steht der Magistrat in einem Gegenjah zu einem Beschluß der Versammlung und beharrt auf seinem Standpunkt. Der berechtigende Wunsch, die Straße sogleich auf eine ausreichende Breite zu bringen, wurde von mehreren Rednern — für die sozialdemokratische Fraktion vom Genossen Manasse — unterstützt. Sieger blieb aber schließlich der Magistrat, der eine mäßigere Breite für genügend hält.

Die kommunale Schulpolitik in Berlin

Ist Gegenstand eines Streites, der zwischen der Berliner Lehrerschaft und der Schulverwaltung unserer Stadt geführt wird und seinen Widerhall in der Presse findet. Der Berliner Lehrerverein hatte in einer Sitzung die Leistungen der Schulpolitik der Stadt Berlin erörtert und dann den dort gehaltenen Vortrag, der sich in einer schonungslosen Kritik erging, in einem Druckheft veröffentlicht. Die Bemängelungen, die da vorgebracht wurden, betrafen die früheren Verhältnisse der Gemeindefschulen (z. B. die Unzulänglichkeit der Zahl der Schulhäuser, die immer noch zu hohen Massenfrequenzen usw.), die inneren Verhältnisse der Gemeindefschulen (z. B. den Plan einer Wiederbeseitigung des Stufenklassensystems, die andauernde Verhinderung der Vorschulen usw.), schließlich die Stellung der Lehrer-

schaft (z. B. ihre zu geringe Vertretung in der Schuldeputation, ihre langjährigen Kämpfe um Gehaltsaufbesserungen usw.). Wir erleben jetzt das ungewöhnliche Schauspiel, daß die Schuldeputation mit einer Gegenschrift antwortet, in der sie sich zur Wehr zu setzen versucht.

Bisher hatten wir uns in den Streit nicht hineingemengt. Die Kritik der Leistungen Berlins im Volksschulwesen, die in der Broschüre des Lehrervereins geboten wurde, brachte eigentlich nichts Neues. Wir haben in dem ganzen Heft kaum etwas gefunden, was nicht schon lange vorher im „Vorwärts“ immer wieder gesagt worden wäre. Bedenken möchte man auch haben gegen einen allzu stürmischen Uebereifer des Verfassers, der gelegentlich auch mal recht gründlich vorbeistieß. Diese Schwächen der Kritik waren es dann, die der Schulverwaltung den erwünschten Anlaß boten, mit einem Rechtfertigungsversuch an die Öffentlichkeit zu treten. Die Antwort der Schuldeputation liegt jetzt gedruckt vor, und man kann nunmehr ein Fazit aus dem Streit ziehen. Der Broschürenschreiber der Schuldeputation deckt mit breitem Behagen die Wunden auf, die der aus der Mitte der Lehrerschaft erstandene Angreifer sich gegeben hat. Aber mehr als dieses billige Vergnügen kommt für die Schuldeputation nicht dabei heraus. Die weiteren Bemängelungen, auch die übrigen und berechtigten Vorwürfe zu entkräften, sind dem Verfasser vorbeigelungen.

Nur auf ein paar Punkte wollen wir näher eingehen. Genüß haben die äußeren Verhältnisse der Gemeindefschulen Berlins in neuerer Zeit sich gebessert. Dank der immer wiederholten Kritik, die in der Stadtverordnetenversammlung unsere Genossen an den zutage getretenen Mißständen übten. Aber keiner, der das Berliner Gemeindefschulwesen kennt, wird sich der Einsicht verschließen, daß auf diesem Gebiete leider noch viel zu wünschen übrig ist. Immer wieder macht in neuen Stadtteilen ein Mangel an eigenen Gemeindefschulhäusern sich sehr unangenehm fühlbar, weil mit der Errichtung von Schulbauten nicht rechtzeitig begonnen wurde und viele Jahre, ja Jahrzehnte hindurch behilft dort die Stadt sich mit Mietschulhäusern. Es gehört wirklich eine ständige Portion Mühseligkeit dazu, die abgedroschene Entschuldigung zu wiederholen — wie die Schuldeputation es in ihrer Broschüre tut — man könne bei einem sich erst entwickelnden Stadtteil nicht im voraus wissen, wie die Bevölkerung zusammengelegt sein werde und wo man demnach Gemeindefschulen werden errichten müssen. Wie lange hat z. B. im nördlichen Teil der Schönhauser Vorstadt die Bevölkerung warten müssen, bis sie endlich das erste eigene Gemeindefschulhaus erstehen sah! Als außerhalb der Ringbahn die Bebauung einsetzte, hat da im Rathaus eine im Ernst daran gezweifelt, daß in diesem neuen Stadtteil eine Bevölkerung sich ansiedeln würde, die für ihren Nachwuchs auf Gemeindefschulen angewiesen ist? Die Schuldeputation prahlt mit einem Lobe, daß der Stadt Berlin im Jahre 1909 vom Provinzial-Schulkollegium noch einer Besichtigung von Schulneubauten gnädigst gependet worden ist. Ja, hat sie denn vergessen, daß dasselbe Provinzial-Schulkollegium die Stadt hat nötigen müssen, ein paar schlimme Mietschulhäuser in der Scheringstraße und in der Panstraße endlich aufzugeben? Das Haus in der Panstraße ist erst im Sommer 1911 geräumt worden, nachdem es länger als ein Vierteljahrhundert benutzt worden war. Am Ende hat ein Vierteljahrhundert hindurch keiner wissen können, wo in diesem Stadtteil ein eigenes Schulhaus nötig war?

Die Schuldeputation hebt mit Stolz hervor, daß die Stadt immer noch neue Gemeindefschulen eröffnen und neue Schulhäuser für sie bauen, obwohl in Berlin schon seit 1908 die Zahl der Gemeindefschulkinder abgenommen habe. Für diese Art der „Beweisführung“ fehlt uns ein parlamentarischer Ausdruck. Berlin als Ganzes hat eine Verminderung der Schulkinder gehabt, aber während die Innenstadt sich immer weiter entvölkert, nimmt in den neu entstehenden Außenvierteln die auf Gemeindefschulen angewiesene Bevölkerung noch immer zu. Selbstverständlich werden dann da draußen neue Schulen nötig. Die Schuldeputation erzählt, vor kurzem habe die Stadtverordnetenversammlung die Entwürfe für sechs Doppelschulen und für eine einfache Schule mit einem Kostenanschlag von zusammen 6 Millionen Mark angenommen. Gewiß; aber von der Annahme der Entwürfe und Anschläge bis zur Ausführung der Bauten ist leider ein weiter Weg, weil dazu erst das nötige Geld durch den Etat bewilligt werden muß. Hiermit aber hopt er bei unserem Stadtkreis. Noch ist in frischer Erinnerung, daß die freisinnige Stadtverordnetenmehrheit unter dem Widerspruch der sozialdemokratischen Stadtverordneten die Bewilligung der Gemeindefürsorge für Gemeindefschulbauten — unbestimmt um die Gefahr einer Verzögerung der Bauten — eingeschränkt hat, wodurch der Bankrott ihrer Etatbalancierungskünste wieder noch einmal verzuscht wurde.

Und wie sieht es mit den inneren Verhältnissen der Gemeindefschulen? Was ist's mit dem Plan einer Wiederbeseitigung des Stufenklassensystems? Wer die Reinwaschungsbroschüre der Schuldeputation liest, der könnte glauben, sie habe im Rathaus eine freisinniger daran gedacht, die Gemeindefschulen Berlins von dem glückselig errungenen Stufenklassensystem auf ein minderwertiges Siedenklassensystem zurückzuführen. Wie wenn nicht die Cappel und Konforten, die in der Schuldeputation das große Wort führen dürfen, deutlich genug in der Stadtverordnetenversammlung gesagt hätten, worauf sie hinaus wollen! Jetzt soll's plötzlich nicht mehr wahr sein, daß das Stufenklassensystem diesen „Volksschulfreunden“ ein Luxus ist. Hätten nicht die Berteldiger dieser besseren Organisationsform der Gemeindefschule rechtzeitig Atem geschlagen, so wäre Berlin wahrscheinlich schon heute wieder bei dem Siedenklassensystem angelangt. Die Lehrerschaft hat in dem Kampf für das Stufenklassensystem jederzeit unsere vollste Unterstützung gefunden. Wir haben mehrfach und erst kürzlich wieder gezeugt, daß die Erfolge der achtstufigen Gemeindefschule sich mit jedem Jahre gebessert haben. Mit Bestriedigung und Genehmigung versehen wir aus der Broschüre der Schuldeputation, daß Stadtschulrat Fischer jetzt sich dahin ausgesprochen hat, nach den Erfahrungen mit dem Stufenklassensystem habe man „jedemfalls zurzeit keine Veranlassung, den achtstufigen Aufbau unserer Gemeindefschule aufzugeben“. Wir wollen nur wünschen, daß dieses „zurzeit“ sich in ein „dauernd“ verwandeln möge.

Die kommunalfreisinnige Presse Berlins begrüßt die Rechtfertigungsschrift der Schuldeputation, die namentlich in ihrem Abschnitt über die Lehrerbefolgung ganz Cosselischen Geistes atmet, mit begeistertem Hosanna. Für die „Vossische Zeitung“ und die „Freisinnige Zeitung“ sind die paar mageren Knochen, die die Schulverwaltung ihnen zuwirft, ein gesunderes Freesen. Können wir ihnen den Genuß! Wenn erkennen im übrigen auch wir an, daß die Schulzustände in Berlin heute nicht mehr so schlecht sind wie vor zehn und vor zwanzig und mehr Jahren. Die Schuldeputation hebt hervor, daß auch die Streitschrift des Lehrervereins sagt, Berlin habe doch „auch manchen Fortschritt im Schulwesen geschaffen“.

und sie giltet aus ihr: „Dazu gehört z. B. die allmähliche Herabsetzung der Klassenfrequenzen, die Einrichtung der Pflichtfortbildungsschulen, die Anstellung der Schulärzte, die Gründung von Nebenklassen für Schwachbegabte und Schwerhörige und dergleichen und ihre Vereinigung zu Schulsystemen, ferner die Einrichtung der Ferienkassen und der Schulprüfung armer Kinder.“ Im Anschluß daran klagt die Schuldeputation, die Anerkennung werde in der Lehrerbroschüre fongleich wieder eingeschränkt durch den Hinweis, daß viele dieser Fortschritte gegen allerlei Widerstände erzwingen werden müßten, und sie selber fügt hinzu: „Wir meinen, daß, wenn trotz erheblicher Widerstände diese Einrichtungen zur Durchführung gelangten, dies besonders Anerkennung verdient.“ Daß es die Sozialdemokratie war, die fast sämtliche Fortschritte im Schulwesen Berlins erst dem Stadtschulrat abtrotzen mußte, davon sagt die Schuldeputation — ebenso wie der Lehrerverein — nichts.

**Wegen Verkaufshände in Hausdurchfahrten** geht der Berliner Polizeipräsident neuerdings vor. Ramentlich kommen feuerpolizeiliche Erwägungen in Betracht. So erging auch an den Hausbesitzer Schwamm eine Verfügung, nicht zu gestatten, daß ein Fleischer den Fleischverkauf unter Benutzung eines Tisches und eines Fleischhauwerkens in dem Hausflur (Hausdurchfahrt) betreibt. Der Bezirksausschuß wies die von ihm dagegen gerichtete Klage mit folgender Begründung ab: Nach der entsprechenden Berliner Polizeiverordnung solle die Hausdurchfahrt bauernd 2,00 Meter breit sein. Das sei hier nicht der Fall, wenn der Tisch und der Kochkessel auf dem Flur stehen, im feuerpolizeilichen Interesse unentnommenen Vorheben berechtigt.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte die Entscheidung und führte aus, daß die Durchfahrt des Hauses dauernd ein Durchfahren möglich machen solle. Die Polizei könne im Interesse der Feuersicherheit auch verlangen, daß sie dauernd von Gegenständen freigehalten werde, die die Durchfahrt beeinträchtigen und ohne deren Beseitigung ein Durchfahren, z. B. der Feuerwehr, nicht möglich sei. Daraus könne nichts geändert werden dadurch, daß der Fleischverkauf täglich nur kurze Zeit stattfindet. Die Anordnung, die ihn in der Durchfahrt ganz inhibiere, sei darum gerechtfertigt.

Eine niedliche Submissionsblüte wird aus Belgien gemeldet. In der Nähe dieser Stadt soll bei dem Orte Worme eine neue Eisenbahnstrecke errichtet werden und die Arbeiten hierzu wurden durch die Eisenbahndirektion öffentlich ausgeschrieben. Vorgesetzt fand der Submissionstermin statt, in dem 33 Angebote vorlagen. Die billigste Offerte betrug 9785 M., während der Höchstfordernde 49 015 M. in Anschlag gebracht hatte. Die Differenz zwischen dem niedrigsten und höchsten Angebot betrug also nicht weniger als 39 230 M., das ist mehr als viermal so viel als die Mindestforderung betrug.

**Ueberschwemmung am Wittenbergplatz.** Eine große Ueberschwemmung gab es gestern vormittag am Wittenbergplatz neben dem Knautsberg des Westens. Beim Bau der neuen Untergrundbahnstrecke von der Firma Siemens u. Halske plachte dort kurz nach 10 Uhr ein Wasserrohr der Charlottenburger Wasserwerke. Gewaltige Wassermengen überschwemmten bald das ganze Gelände und unterpflügelten das Erdreich davor, daß ein Raft der Straßenbahn umstürzte. Die Straßenbahn mußte in der Richtung nach dem Kollendorsplatz den Betrieb einstellen. Die Wagen der Linien A, 64, 80 und 81 wurden durch die Kurfürstenstraße umgeleitet. Von den Charlottenburger Wasserwerken waren bald Arbeiterkolonnen zur Stelle, die die nötigen Maßnahmen zur Beseitigung der Ueberschwemmung trafen. Die Ursache des Rohrbruches konnte noch nicht festgestellt werden.

Die Monatskarten der Berliner Stadt- und Vorortverkehrs geben bezüglich ihrer Benutzbarkeit im Publikum vielfach zu Zweifeln Anlaß. Es ist daher angeordnet worden, daß sie künftig einen Aufdruck auf der Rückseite erhalten, der jeden Zweifel ausschließt. Dabei sind zu unterscheiden: feste Monatskarten, für den Verkehr zwischen den Vororten und den Berliner Eingangs- und Vorortbahnhöfen (ausgenommen die Stadtbahnstationen), sowie für den Verkehr von Vorort zu Vorort, ohne Verührung der Stadtbahn; diese Karten werden, je nach den Strecken, für die sie ausgestellt sind, den Aufdruck erhalten: „Für Vorortzüge“ — oder — „Für Ring- und Vorortzüge“ — oder — „Für Vorort- und Personenzüge laut Aushang (Schnell- und Eilzüge sind ausgeschlossen)“ — oder — „Für Ring-, Vorort- und Personenzüge laut Aushang (Schnell- und Eilzüge sind ausgeschlossen)“. Im Verkehr zwischen den Vororten und den Stationen der Stadt- und Ringbahn, sowie im Verkehr von Vorort zu Vorort mit Verührung der Stadtbahn wird der Vermerk lauten: „Für Stadt-, Ring- und Vorortzüge“ oder — „Für Stadt-, Ring-, Vorort- und Personenzüge laut Aushang (Schnell- und Eilzüge sind ausgeschlossen)“. Bei Blankokarten endlich wird der Aufdruck lauten: „Gültig für Stadt-, Ring-, Vorort- und Personenzüge laut Aushang (Schnell- und Eilzüge sind ausgeschlossen)“. Die neuen Monatskarten werden im Verkehr mit Spandau, Hauptbahnhof und Spandau-West, Seegefeld, Finkenkrug und Rauen bereits vom 1. Dezember d. J. ab ausgegeben werden; im übrigen Vorortverkehr sollen die ausliegenden Monatskarten noch ausgedruckt werden. Redigend gilt der Aufdruck der Personenzüge des Fernverkehrs auf der Strecke Berlin-Spandau nur für den Ortsverkehr mit Spandau, Hauptbahnhof und Spandau-West; im Verkehr mit Seegefeld, Finkenkrug und Rauen können also die Fern-Personenzüge mit Monatskarten in vollem Umfange benutzt werden.

Die Kindesleiche im Wäggelsee. Ein unglücklicher Kindesmord beschlief die Friedrichshagen sowie die hiesige Kriminalpolizei. Vorgestern nachmittags beobachteten Schiffer zwischen dem Fischbühl und dem Institut für Vienenfischerrei auf der Oberfläche des Wäggelsee einen Papplaton, den sie ans Land schafften. Als die Leute den Karton öffneten, fanden sie zu ihrem Schrecken die Leiche eines etwa zwei Monate alten Knaben darin vor. Sie benachrichtigten sogleich die Polizei, die den Leichnam beschlagnahmte und nach dem Obduktionshaus in der Wilhelmstraße schaffte ließ. Es wird angenommen, daß der Knabe im Wäggelsee ertränkt worden ist. Die Obduktion der Leiche ist durch die Gerichtsbehörde angeordnet worden. Bei dem Papplaton handelt es sich um einen braunen Karton, der aus Berlin stammt. Es wird infolgedessen auch vermutet, daß die Mutter des Kindes hier zu suchen ist.

Die Verzweiflungstat eines Lebenswüthen Beamten rief vorgestern in der Witzingstraße im Ministerium für Landwirtschaft am Leipziger Platz 8-10 einiges Aufsehen hervor. Der Geheimexpedienten Kalkulator J., in Wilmersdorf wohnhaft, verlor sich durch einen Revolververstoß in die Schläfe zu Tode. Das Verbrechen ging jedoch fehl und brachte dem Lebenswüthen eine Streifenwunde bei. Der Verwundete wurde nach der Charité gebracht. Was den Beamten zu dem Selbstmordverstoß getrieben hat, weiß man nicht.

Ein gefährlicher Warenkäufer ist von der Niddorfer Kriminalpolizei festgenommen worden. In Berliner und Niddorfer Währungs- mittelgroßhandlungen, besonders in „Butter- und Margarinehandlungen“, erschien seit einiger Zeit ein junger Mann, der sich für einen Vertreter des „Einlaufsverbandes Hamburger Meeder auf dem Wassermarkt in Hamburg“ ausgab und große Bestellungen machte. Er wies auch ein gefälschtes Schriftstück vor, dessen Inhalt ihn als Profuranten des Verbandes hervorhob, größere Warenkäufe abzuschließen. Sobald man über den Preis einig geworden war, überreichte er Beserzettel und Westscheine mit dem Namen Dr. Siegbert, die er in einer Mappe bei sich führte und mit einem Summenstempel versah. Das Ende des Handels war stets, daß sich der „Profurant“ „Beamtensgehilfen“ von den Geschäftselementen zahlen ließ. Sogar bis zu 3000 M. für ein einziges Geschäft. Erst wenn sie liierten, erfuhr die Verkäufer, daß sie ihre Provisionen — in Wirklichkeit sind es Schmiergelder — umsonst gegeben haben. „Dr. Siegbert“ war ein Schwindler, seine Schriftstücke waren gefälscht, sein Verstand besetzt gar nicht. Nach der Ver-

haftung wurde der Gauner endlich erkannt und von der Kriminalpolizei gestern in seiner Wohnung verhaftet. Er ist ein 23 Jahre alter, verheirateter Kaufmann aus Niddorf, der einer angesehenen Familie entstammt.

Die Leiche eines neugeborenen Knaben wurde gestern morgen gegen 9 Uhr im Tiergarten am Matthäusweg aufgefunden. Die kleine Leiche war in eine braune, weißgestreifte Frauenmütze und braunes Packpapier gehüllt. Die Nachforschungen nach der Mutter des Kindes waren noch ohne Erfolg. Spuren äußerer Verletzungen wies die Leiche nicht auf.

**Großvater und Enkelin verunglückt.** Der 63 Jahre alte Pförtner Gustav Neumann aus der Kopenstr. 81 wollte gestern mit seiner zwei Jahre alten Enkelin Ruth Neumann Besuche in der Friedenstraße besuchen. Als er, mit der Kleinen auf dem Arme, an der Ecke der Kopenstr. den Damm der Großen Frankfurter Straße überqueren wollte, wurde er von einem Schlüterwagen, der in die Kopenstr. einbog, überfahren. Während er kniel, lag das Kind in weitem Bogen von seinem Vorn auf dem Bürgersteig. Neumann zog sich einen schweren Schaden am rechten Fuß und innere Verletzungen, die Kleine eine Magenblutung zu. Beiden wurde auf der Rettungswache in der Kopenstr. die erste Hilfe zu teil. Auf den Wunsch Neumanns wurden sie dann in ärztliche Behandlung nach der Wohnung gebracht.

Reiche Leute machen Handwagendiebstahl in der Greifswalder Straße. Dort hatte der Hausdiener einer Stoffhandlung aus der Ruckstraße einen Teil der Ladung seines Handwagens in dem Hause Nr. 1 abzuliefern. Während er das beorgte, verschwanden Diebe mit dem Wagen, den er auf der Straße hatte stehen lassen und der noch für 800 M. forsbige Warenstoffe enthielt. Gestern abend wurde der Wagen in der Meyer Straße leer wieder aufgefunden. Die wertvolle Ladung dagegen ist verschwinden.

„Referendar Ernst Hammerstein aus Bremen“ nennt sich ein Diebstahlwindler, der sich Berlin und Vororte zu seinem Arbeitsfeld ausgeht zu haben scheint. Zunächst ist er in Schöneberg aufgetreten. Er mietete dort ein Zimmer und schwindelte der Wirtin unter der Vorpiegelung, daß er kein Gepäck auf dem Bahnhof auslösen müsse, 10 M. Dann ließ er sich nicht mehr sehen. Der Schwindler ist etwa 27-28 Jahre alt und groß gewachsen; er hat blondes, geschichtetes Haar, einen blonden Schnurrbart, ein blaues Gesicht und schief gewachsene Vorderzähne, spricht leise, geht schnell und trug einen schwarzen Ueberzieher, gestreifte Weinleider und einen schwarzen, feinen Hut.

Auch im Grunewald wurde gestern ein Leichenfund gemacht, der auf ein Verbrechen hindeutet. Im Jagd 55 bei Dahlem stehen Waldarbeiter auf ein Paket, das die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts enthielt. Das Paket war unter einem Geäst versteckt und bereits vor mehreren Tagen am Fundort niedergelegt worden. Auch in diesem Falle wird mit der Möglichkeit eines Kindesmordes gerechnet, und man hat infolgedessen die nötigen Ermittlungen in die Wege geleitet. Die Kindesleiche wurde nach der Halle des Selbstmörderfriedhofes bei Schildhorn gebracht.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

In der Stadtverordnetenversammlung ging es am Mittwoch ungewöhnlich erregt zu. Zunächst kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Stadtverordneten Dr. Platau und dem Oberbürgermeister Schuchterus. Anlaß dazu gab die Mitteilung des Magistrats betreffend die Neuwahl von Provinziallandtagsabgeordneten. Mit dem 1. Januar erhöht sich die Zahl der von Charlottenburg zu wählenden Provinziallandtagsabgeordneten von 5 auf 8. Der Magistrat schlägt nun in der Stadtverordnetenversammlung vor, die bisherigen 5 Vertreter — die beiden Bürgermeister, einen Stadtrat und die beiden Vorsteher — wiederzuwählen und außerdem zwei weitere Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und ein Mitglied des Magistrats neu zu wählen. Hiernach würde jede Körperschaft durch vier Mitglieder im Provinziallandtag vertreten sein. Der Magistrat befindet sich bei seinem Vorschlag in Uebereinstimmung mit dem Seniorenkonvent, der bereits im September sich mit dieser Frage beschäftigt und auch die Verteilung der auf die Stadtverordnetenversammlung entfallenden Mitglieder in der Weise geregelt hat, daß von den neu zu wählenden Provinziallandtagsabgeordneten je einer auf die liberale und auf die sozialdemokratische Fraktion entfällt. Um so erstaunlicher war die Aufregung des Herrn Dr. Platau, der die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuß beantragte und dem Magistrat den Vorwurf machte, daß er das Selbstbestimmungsrecht der Stadtverordneten nicht achtet. Im Provinziallandtag werde überhaupt keine Rücksicht auf die städtischen Interessen genommen; es sei deshalb wohl angebracht, der Stadtverordnetenversammlung 5 Sitze einzuräumen. Der Vorschlag des Magistrats sei höchst überflüssig. In heftiger Erregung erwiderte Oberbürgermeister Schuchterus, wenn Herr Dr. Platau die Vorlage als überflüssig bezeichne, so beweise das, daß er von den Verhältnissen gar keine Ahnung habe. Nicht die Vorlage des Magistrats, sondern die Kritik des Redneres sei höchst überflüssig gewesen. Den Vorwurf der Verwahrlosung der städtischen Interessen durch die Vertreter der Stadt im Provinziallandtag wies er mit Entschiedenheit zurück. Wenn Herr Dr. Platau dem Magistrat aus soviel Sitze einräumen wolle, wie ihm rechnerisch im Verhältnis seiner Mitgliederzahl zu der der Stadtverordnetenversammlung zulommen, so sei das ein ganz neuer Grund, eine Beseitigung des Magistrats, dem die Gleichberechtigung mit der Stadtverordnetenversammlung abgesprochen werden solle. Auch den unerhörten Ton des Redneres müsse er ganz entschieden zurückweisen. Diese Rede des Oberbürgermeisters konnte natürlich nicht unumtersprochen hingenommen werden. Redner aller Fraktionen — von unserer Seite die Genossen Dr. Vorhardt und Dirsch — betonten ausdrücklich, daß sie zwar den Ton des Herrn Dr. Platau nicht billigen, daß sie aber insofern mit ihm einverstanden seien, als auch sie der Stadtverordnetenversammlung das Recht der Kritik mahnen wolle. Unsere Genossen fügten hinzu, daß selbstverständlich die Beschlüsse des Seniorenkonvents für das Plenum nicht bindend seien, daß man sich aber auch nicht einfach darüber hinwegsetzen und den Seniorenkonvent gewissermaßen als Kassenkassier betrachten dürfe. Schließlich kam die Debatte in ein ruhigeres Fahrwasser, die Vorlage wurde einem Ausschuß von 9 Mitgliedern überwiesen.

Raum hatte sich die Aufregung gelegt, da brach schon wieder ein neuer Sturm heraus. Diesmal stürzte sich nicht Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, sondern verschiedene Richtungen innerhalb der liberalen Fraktion gegenüber, die sich mit solchen Nebenwärtigkeiten gegenständig bedachten, daß es für die unbeteiligten Dritten ein unbeschreibliches Schauspiel war. Wenn die Gemüter vor aller Dessenhaftigkeit so heftig aufeinanderstießen, so ist das lediglich ein Beweis dafür, in welche Lage eine Fraktion kommt, die unter Preisgabe ihrer Grundzüge, lediglich um noch außen hin mit großen Zahlen zu prunken, Kreutz und Bleistift aufnimmt.

Die Ursache der lebhaften Auseinandersetzungen war die Beratung des Ausschusses über die Vorlagen betreffend den Bau eines Pavillons für Kranke II. Klasse und Neuregelung der Aufnahmebedingungen für Kassenpatienten der städtischen Krankenhäuser. Nach längeren Beratungen hat sich der Ausschuß dahin geeinigt, daß auf dem Gelände des Krankenhauses Westend ein Pavillon für Kranke II. Klasse errichtet werden soll. Die Aufstellung sollen für Einheimische 9 M., für Auswärtige 14 M. für Begleitpersonen 7,50 M. pro Tag einschließlich aller Nebenkosten betragen. Einheimische, die von einem Jahresbesuch kommen von nicht mehr als 4500 M. zur Steuer veranlagt sind, können auf Wunsch eine Ermäßigung auf 7,50 M. beanspruchen. Den leitenden Ärzten soll für die ärztliche Behandlung der Patienten II. Klasse ein besonderes Honorar gewährt und zu diesem

Zwecke von den für die Patienten eingezahlten Sätzen ein Betrag von 150 M. für den Kopf und Tag angewiesen und zu einem Fonds angesammelt werden. Am Schluß der Behandlung jedes Klassenpatienten haben die leitenden Ärzte eine den Verhältnissen des Kranken angepaßte Liquidation einzureichen, deren Begleichung aus dem angesammelten Fonds am Schluß des Rechnungsjahres mit der Klage erfolgt, daß bei etwa entstehenden Fehlbeträgen eine anteilige Herabsetzung der Liquidationen stattzufinden hat. Die Oberärzte im Krankenhaus Westend schließlich sollen für die Behandlung der Klassenpatienten einen jährlichen Ruhegehaltsfähigen Zuschuß von je 1000 M. erhalten.

Während der Redner unserer Fraktion, Genosse Vogel, unsere Grundzüge entsprechend die Notwendigkeit der Unentgeltlichkeit der Krankenpflege betonte und sich gegen jede Klassenbehandlung erklärte, da die Ärzte, selbst wenn sie den besten Willen dazu haben, die Armenpatienten dann nicht mit derselben Sorgfalt behandeln würden, wie die Patienten zweiter Klasse, suchte der erste Redner der liberalen Fraktion, Stadtverordneter Bergmann, eine Herabsetzung des Satzes von 9 auf 7,50 M. zu erreichen, angeblich, um dem Mittelstande einen Gefallen zu tun. Gleichzeitig beantragte er unter großer Unruhe seiner Freunde, über seinen Antrag auf Herabsetzung der Sätze namentlich abzustimmen. Eine Reihe weiterer Redner der liberalen Fraktion trat nicht nur für die Magistratsvorlage ein, sondern bekämpfte vor allem den Antrag auf namentliche Abstimmung, der nicht deshalb gestellt sei, um die Abstimmung der Gegner, sondern die der eigenen Freunde festzunageln. Auch im übrigen überhäufte sich die Herren mit Liebenswürdigkeiten aller Art, so daß dem zweiten Redner unserer Fraktion, dem Genossen Dirsch, nur noch übrig blieb, den Liberalen seinen Dank für das Schauspiel aufzusprechen. Einer der Führer der liberalen Fraktion, der Landtagsabgeordnete Dr. Crüger, erklärte ausdrücklich, daß das „reine Gewitter“ notwendig gewesen sei. Es sei unerhört, daß sich einige Mitglieder der liberalen Fraktion als Freunde des Mittelstandes aufspielen, ihre eigenen Fraktionsfreunde aber als Gegner des Mittelstandes hinstellen wollen. Dies Gebahren festzustellen, sei eine Pflicht nicht im Interesse des Mittelstandes, sondern im Interesse des Bürgertums. Die Tragweite ihrer Handlung — so schloß Herr Dr. Crüger seine Ausführungen — wird Ihnen alsbald zum Bewußtsein kommen.

Die Abstimmung ergab die Annahme der Ausschussvorschlüge in allen ihren Teilen. Unmittelbar nach Erledigung dieser Vorlage hielten die liberalen Führer eine Besprechung ab. Es steht außer Zweifel, daß die große liberale Fraktion sich spalten wird.

Im übrigen stimmte die Stadtverordnetenversammlung noch entsprechend den Beschlüssen des Ausschusses dem Abschluß eines Nachtragsvertrages mit den drei Straßenbahngesellschaften zu, dessen Inhalt wir bereits früher mitgeteilt haben. In der Debatte betonte namentlich Genosse Weber die Notwendigkeit der Uebernahme der Straßenbahn in städtische Regie, die leider in früheren Jahren verabsäumt sei. Weiter forderte unser Genosse eine Verbesserung des Wagenmaterials, bessere Verbindungen für Charlottenburg, insbesondere in dem Stadtteil jenseits der Spree, sowie die Aufrechterhaltung des 10-Pf.-Tarifs, der durch den Nachtragsvertrag gefährdet sei.

In späterer Nacht sollte noch die sozialdemokratische Interpellation betreffend die Entziehung der Dienstleistung für Arbeiter zur Beratung kommen, der Gegenstand wurde aber auf Wunsch unserer Genossen, die eine so wichtige Angelegenheit nicht im Ritterschiff behandeln wollten, von der Tagesordnung abgelehnt. Die Interpellation soll in der nächsten Sitzung möglichst an erster Stelle besprochen werden.

**Erweiterung der Seefischlocherie.** Da die durch die Stadtverwaltung eingerichteten Seefischlocherie aus allen Schichten der Bevölkerung sehr gut besucht sind und die Nachfrage nach Teilnehmern weiter anhält, hat der Magistrat von Charlottenburg die Einrichtung neuer Kurse beschlossen. Die Kurse, die wiederum von städtischen Lehrkräften geleitet werden, finden um 6 Uhr abends in den Räumen folgender Schulen statt: Montag, den 27. November, in der 18. Gemeindefschule, Rehringstr. 10; Mittwoch, den 29. November, in der 26. Gemeindefschule, Eibelstr. 21/22; Donnerstag, den 30. November, in der 20. Gemeindefschule, Weibstr. 43; Freitag, den 1. Dezember, in der 22. Gemeindefschule, Wippenstr. 84. Teilnehmerkarten sind im Rathaus, Berliner Str. 72/78, Erdgeschoss Zimmer 24, erhältlich.

### Schöneberg.

Der Volksunterhaltungsabend am Sonntag, den 19. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, in der Aula der Hohenjohannerschule, Eisenacher, Ecke Veligier Straße, ist dem Komponisten Mozart gewidmet. Es wirken mit: Igl. Professor Dessau (I. Violine), Igl. Professor Schubert (Klarinette), Igl. Kammermusiker Epenhain (Gello), Igl. Kammermusiker Gehwald (II. Violine), Fräulein Gertrud Kehl, Konzertsängerin, Herr Egon Schöne, Konzertsänger. Eintrittskarten a 30 Pf. sind zu haben in der Expedition, Martin-Luther-Straße 69 und in den Konsumgenossenschaftsläden, Apostel-Paulus-Straße 40, Gothenstr. 1 und Ebersstr. 25.

### Rummelsburg.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern nachmittags gegen 4 Uhr vor dem Hause Marktstraße 1. Dort verließ die 7jährige Frau Elisabeth Kaufmann, Kranzigerstraße 8 wohnhaft, an der Haltestelle einen Motorwagen der Linie 78. Die Gressin, die ihres hohen Alters wegen nicht mehr gut laufen kann, hielt sich an der Stange des Hintereckens fest. Als nun der Straßenbahnwagen sich wieder in Bewegung setzte, wurde Frau K. eine Strecke weit mitgeschleift und zog sich einen Bruch des rechten Beines zu. Die Verunglückte wurde nach dem Rummelsburger Krankenhause geschafft, wo sie nicht unbedenklich danieliegt.

### Sanktviß.

Märchenvorlesungen für Kinder von Fel. Maria Schiphmann-Friedenau finden am Mittwoch (Vuktag), den 22. November, nachmittags 4 Uhr, bei Schulz, Nähnstraße 21 statt. Eintritt frei! Die Genossen werden ersucht, ihre Kinder daran teilnehmen zu lassen.

### Friedrichshagen.

Eine Theatervorstellung veranstaltet der hiesige Bildungsausschuß am Sonnabend, den 18. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Verke, Friedrichstr. 112. Zur Aufführung gelangt „Ara“ von Henriksen. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf. inkl. Einführungsbeitrag. Die Plätze werden wie in der freien Volksbühne ausgesetzt. Willets sind in der Konsumgenossenschaft, Friedrichstr. 98, zu haben.

### Trebbin (Kreis Teltow).

#### Auf zur Stadtverordnetenwahl!

Am Montag, den 20. November, vormittags von 8 bis 10 1/2 Uhr, sind in der III. Abteilung zwei Vertreter zu wählen. Auch diesmal müssen die Mandate von der Sozialdemokratie mit impoanater Stimmenzahl behauptet werden. Daher ist es notwendig, daß jeder seine Pflicht tut und für unsere Kandidaten eintritt. Lassen sich niemand durch die große Stille im bürgerlichen Lager sowohl wie auch durch die schwache Beteiligung der Gegner bei den letzten Wahlen in Sicherheit wiegen. Erfahrungsgemäß arbeiten die Bürgerlichen um so intensiver im geheimen. Arbeiterwähler, die ihr in Berlin und Umgebung arbeitet, opfert auch diesmal die Zeit, und abt Euer mit 18 Mark erkaufte Wahlrecht aus, um die sozialdemokratischen Kandidaten, den bisherigen Stadtverordneten Dirsch und Ritter zum Siege zu verhelfen.

Am Sonntag, den 19. November, nachmittags 4 Uhr, findet im Schützenhaus (W. Trumm) eine öffentliche Kommunalwählerversammlung statt. Sorge jeder für guten Besuch dieser Versammlung.

Reinickendorf.

Einem Verkaufsausschuss hat die Gemeinde eingerichtet. Die Verkaufsstellen befinden sich bei folgenden Kaufleuten: Im westlichen Ortsteil: Otto Hagedorn, Scharnweberstr. 153, und Franz Geuhl, Antonienstr. 7; im östlichen Ortsteil: Hermann Garlipp, Provinz- und Winterstraßen-Ecke, und Gustav Durk, Mühlstr. 13. Die Verkaufstage sind Mittwoch und Donnerstag. Die Preise werden vorher vom Gemeindevorstand festgesetzt und durch Aushang in den Verkaufsstellen bekannt gemacht. Auch erfolgt der Verkauf unter Kontrolle des Gemeindevorstandes. Ebenso wie in Berlin werden auch hier den laufenden Hausfrauen Fisch-Kochrezepte gratis verabfolgt.

Die ersten Verkaufstage erfreuten sich regen Zuspruchs, es wurden die Vorräte geräumt. Wünschenswert wäre die Errichtung einer weiteren Verkaufsstelle in der Residenzstraße, etwa im Schäferbezirk.

Bernau.

Einen glänzenden Sieg errangen unsere Genossen bei der gestrigen Ergänzung- und Ergänzungswahl zur Gemeindevertretung in der dritten Abteilung. Die vier sozialdemokratischen Kandidaten wurden mit 416 Stimmen gewählt.

Kowawetz.

Die Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse für Kowawetz und Umgegend finden am Montag, den 20. November im Lokal „Deutsche Festsäle“, Inhaber Wolfram, Wilhelmstraße, statt. Die Wahlzeit ist von nachmittags 5 Uhr bis abends 9 Uhr festgesetzt. Als Legitimation dient ein Mitgliedschaftsausweis vom Arbeitgeber oder das Quittungsbuch. Wahlberechtigt ist jedes Mitglied der Krankenkasse, welches bis zum Tage der Wahl das 21. Lebensjahr vollendet hat.

Es ist Pflicht eines jeden denkenden Arbeiters, der Liste des

Gewerkschaftskomitees zum Siege zu verhelfen und für dieselbe zu agitieren.

Die Wahl ist geheim; Stimmzettel sind im Wahllokal zu haben. Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Sonntag, den 19. November, nachmittags 4 Uhr, im Tunnel der Neuen Katholischen Gesellschafts- und Unterhaltungsstelle. — Mittwoch, den 22. November (Vortrag): Ausflug nach Kottbus. Treffpunkt morgens 8 Uhr am Bahnhof Schöneberg. Radfahrer werden nachmittags 3 Uhr im Park im Viktoriagarten, Viktoriastraße, erwartet. Wiederholer sind mitzubringen.

Arbeiter-Bund „Die Naturfreunde“. Wanderausflug am Sonntag, den 19. November: I. Hohen-Reddin. Abf. Potsd. Ringbahnhof 6 1/2 Uhr. — II. Potsdam-Rabensberg-Rühendorf. Abf. Bahnh. Friedrichstraße 7 1/2 Uhr vorm. — III. Rühendorf-Rühendorf-Brigadenstraße-Bühle-Budow. Abf. Schif. Bahnh. 7 1/2 Uhr vorm. — IV. Wanderung der Photographen: Birkenwerder-Seele. Abf. Stell. Vorortbahnhof 7 1/2 Uhr vorm. — V. Rinderwanderung. Röhrenstraße. Treffp.: 1. Bahnh. Wedding (Eing. Kottbuscherplatz) 8 1/2 Uhr; 2. Schif. Bahnh. (Ede Frucht- und Kottbuscherplatz) 8 1/2 Uhr vorm. Gäste willkommen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Wanderausflug am Sonntag, den 19. November, nach Grünwald. Treffpunkt 8 1/2 Uhr: Bahnhof Schlachensee. Radfahrer (Russe) beim alten Fremdenbüchsenmacher. Gäste willkommen.

Die freie Gemeinde Spandau hält am Sonntag nachmittags 4 1/2 Uhr im Lokal von E. Schubert eine Generalversammlung ab.

Marktpreise von Berlin am 15. November 1911, nach Ermittlung des Königl. Polizeidirektors. Marktpreise (Ameisen). 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 36.00—50.00. Speisebohnen weiße, 40.00—50.00. Bohnen 40.00—50.00. Kartoffeln 7.00—10.00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1.60—2.40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1.30 bis 1.70. Schweinefleisch 1.20—1.80. Kalbfleisch 1.50—2.40. Hammelfleisch 1.30—2.20. Butter 2.00—3.20. 60 Stück Eier 3.80—6.40. 1 Kilogramm Rapsen 1.20—2.40. Kote 1.20—2.80. Lender 1.40—3.60. Schmalz 1.30 bis 2.00. Parfische 1.00—2.00. Schale 1.40—3.20. Bleie 0.80—1.80. 60 Stück Krebse 2.40—24.00.

Witterungsübersicht von 16. November 1911.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in °C, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in °C. Data for various stations like Schwetzingen, Karlsruhe, etc.

Wetterprognose für Freitag, den 17. November 1911. Mild und zeitweise auffrischend, jedoch vorwiegend heiter mit Regenfällen und ziemlich starken südwestlichen Winden.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerbau, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 15.11., am 16.11., am 17.11. Data for stations like Remel, Tüft, Seege, Zusterburg, etc.

+ bedeutet Hoch, - Niedr., -) Unterbezt.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 17. Novbr. 1911: Anfang 7 1/2 Uhr.

R. Oberhaus, Wigton. R. Schauspielhaus. Der Koffer von Socrates. Deutsches Volkstheater. Gabeland, Spezialitäten. Virtuöses, Gala-Vorstellung. Virtuöses Schumann. Gala-Vorstellung. Neues Schauspielhaus. Agnes Bernauer. Anfang 8 Uhr.

Urania, Landwehrstraße 48/49. Von Meran zum Orler. Neues R. Operntheater. Hamlet. Festung, Glaube und Heimat. Kleines, Festliches Geburtstags-Gesang und Tanz. Neues Schauspielhaus. Agnes Bernauer. Anfang 8 Uhr.

Urania, Landwehrstraße 48/49. Von Meran zum Orler. Neues R. Operntheater. Hamlet. Festung, Glaube und Heimat. Kleines, Festliches Geburtstags-Gesang und Tanz. Neues Schauspielhaus. Agnes Bernauer. Das Vermächtnis. Nacht, Das Lied von der Glocke. Metropole. Die Nacht von Berlin!

Urania, Landwehrstraße 48/49. Von Meran zum Orler. Neues R. Operntheater. Hamlet. Festung, Glaube und Heimat. Kleines, Festliches Geburtstags-Gesang und Tanz. Neues Schauspielhaus. Agnes Bernauer. Das Vermächtnis. Nacht, Das Lied von der Glocke. Metropole. Die Nacht von Berlin!

Urania, Landwehrstraße 48/49. Von Meran zum Orler. Neues R. Operntheater. Hamlet. Festung, Glaube und Heimat. Kleines, Festliches Geburtstags-Gesang und Tanz. Neues Schauspielhaus. Agnes Bernauer. Das Vermächtnis. Nacht, Das Lied von der Glocke. Metropole. Die Nacht von Berlin!

Schiller-Theater O. Theater. Freitag, abends 8 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld. Sonnabend, abends 8 Uhr: Madame Sans-Gêne. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Das Urbild des Tartuff. Sonntag, abends 8 Uhr: Madame Sans-Gêne. Schiller-Theater Charlottenburg. Freitag, abends 8 Uhr: Es lebe das Leben. Sonnabend, nachm. 3 1/2 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Don Carlos. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Maria Stuart.

Theater des Westens. 8 Uhr: Die Dame in Rot. Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum. Neues königl. Operntheater. Heute 8 Uhr: Hamlet. Abonnement-Vorstellung. Gastspiel Rudolf Gschlinski. Residenz-Theater. Direktor Richard Alexander. Anfang 8 Uhr. Ein Walzer von Chopin. Schwan in 3 Akten u. Réquiem u. Barré für die deutsche Bühne bearbeitet von Volten-Baerfeld. Morgen und folgende Tage: Ein Walzer von Chopin. Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Abends 8 Uhr: Don Juan. Belle-Alliance-Theater. Abends 8 1/2 Uhr: Der Sittenapostel.

ROSE=THEATER. Große Frankfurter Str. 102. Abends 8 Uhr: Der Hüttenbesitzer. Sonntag nachm.: Die sieben Raben. Abends 8 Uhr: Michael Kohlhaas. Metropol-Theater. Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Lust von S. Kohlhaas. In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Das beste Programm der Berliner Variété-Saison! Claire Waldoff mit neuen Schlagern. Menö. Telepat. Phänome. The Black cats engl. Lachisch-Ena. und die 10 glänzenden Variété-Nummern. Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby.

Berliner Theater. Anfang 8 Uhr. Bummelstudenten. Theater in der Königsplatz-Strasse 8 Uhr: Spielereien einer Kaiserin. Neues Theater. Abends 8 Uhr: Das Wädel zu Montmartre. Gewisse: Fritzel Massary. Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der kleine Bauer. Luise-Theater. Heute und folgende Tage: Baroness Claire. Sonnabend 4 Uhr: Das Hand u. Hief im Jambertwald erleben.

2. Wahlkreis, Westen. Morgen Sonnabend, den 18. November 1911, in Nibles Festsälen, Donaustr. 13: Unterhaltungs-Abend der ersten und zweiten Abteilung. Mitwirkende: Turnverein „Fichte“, Schöneberg, Jugend-Abt.; Humor-Quartett. Konzert und Tanz. Anfang 8 1/2 Uhr. 21/29 Das Komitee.

Apollo Theater. Ab 8 Uhr: Das neue Programm! Der Gipfel der Komik Chretienne u. Louise holländische Duettisten. Paul Jülich mit seinen Szenen Parodysieren. Eine Wähler-Versammlung. Nur noch kurze Zeit: Ein Wädel in einem amerikanischen Tingel Tangel. Herrfeld Theater. Noch nie dagewesener Lacherfolg!

Das Kind der Firma. mit Anton und Donat Herrfeld in den Hauptrollen. Vorher: Schmerzlose Behandlung. Anf. 8 Uhr. Wiederlauf 11—3 Uhr.

Passage-Panoptikum. Die himmlischen Zwillinge zusammengewachsen. Lebend zu sehen! Ohne Extra-Entree.

Castans Panoptikum. Corso-Variété. Friedrichstr. 165. Heiterer Künstler-Abend. 12 Attraktionen 12. Entree 30 Pf. Moncks Theater. Direktor: Robert Dill. Berlin N., Brunnenstraße 16. Gastspiel im Moabit Wintergarten, früherer Garten, Berliner Str. 26. Das Lied von der Glocke. Wallenstein Lager. Anfang 8 1/2 Uhr.

Union-Theater. Moritzplatz. Hasenheide. Heute letzte Gastspiel-Vorstellung: Zigeunerblut. Dramatische Pantomime in 3 Akten mit Asta Nielsen in der Hauptrolle. Alexanderplatz. Unter d. Linden. Die Ehebrecherin. Sittendrama aus dem Französischen in 2 Akten. Außerdem die übrigen glänzenden Programmarrangements. Morgen 5 Premieren.

Kreuzberg-Festsäle SW., Kreuzbergstr. 48. Jeden Freitag: Hoffmanns Sänger. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Vorkonzert u. Vergügungen gratis. Nach der Vorstellung: Frei-Tanzkränzchen. Jeden Mittwoch: Gr. Frei-Tanz. Anf. 8 1/2 Uhr. Für Vereine Sonnabende noch zu dem.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Gastspiel Robert Steidl. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Urania. Wissenschaftliches Theater 8 Uhr: Von Meran zum Orler. Zirkus A. Schumann. Heute abends 7 1/2 Uhr: Neu! Neu! Alonco u. Bracco, De Marlo im Froschparadies. Briatoris. in ihren Kunstleistungen. Tonioff Walter, die Urkomischen sowie alle übrigen Attraktionen. Um 9 1/2 Uhr: 1000 Jahre auf dem Meeresgrund. Große Festsäle in 5 Bildern. Sonntag, 19. November, 3 1/2 Uhr: Extra-Nachmittags-Vorstellung mit Galaprogramm und ungeheurer Aufführung der großen Festsäle. 1000 Jahre auf dem Meeresgrund.

Zirkus Busch. Heute abends 7 1/2 Uhr: Die größte Sensation der Neuzeit! Pignoli in seinem tollkühnen Todessprung. Prolongiert! Zum 2. Male: Die drei Affen-Menschen Max, Horis und Pepl. Herr Ernst Schumann, Original-Attraktionen. Finlay-Trio. Fräulein Anna Stennis, Schulköcherin. Schwwestern Blumenfeld, Renk zu Pferde, Quadrille internat. Um 9 1/2 Uhr zum 35. Male: Original-Ausstattungsstück des Zirkus Busch in 50 Bildern.

Casino-Theater. Lotzinger Str. 37. Täglich 8 Uhr: Trotz des enormen Andranges Bester Monat. Berliner Festsäle. Der selige Gollschinsky. Sonnt. 3 1/2 Uhr: Ein Weib a. d. Volks. Königstadt-Kasino. Ede Polymarkt u. Alexanderstraße nahe Gannowstraße. Vom 1. bis 16. November, abends 1/2 8 Uhr: Das Riesen-Weihnachts-Programm. Bunkes Sommerreise u. die ersten Spezialitäten. Sonntags 2 Vorstellungen: nachmittags 1/2 4 u. abends 1/2 7 Uhr.

Boigt-Theater. Gesundbrunnen. Badstraße 58. Freitag, den 17. November 1911: Die Fremdschreiber. Feuerromäne mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenruber. Rosenstraße 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Ausstellung Nordland. Kurfürstendamm 151. nahe Bahnhof Halensee und Charlottenburg. Geöffnet ab 10 Uhr vorm. 125 Polarbewohner bei Arbeit, Sport und Spiel. Rentierherde, Polarbären. Eintritt für Ausstellungsg. 50 Pf. Vorführungen: Wochentags 4 1/2, 6 1/2, 9 Uhr. Letzte Hauptvorführung abends 8 Uhr. Eintrittspreis 30 Pf. Folies Caprice. Anfang 8 1/2 Uhr. Zum No. 14. 78. Male: Kobi Krach. Volks-Theater. Rüdorf, Germaniastr. 20. Sonntag, 19. Nov.: Die Kauenkönigin. Schwant in 3 Akten von Richard Wang. Montag, 20. Nov.: Gelpentier. Familienbrosam in 3 Akten von Henrik Ibsen.

Admiralspalast. Am Bahnhof Friedrichstraße. Eis-Arena. Nachmittags Militär-Konzert. Abends: Das prächtige Eis-Ballett in unübertroffener Ausstattung. „Alpenzauber“. Außerdem abends: Die kleine Charlotte mit ihrer Novität: „Der Lichtertanz“. Einödhofer-Konzert. Restaurant l. Ranges Soupers a la Karte. Bis 6 Uhr u. von 10 1/2 Uhr abds. halbe Kassenpreise.

SPORT-PALAST RADRENNEN am 18. und 19. November. — Beginn 6 Uhr abends. — Nur Tageskarten gültig. — Unter Mitwirkung von Rütt, Stol, Arend, Comes, Wiley und weiteren 30-40 erstklassigen Fahrern. Vorverkauf an den Kassen und bei A. Wertheim, Leipziger Straße.

